



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaber und
Herausgeber** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung Johannes Turner, Gerhard Kaltenbeck, Michael Pfeiffer

Koordination Norbert Schuh

Redaktion Alexander Dallinger, Rita Schwarz

Grafische Gestaltung Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Layout und Satz Walter Grosser, Birgit Jank

Druck und Herstellung Oesterreichische Nationalbank

DVR 0031577

ISSN 2310-5356 (Druck)

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken zum dritten Quartal 2013 8

Geldvermögensbildung und Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen
bis zum dritten Quartal 2013 11

Geldvermögensbildung und Finanzierung des Haushaltssektors im dritten Quartal 2013 13

Analysen

Executive Summaries/Übersicht 18

Mäßiges Einlagenwachstum
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im dritten Quartal 2013 22
Christian Probst, Norbert Schuh

Rückläufige Entwicklung der Bauspardarlehen im dritten Quartal 2013
Entwicklungen der Bausparkassen in den ersten drei Quartalen 2013 30
Martin Bartmann, Mirna Miscevic

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen unverändert
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
im Jänner 2014 34
Walter Waschiczek

Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost-
und südosteuropäische Tochterinstitute 38
Elizabeth Bachmann, Markus Hameter, Mathias Lahnsteiner

Rückläufige Tendenz bei Anleiheemissionen der Wohnbaubanken 53
Andrea Haas

Versicherungen schichten Portefeuille ihrer Veranlagungen in Staatsschuldverschreibungen um
Entwicklung der Versicherungsstatistik im Jahresabstand zum dritten Quartal 2013 56
Nina Eder

Triennial Central Bank Survey 2013 über die Entwicklung auf den internationalen
Devisen- und Derivatmärkten
Ergebnisse der BIZ-Studie für Österreich 59
Thomas Kemetmüller, Thomas Schin

Revision der Leistungsbilanz
Die Änderungen im Detail und erste Ergebnisse 67
Patricia Walter

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1:
Evaluierung von Non-Response-Fehlern 81
Nikolás Albacete, Martin Schürz

Daten

Tabellenübersicht	100
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	101
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	102
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	103
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	104
5 Konsolidierte Eigenmittel gemäß § 22 und § 23 BWG des gesamten österreichischen Bankensektors	105
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	106
7 Großkredite – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	107
8 Großkredite – Kreditinstitute insgesamt	108
9 Sonstige Finanzintermediäre	109
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	110
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	111
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	112
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	113
14 Direktinvestitionen	114

Hinweise

Übersicht zu Statistiken – Daten & Analysen	116
Periodische Publikationen	120
Adressen	122

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In der Ihnen vorliegenden Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank, „Statistiken – Daten & Analysen“, finden Sie wieder Beiträge zu ausgewählten Themenbereichen der Finanzstatistik.

Im einleitenden Analyseartikel stellen Probst und Schuh auf Basis von OeNB-Statistiken die wichtigsten Entwicklungen auf dem österreichischen Finanzmarkt mit Fokus auf die ersten drei Quartale 2013 dar. Historisch niedrige Zinssätze bedeuten günstige Finanzierungsbedingungen der Unternehmen.

Bartmann und Miscevic zeigen auf, dass die Bauspareinlagen durch Zinsangebote relativ attraktiv wurden. Durch die höheren Kreditzinsen verlieren die Bausparkassen bei den Krediten jedoch Marktanteile.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Walter Waschiczek präsentiert.

Bachmann, Hameter und Lahnsteiner konstatieren ein „Deleveraging“ bei der konzerninternen Kreditvergabe österreichischer Banken gegenüber zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern (CESEE). Allerdings stieg die aggregierte Bilanzsumme der Tochterbanken in CESEE durch den Zufluss lokaler Kundeneinlagen trotz dieser Reduktion seit Mitte 2008 an.

Haas registriert infolge der Finanzkrise einen Abbau der Anleiheschuld der Wohnbaubanken.

Eder nützt Transaktionsdaten für die Analyse der Versicherungen in Österreich.

Kemetmüller und Schin beschreiben die Ergebnisse der Erhebung der weltweiten Umsätze im Devisen- und Derivatивhandel, die in Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) durchgeführt wird.

Walter beschreibt die Neukonzeptionierung der Zahlungsbilanzstatistik. Ab Juni 2014 können internationale Wertschöpfungsketten aufgrund der Änderungen genauer analysiert werden.

Schließlich beschreiben Albacete und Schürz wie Paradata zur Verbesserung der Datenqualität bei Umfragedaten verwendet werden können.

Verschiedene Kurzberichte sowie eine Auswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft.

Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassende Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Statistische Daten: www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/datenangebot.jsp

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Zudem steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Homepage unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, 01/40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Das nächste Heft „Statistiken – Daten & Analysen Q2/14“ erscheint Mitte Mai 2014.

Johannes Turner
Gerhard Kaltenbeck
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken zum dritten Quartal 2013

Christian Sellner¹

Im Rahmen einer regelmäßig erstellten Spezialauswertung, nach dem Konzept der Consolidated Banking Data (CBD) werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (restliche Kreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen zusammengeführt.

Bei der Zusammenführung von Meldedaten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) und UGB/BWG wurde eine Struktur gewählt, die die unterschiedlichen zugrundeliegenden Bilanzierungsvorschriften bestmöglich berücksichtigt. Aufgrund der unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften hinsichtlich Darstellung und Bewertung von Aktiva und Passiva konnten inhaltliche Inkonsistenzen bei der Überleitung der Bilanz- und Erfolgspositionen von Bankkonzernen nach International Financial Reporting Standards (IFRS) und UGB/BWG nicht gänzlich eliminiert werden.

Entwicklung der Ertragslage zum dritten Quartal 2013

Das konsolidierte Periodenergebnis aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute nach CBD betrug zum 30. September 2013 2,4 Mrd EUR und lag damit um 2,3 Mrd EUR unter dem hohen Periodenergebnis des dritten Quartals 2012. Selbst das beste Provisionsergebnis seit dem Jahr 2008 konnte dem Rückgang nur leicht entgegenwirken. Der Rückgang war zu

einem großen Teil auf Sondereffekte des Vorjahres, die die Betriebserträge für das Jahr 2012 stark erhöhten, sowie auf gestiegene Risikokosten im Kreditgeschäft 2013 zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis ohne Risikovorsorge sank im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt um mehr als ein Fünftel (absolut um 2,2 Mrd EUR) auf 8,0 Mrd EUR. Der Rückgang ist neben geringeren Betriebserträgen auf gestiegene Aufwendungen zurückzuführen. Bei den sechs Banken in Österreich, die dem Single Supervisory Mechanism unterliegen (SSM)² (inklusive UniCredit Bank Austria) ging das Betriebsergebnis um 1,5 Mrd EUR (–19,5 %) zurück. Bei den restlichen 681 Banken betrug der Rückgang 666,3 Mio EUR (–27,8 %).

Haupttreiber im Detail

Im dritten Quartal 2013 sanken die konsolidierten Betriebserträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 6,6 % auf 26,6 Mrd EUR. Hauptverantwortlich hierfür war neben einem Rückgang des Nettozinsergebnisses ein niedriger Handelserfolg (Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften, Handelsergebnis und Bewertungsergebnisse nach IFRS). Eine Verbesserung des Provisionsergebnisses konnte die Rückgänge nur leicht abfedern.

Das Nettozinsergebnis verringerte sich unter anderem bedingt durch das Niedrigzinsumfeld, dem die Banken ausgesetzt sind, um 3,5 % auf 14,1 Mrd EUR. Die Zinserträge sanken um 4,7 Mrd EUR, die Zinsaufwendungen

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, christian.sellner@oenb.at.

² BAWAG P.S.K. Bank, Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Österreichische Volksbanken AG; die UniCredit Bank Austria ist keine österreichische SSM-Bank.

um 4,2 Mrd EUR. Mehr als die Hälfte des Rückgangs wurde bei den SSM-Banken (inklusive UniCredit Bank Austria) verzeichnet.

Nach mehreren Jahren des Rückgangs wies die zweitwichtigste Ertragskomponente – das Provisionsergebnis – im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg auf. Es erhöhte sich um 318,4 Mio EUR bzw. 5,9% auf 5,7 Mrd EUR, der höchste Wert seit 2008. Vor allem das Niedrigzinsniveau erhöhte die Kundennachfrage nach Wertpapieren als Anlageinstrument. Die SSM-Banken (inklusive UniCredit Bank Austria) verzeichneten in Summe eine Verbesserung um 217,2 Mio EUR und trugen somit maßgeblich zum Anstieg bei.

Der Rückgang des Handelserfolgs auf 1,6 Mrd EUR resultiert hauptsächlich aus einmaligen Sondereffekten des Vorjahres zur Stärkung der Eigenmittel (unter anderem Rückkäufe von Tier 1- und Tier-2-Produkten) sowie aus niedrigeren Bewertungsgewinnen. Die Rückkäufe von Hybridkapital und der Abbau von langfristigen nachrangigen Kapital sind Maßnahmen, die von den Banken im Hinblick auf die Eigen-

mittelzusammensetzung unter Basel III durchgeführt wurden.

Die Verwaltungsaufwendungen aus Personal- und Sachaufwendungen erhöhten sich leicht um 1,5%, bei den sonstigen Aufwendungen war ein Anstieg um 2,9% zu verzeichnen. Die Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien erhöhten sich geringfügig um 0,8% im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt.

Beim Saldo der konsolidierten Risikoversorge für das Kreditgeschäft war zum dritten Quartal 2013 im Vergleich zum dritten Quartal 2012 eine Erhöhung zu erkennen. Die Risikokosten stiegen um 8,9% bzw. 382,8 Mio EUR auf erfolgsmindernde 4,7 Mrd EUR. Die SSM-Banken (inklusive UniCredit Bank Austria), die einen Anteil von rund 70% an der gesamten Risikoversorge haben, meldeten hingegen in Summe einen Rückgang von 4,5% bzw. 156,4 Mio EUR.

Durch den Rückgang der Erträge sowie den Anstieg der Aufwendungen erhöhte sich die Cost-Income-Ratio von 60,1% auf 65,7%.

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

Ertragslage¹

	Q3 13	Q3 12	Differenz zu Q3 12	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
Nettozinsergebnis	14.126,0	14.633,0	-507,0	-3,5%
Provisionsergebnis	5.695,1	5.376,7	318,4	5,9%
Handelserfolg ²	1.590,4	2.555,4	-965,0	-37,8%
Sonstige betriebliche Erträge	5.210,1	5.927,4	-717,3	-12,1%
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	26.621,5	28.492,4	-1.870,8	-6,6%
Verwaltungsaufwendungen	-12.586,9	-12.406,5	180,4	1,5%
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40) und immaterielle Vermögensgegenstände ³	-1.532,1	-1.520,5	11,7	0,8%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.499,7	-4.372,5	127,2	2,9%
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	8.002,8	10.192,9	-2.190,1	-21,5%
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-4.692,1	-4.309,3	382,8	8,9%
Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen ³	-29,3	-237,5	-208,2	87,7%
Sonstiger Saldo in Summe	514,4	706,3	-191,8	-27,2%
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	3.796,1	6.352,6	-2.556,5	-40,2%
Ertragssteuern	-739,1	-1.078,4	-339,4	-31,5%
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-180,1	46,6	-226,7	-486,4%
Minderheitenanteile	-514,7	-632,9	-118,2	-18,7%
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	2.362,3	4.687,9	-2.325,6	-49,6%

Quelle: OeNB.

¹ Aufwendungen werden mit negativem Vorzeichen dargestellt.

² Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS + realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

³ Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

Geldvermögensbildung und Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen bis zum dritten Quartal 2013¹

Stefan Wiesinger²

Die finanziellen Investitionen (Geldvermögensbildung) des österreichischen Unternehmenssektors betragen im dritten Quartal 2013 in Summe 6,2 Mrd EUR. Auf Jahresbasis³ betrachtet ergibt sich, dass Unternehmen zwischen dem vierten Quartal 2011 und dem dritten Quartal 2012 Investitionen von 30 Mrd EUR tätigten. Dieser Wert ging zwischen dem vierten Quartal 2012 und dem dritten Quartal 2013 um 57,2% (17,2 Mrd EUR) auf 12,8 Mrd EUR zurück. Die im dritten Quartal 2013 dominierenden Investitionsinstrumente waren, wie schon im Vergleichsquarter des Vorjahres, Anteilsrechte (68,7% bzw. 4,3 Mrd EUR) sowie Handelskredite (31,2% bzw. 2,0 Mrd EUR). Die Unternehmen veranlagten hauptsächlich im Ausland (66,9%) sowie bei anderen nichtfinanziellen Unternehmen (29,9%). Der Bestand des Geldvermögens des Unternehmenssektors erreichte Ende September 2013 einen Höchststand von 503,5 Mrd EUR. Dies entspricht einem Zuwachs von 12,1 Mrd EUR (2,5%) gegenüber dem dritten Quartal 2012.

Die Außenfinanzierung des nichtfinanziellen Unternehmenssektors summierte sich im dritten Quartal 2013 auf 7,8 Mrd EUR. Auf Jahresbasis betrachtet ergibt das einen kumulierten Wert von 12,1 Mrd EUR. Ähnlich wie bei den finanziellen Veranlagungen bedeutet diese Entwicklung im Vergleich zur Vorperiode (26,2 Mrd EUR) einen Rückgang von 53,9%. Die wichtigste Form der Finanzierung für österreichi-

sche Unternehmen waren im dritten Quartal 2013 mit 3,4 Mrd EUR (43,1%) Handelskredite, insbesondere durch andere Unternehmen. Die Finanzierung über Anteilsrechte war im dritten Quartal 2013 mit 2,9 Mrd EUR (37,2%) für Unternehmen ebenfalls von großer Bedeutung, allerdings waren diese Transaktionen auf wenige Einzelinvestitionen zurückzuführen, die wiederum in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktivseitigen Akquisitionen standen. Auf kumulierter Jahresbasis ist sogar eine noch stärkere Dominanz der Anteilsrechte ersichtlich. Über die letzten vier Quartale kumuliert wurden in Form dieses Finanzierungsinstruments 71,1% der Unternehmensfinanzierung abgedeckt. Bei Betrachtung der Finanzierungsquellen zeigt sich, dass sich nichtfinanzielle Unternehmen im dritten Quartal 2013 mit 4,7 Mrd EUR (60,5%) hauptsächlich über das Ausland finanzierten. Im Inland sind die Hauptkapitalgeber Unternehmen selbst (23,9%) sowie der finanzielle Sektor (13,5%). Wenngleich die Kreditfinanzierung der Banken im dritten Quartal 2013 wieder leicht zugenommen hat, so macht diese Finanzierungsform auf Jahresbasis nur rund ein Fünftel der gesamten Außenfinanzierung aus.

Die Bruttoverpflichtungsposition des Unternehmenssektors betrug Ende September 2013 750,5 Mrd EUR. Verglichen mit dem dritten Quartal 2012 bedeutet dies eine Steigerung von 16,2 Mrd EUR (2,2%). Unter Aus-

¹ Redaktionsschluss: 15. Jänner 2014.

² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung, Monetärstatistiken, stefan.wiesinger@oenb.at.

³ Die jeweils letzten vier Quartale zu einem Jahreswert summiert.

klammerung von Zweckgesellschaften,⁴ die lediglich als firmeneigene Finanzierungseinrichtungen genutzt werden, betrug die Bruttoverpflichtungsposition 672,1 Mrd EUR. Die Nettoverpflichtungen, die sich aus dem Geldvermögen abzüglich der Bruttogesamtverbindlichkeiten ergeben, betragen im dritten Quartal 2013 247 Mrd EUR.

Der Unternehmenssektor verzeichnete im dritten Quartal 2013 ein Finanzierungsdefizit von lediglich 0,3 Mrd EUR. Unter Berücksichtigung des kumulierten Jahreswerts zeigt sich jedoch weiterhin ein Finanzierungsüberschuss von 1,8 Mrd EUR der letzten vier Quartale. Geringe Überschüsse auf kumulierter Basis sind seit Mitte 2011 zu beobachten.

Geldvermögen und Geldvermögensbildung des Unternehmenssektors von Q3 2012 bis Q3 2013

	Geldvermögen		Geldvermögensbildung	
	Sep. 12	Sep. 13	Q4 11–Q3 12	Q4 12–Q3 13
<i>Bestände in Mio EUR</i>				
Bargeld und Einlagen	59.774	60.755	4.638	1.139
Bargeld	1.708	1.680	177	-63
Einlagen	58.066	59.075	4.461	1.203
Verzinsliche Wertpapiere	10.889	8.944	342	-1.755
Geldmarktpapiere	384	105	92	-277
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	10.506	8.839	250	-1.478
Kredite	110.396	113.791	12.531	4.761
Kurzfristige Kredite	28.372	28.974	3.012	-1.681
Langfristige Kredite	82.024	84.817	9.519	6.442
Anteils-papiere	264.442	272.405	10.849	6.861
Börsennotierte Aktien	28.864	31.285	1.893	1.193
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	225.873	230.933	9.321	5.276
Investmentzertifikate	9.705	10.187	-366	392
Versicherungstechnische Rückstellungen	5.763	6.200	344	266
Lebensversicherungsansprüche	0	0	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	0	0	0	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	5.763	6.200	344	266
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	40.133	41.373	1.294	1.565
davon Handelskredite	37.955	37.682	1.146	300
Geldvermögen/Geldvermögensbildung insgesamt	491.397	503.468	29.998	12.837

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

⁴ Diese Unternehmen werden mit Umstellung auf das ESVG 2010 in den Finanzsektor reklassifiziert.

Geldvermögensbildung und Finanzierung des Haushaltssektors im dritten Quartal 2013¹

1 Liquiditätsorientierte Geldvermögensbildung hält an

Das verfügbare Einkommen des Haushaltssektors³ betrug auf Jahresbasis⁴ im dritten Quartal 2013 182,2 Mrd EUR, wovon 16,6 Mrd EUR (9,1 %) auf das Nettovermögenseinkommen⁵ entfielen. Dies entspricht einem nominellen Zuwachs von 0,8 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012. Die nominelle Erhöhung erfolgte vor dem Hintergrund einer sukzessiven Verlangsamung der Inflation. Der HVPI zeigt für Juni 2013 noch einen Anstieg um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr, während der Index für September 2013 einen Anstieg um 1,8 % anzeigt. Die Ersparnisbildung in den letzten vier Quartalen belief sich auf 11,8 Mrd EUR (ein Rückgang um 12 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2012), woraus sich eine Sparquote von 6,4 % ableitet (im Vergleichszeitraum 2012: 7,4 %).⁶ Gemäß der aktuellen Prognose der Oesterreichischen Nationalbank⁷ (OeNB) wird das nominelle Haushaltseinkommen im Gesamtjahr 2013 um 1,2 % steigen (real geht das Einkommen um 1,0 % zurück), während die Sparquote mit 6,5 % auf dem Niveau von 2011 liegen wird.

Die Geldvermögensbildung des Haushaltssektors betrug im dritten Quartal

2013 2,7 Mrd EUR und in den letzten vier Quartalen kumuliert rund 6,9 Mrd EUR. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2012 ging die Geldvermögensbildung um 3,4 Mrd EUR (und damit um rund ein Drittel) zurück. Der finanzielle Vermögensaufbau betrug in den letzten vier Quartalen 3,8 % des verfügbaren Einkommens, die realwirtschaftlichen Investitionen machten im selben Beobachtungszeitraum 3,5 % aus. Die Finanzierung der gesamten finanziellen und nichtfinanziellen Investitionen erfolgte zum Großteil über die Ersparnisbildung, daneben erhielt der Haushaltssektor netto Kapitaltransfers in Höhe von 0,5 % und finanzierte sich über Kredite im Ausmaß von 0,6 % des netto verfügbaren Einkommens.

Grafik 1 illustriert das gesamte Mittelaufkommen und deren Verwendung und macht deutlich, dass sowohl die Innenfinanzierung über das Sparen als auch die Verwendung der verfügbaren Mittel in Form von Finanzinvestitionen in einer mittelfristigen Perspektive in Relation zum verfügbaren Einkommen gleichförmig abnehmen. Der Anteil der realwirtschaftlichen Investitionen spiegelt die unverminderten Unternehmensaktivitäten der selbstständig Erwerbstätigen sowie den Er-

Michael Andreasch²

¹ Redaktionsschluss: 8. Jänner 2014.

² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at.

³ Private Haushalte einschließlich selbstständig Erwerbstätiger, Einzelunternehmer sowie privater Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, kirchliche Organisationen und Stiftungen sowie Privatstiftungen).

⁴ Die jeweils letzten vier Quartale zu einem Jahreswert summiert.

⁵ Die Berechnung des Vermögenseinkommens in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfolgt unter Berücksichtigung der indirekt gemessenen Finanzdienstleistungen der Banken bei Einlagen und Krediten (FISIM). Ohne FISIM machten die Nettovermögenseinkommen 13,6 Mrd EUR aus.

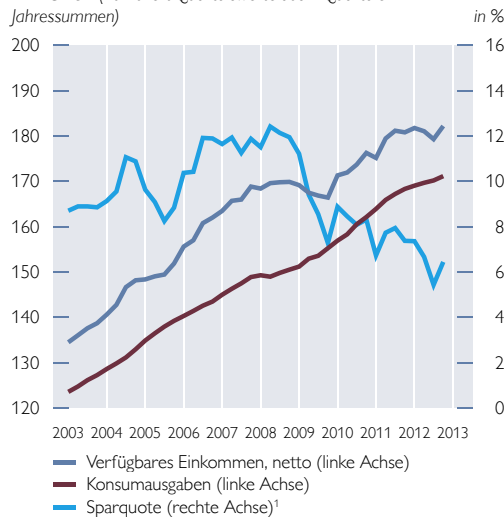
⁶ Details zu den realwirtschaftlichen Ergebnissen werden von Statistik Austria unter www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/nichtfinanzielle_sektorkonten/index.html publiziert (recherchiert am 8. Jänner 2014).

⁷ OeNB-Prognose vom 6. Dezember 2013.

Sparen, Kapitaltransfers und Kreditaufnahmen sowie deren Verwendung für finanzielle und realwirtschaftliche Investitionen des Haushaltssektors

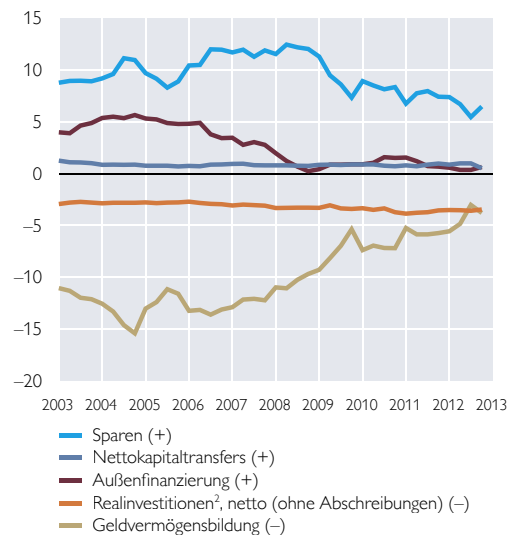
Ableitung Sparen

in Mrd EUR (kumuliert Quartalswerte aus 4 Quartalen = Jahressummen)



Gesamte Mittelherkunft und deren Verwendung

in % des verfügbaren Einkommens, netto



Quelle: Statistik Austria.

¹ Sparen in % des verfügbaren Einkommens einschließlich des Zuwachses aus kapitalgedeckten Pensionsansprüchen.

² Realinvestitionen, netto umfassen Erweiterungsinvestitionen (z. B. auch Immobilienerwerb aus einem anderen Sektor), Lagerveränderung und Erwerb von Wertgegenständen (z. B. Gold, Bilder, ...).

werb von Realvermögen durch Haushalte wider.

Rund zwei Drittel der Geldvermögensbildung im dritten Quartal bzw. rund ein Fünftel in den letzten vier Quartalen machten die Zuwächse aus Bargeld- und Einlagenbeständen bei in- und ausländischen Banken⁸ aus. Wie im dritten Quartal 2012 kam es dabei insbesondere im September 2013 zu einem Einbruch der inländischen Einlagen, der durch den Aufbau von Bargeld überkompensiert wurde. Eine gegenläufige Entwicklung und damit wieder eine Normalisierung in der Bargeld- und Einlagenentwicklung war – ebenfalls wie im Berichtsjahr 2012 – in den Monaten Oktober und November (nicht zuletzt durch Sondereffekte in Form von Sonderauszahlungen für Pen-

sionen und den Weltspartag) festzustellen. Über die ersten elf Monate des Vorjahres ist aber dennoch festzustellen, dass der Einlagenaufbau sehr stark durch das Belassen der Einkommen auf Gehalts- und Pensionskonten sowie der Veranlagung in täglich fällige Einlagen bestimmt war. Diese Entwicklung führte zu einer deutlichen Strukturverschiebung bei gleichzeitig geringerem Wachstum gegenüber der Vergleichsperiode im Jahr 2012. Der Haushaltssektor hatte Ende September 2013 täglich fällige Einlagen in Höhe von 80,7 Mrd EUR (davon auf inländischen Gehalts- und Pensionskonten 18,2 Mrd EUR) und damit einschließlich des Bargeldbestands rund ein Fünftel seines gesamten Finanzvermögens sofort verfügbar. Die Einlagen mit Bindungsfrist

⁸ Einschließlich der aufgelaufenen Spareinlagenzinsen, die in der Bankenstatistik nur zum Jahresresultimo gezeigt werden.

erreichten 135,7 Mrd EUR. Die wichtigste Einlagenform waren inländische Spareinlagen (einschließlich der aufgelaufenen Zinsen) mit einem Volumen von 146,3 Mrd EUR (27% des gesamten Geldvermögens).

Wertpapierinvestoren innerhalb des Haushaltssektors (rund 15% der Haushalte) verkauften im dritten Quartal 2013 – und damit erstmals in den letzten sechs Quartalen – netto⁹ Wertpapiere mit einem Transaktionsvolumen von 0,2 Mrd EUR. Über die letzten vier Quartale ging damit der Nettoerwerb auf 1,3 Mrd EUR zurück. Die Aufgliederung der Nettotransaktionen nach einzelnen Wertpapierkategorien zeigt, dass verzinsliche Wertpapiere, insbesondere die von Banken, nicht zuletzt aufgrund von Tilgungen und Renditenüberlegungen per saldo im ersten Halbjahr und ausländische Emissionen im dritten Quartal 2013 abgegeben wurden. Im dritten Quartal 2013 verkauften Haushalte inländische Unternehmensaktien um 0,2 Mrd EUR. Die Kapitalbewegungen aus Käufen und Verkäufen von in- und ausländischen börsennotierten Aktien schwankten damit insgesamt seit Beginn 2011 – ungeachtet der unterschiedlichen Kursentwicklungen in den einzelnen Quartalen – um die Null-Linie. Hingegen wurden Investmentzertifikate wieder gekauft. Das Transaktionsvolumen belief sich im dritten Quartal 2013 auf 0,4 Mrd EUR und in den letzten vier Quartalen auf 3,1 Mrd EUR und betrug damit fast 45% der gesamten Geldvermögensbildung in dieser Beobachtungsperiode.

Zum Ultimo September 2013 hatte der Wertpapierbestand einen aktuellen Marktwert von 119,2 Mrd EUR und

verzeichnete damit erstmals einen neuen Höchststand nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die insgesamt positiven Bewertungsänderungen zwischen Juni 2013 und September 2013 erhöhten das Wertpapier-Portfolio um rund 2,4 Mrd EUR und damit im Jahresabstand um 3,3 Mrd EUR.

Das gesamte Finanzvermögen des Haushaltssektors hatte Ende September 2013 einen Wert von 534,6 Mrd EUR (auf selbstständig Erwerbstätige und Konsumentenhaushalte entfielen 492,8 Mrd EUR). Das entspricht 173,8% des BIP bzw. 293,5% des netto verfügbaren Einkommens. Der Haushaltssektor lukrierte gemäß den Berechnungen von Statistik Austria 17,6 Mrd EUR Vermögenseinkommen¹⁰ kumuliert in den letzten vier Quartalen. Die Nettoveränderung des Finanzvermögens im Jahresabstand betrug 1,7%, transaktionsbedingt betrug der Zuwachs 1,3%. Die transaktionsbedingte Wachstumsrate bewegt sich damit seit dem dritten Quartal 2010 in einer sehr engen Bandbreite um 2%.

2 Belebung der Kreditausweitung im dritten Quartal 2013

Nach einem Rückgang der Kreditbeanspruchung im ersten Halbjahr 2013 weitete sich die Kreditaufnahme im dritten Quartal 2013 wieder aus. Der Haushaltssektor erhöhte im aktuellen Quartal seine Kreditverbindlichkeiten um 1,3 Mrd EUR, wovon 1,1 Mrd EUR auf Wohnbaukredite entfielen. Der Zuwachs im aktuellen Quartal entspricht den – über die letzten vier Quartale kumuliert betrachteten – Nettokreditaufnahmen. Die entsprechende Wachstumsrate lag bei 0,8%. Ende September 2013 machte die Verschuldung 167,4 Mrd

⁹ Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen, die noch nicht abgerechnet wurden.

¹⁰ Zinsen (ohne Berücksichtigung der FISIM Adaptierung), Dividenden, Erträge aus Investmentfonds, aus Beteiligungen und aus Versicherungsansprüchen.

EUR aus und lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. Die Neuverschuldung in den letzten vier Quartalen wurde damit durch den wechselkursbedingten Rückgang der Fremdwährungskredite vollständig kompensiert. Der Zinsendienst für aufgenommene Kredite betrug in den letzten vier Quartalen 4 Mrd EUR. Vom gesamten Aushaftungsstand entfielen 111,6 Mrd EUR (67%) auf Wohnbaukredite. Die Banken als wichtigste Geldgeber hatten Kredite gegenüber Haushalten im Ausmaß von 144 Mrd EUR zum Ultimo September 2013 in ihren Büchern. Die gesamten Verbind-

lichkeiten einschließlich Sonstiger Forderungen von Banken erreichten zum Ultimo September einen Wert von 168,4 Mrd EUR. Der Wert entspricht 54,1% des BIP bzw. 92,4% des netto verfügbaren Einkommens.

Der Finanzierungssaldo des Haushaltssektors in den letzten vier Quartalen betrug in einer kumulierten Betrachtung 5,7 Mrd EUR (1,8% des BIP bzw. 3% des netto verfügbaren Einkommens). Das Nettofinanzvermögen stieg Ende September 2013 auf 366,3 Mrd EUR (117,7% des BIP oder 201,1% des verfügbaren Einkommens).

Analysen

Executive Summaries

Moderate Deposit Growth

Historically low interest rates had a twofold impact: Whereas deposit growth was only moderate, financing conditions for nonfinancial corporations were favorable. The slow growth of loans to nonfinancial corporations is likely to reflect primarily demand-driven factors, considering that their deposits stood

at record highs in 2013. With interest rates on deposits having hit a record low, households continued to increasingly resort to other investment products such as mutual funds, life insurance and corporate bonds.

Growth of Building Loans Declines in the Third Quarter of 2013

In September 2013, the growth of building loans declined slightly for the first time in nine years, coming to -0.1% , because lending interest rates in this segment were higher (2.84%) than for other loans (2.49% for loans from all monetary financial institutions (MFIs)). At the same time, the total

number of building loan contracts reached an all-time low of 5,375,000. Conversely, deposits with building and loan associations increased by 3.8% year on year to EUR 20.4 billion, with growth fueled by attractive short-term interest rates (2.10% compared to 1.45% for savings deposits at all MFIs).

Banks' Loan Policy and Corporate Loan Demand Remain Unchanged

The results of the quarterly bank lending survey of January 2014 indicate that Austrian banks' loan policy was very stable in the fourth quarter of 2013. As in the preceding period, credit standards for loans to enterprises and households remained unchanged. Looking ahead, the banks surveyed expect loan policy toward large enterprises to tighten somewhat, standards for SME loans and consumer loans to households to remain unchanged and standards for housing loans

to ease slightly in the first quarter of 2014. Corporate loan demand remained stable in the fourth quarter of 2013, according to respondents' estimates, whereas loan demand by households decreased marginally. Concerning the first quarter of 2014, Austrian banks expect demand for corporate and housing loans to go up slightly and demand for consumer loans to remain stable.

Intra-Group Cross-Border Credit of Austrian Banks to CESEE Subsidiaries

After having increased steeply before the crisis, Austrian banks' cross-border credit claims started to decline in recent years. In the Central, Eastern and Southeastern European (CESEE) banking sectors, funding through parent banks represent a substantial part of banks' and financial institutions' liabilities, with Austrian banks being a key lender. The OeNB systematically compiles data on Austrian banks' direct lending in CESEE based on the guidelines for reporting to the Central Credit Register, thereby also providing information on cross-border deleveraging, a much discussed topic over the past few years. We find that the decline in Austrian banks' direct

lending in CESEE has been driven primarily by decreasing claims on banks in the region. It is noteworthy that the decline in intragroup credit claims on CESEE subsidiaries gathered momentum from mid-2011. Nevertheless, CESEE subsidiaries' aggregate total assets have been expanding since mid-2008 on the back of local retail deposit inflows and the buildup of additional equity capital. Broken down by countries, large differences emerge, however. Claims on nonfinancial enterprises have been rising since mid-2011, while claims on financial institutions have continued to fall slowly.

Decline in Debt Securities Issuance by Special Banks for Residential Construction

Austrian special banks for residential construction have seen the amount of their outstanding debt securities decreasing steadily since 2009, following a strong increase up to end-2008. The decline appears to be mainly attributable to the

financial crisis and the ensuing drop in interest rates on investments along with the partial abolition of tax advantages for subscribers.

Mäßiges Einlagenwachstum

Historisch niedrige Zinssätze bewirken ein mäßiges Einlagenwachstum, bedeuten aber günstige Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen. Das geringe Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen dürfte vorrangig auf nachfragebedingte Faktoren zurückzuführen sein, wie die

Einlagenhöchststände nichtfinanzieller Unternehmen im Jahr 2013 widerspiegeln. Angesichts des historisch niedrigen Einlagenzinsniveaus hielt der Trend zu alternativen Anlageprodukten, wie Investmentfonds, Lebensversicherungen und Unternehmensanleihen bei privaten Haushalten weiter an.

Rückläufige Entwicklung bei Bauspardarlehen im dritten Quartal 2013

Im September 2013 verloren Bauspardarlehen aufgrund von im Marktvergleich höheren Kreditzinssätzen (2,84% verglichen mit 2,49% bei allen Monetären Finanzinstituten (MFIs)) an Attraktivität und wiesen erstmals seit neun Jahren ein geringfügig rückläufiges Jahreswachstum von -0,1% auf.

Gleichzeitig erreichte die Gesamtanzahl an Bausparverträgen ihren historischen Tiefststand bei 5.375.000 Stück. Bauspareinlagen stiegen hingegen im Jahresabstand um 3,8% auf 20,4 Mrd EUR, da hier kurzfristig attraktive Zinssätze (2,10% verglichen mit 1,45% bei allen MFIs) angeboten wurden.

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen unverändert

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2014 deuten auf eine sehr stabile Kreditpolitik der österreichischen Banken im vierten Quartal 2013 hin. Wie schon in der Vorperiode blieben die Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte konstant. Für das erste Quartal 2014 erwarten die befragten Banken eine minimale Verschärfung der Standards für Kredite an Großunternehmen, unveränderte Richtlinien für Kredite an KMUs und für Konsumkredite an private Haushalte sowie eine

geringfügige Lockerung bei den Wohnbaukrediten. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb im vierten Quartal 2013 in der Einschätzung der befragten Institute unverändert, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte verminderte sich hingegen geringfügig. Für das erste Quartal 2014 erwarten die Banken einen geringfügigen Anstieg der Nachfrage der Unternehmen sowie der privaten Haushalte nach Wohnbaufinanzierungen und eine unveränderte Nachfrage nach Konsumkrediten.

Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost- und südosteuropäische Tochterinstitute

Bei grenzüberschreitenden Kreditforderungen zeigte sich nach einem starken Anstieg vor der Krise in den letzten Jahren eine Trendwende. In zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern (CESEE) bildet die Refinanzierung über Mutterbanken einen wesentlichen Bestandteil der externen Verbindlichkeiten von Banken und Finanzinstituten, wobei österreichische Banken wichtige Kreditgeber sind. Mit der systematischen Aufbereitung der Daten zur Direktkreditvergabe österreichischer Banken in CESEE auf Basis des österreichischen Zentralkreditregisters tragen wir zur – in den letzten Jahren intensiv geführten – Diskussion zum Thema „cross-border deleveraging“ (grenzüberschreitender Schuldenabbau) bei. Wie sich zeigt, ist das rückläufige Direktkreditvolumen österreichischer Banken in CESEE hauptsächlich von abnehmenden

Forderungen gegenüber Banken in diesen Ländern getrieben. Eine wichtige Beobachtung ist die beschleunigte Abnahme der konzerninternen Kreditforderungen gegenüber Tochterbanken in CESEE ab Mitte 2011. Durch den Zufluss von lokalen Kundeneinlagen und der Bildung von zusätzlichen Eigenmitteln stieg die aggregierte Bilanzsumme der Tochterbanken in CESEE trotz dieser Reduktion seit Mitte 2008 an. Dies gilt allerdings nur im Aggregat, wohingegen auf Länderebene eine große Heterogenität herrscht. Bei den Forderungen gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen ist seit Mitte 2011 ein Anstieg zu verzeichnen, während sich bei den Forderungen gegenüber Finanzinstituten der Trend einer langsamen Verringerung fortsetzte.

Rückläufige Tendenz bei Anleiheemissionen der Wohnbaubanken

Nach einem starken Anstieg des Umlaufvolumens von Wohnbaubankenleihen bis Ende 2008, konnte seit Beginn 2009 eine kontinuierliche Verringerung der aushaftenden Anleihe-schuld der Wohnbaubanken festgestellt werden. Die Finanz-

krise und die in der Folge gesunkenen Veranlagungszinsen sowie die teilweise Abschaffung der steuerlichen Vorteile für Zeichner, scheinen für diese Entwicklung hauptverantwortlich zu sein.

Executive Summaries

Insurance Companies Shift Portfolio Allocation of Government Bonds

Insurance companies' assets totaled EUR 128.8 billion as at September 2013. A very consistent picture of the holdings of different investment types emerges at first glance: Bonds account for 38%, investment fund shares for 26%, and shares and other equity for 19% of assets. However, insurance com-

panies have most recently shifted holdings within their portfolios. This contribution combines and analyzes the stock data from insurance company investment and transaction data from the securities holdings reports on bonds and mutual funds.

Triennial Central Bank Survey of Foreign Exchange and Derivatives Market Activity in 2013

Every three years, the Bank for International Settlements (BIS) coordinates a survey of worldwide foreign exchange and derivatives turnover. For the Austrian market, this survey is conducted by the Oesterreichische Nationalbank (OeNB). As the survey captures only market size, it does not provide risk assessments. The latest survey, conducted in April 2013, covered 53 countries. The results indicate declining foreign exchange turnover and interest rate derivative transactions in Austria against the backdrop of a global rise in foreign

exchange trading and derivatives market activity. The average daily turnover in the Austrian foreign exchange market dropped by 22.1% from 2010, to USD 15.23 billion, which translates into a world market share of 0.2%. The daily turnover in the Austrian interest rate derivatives market averaged USD 1.17 billion, which corresponds to a drop by 75.7% from 2010 and a world market share of about 0.04%. According to the BIS survey, global foreign exchange and derivatives turnover rose by 35% and 14%, respectively.

Revisions to the Current Account

As of June 2014, the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) will compile Austria's balance of payments statistics according to the new international standard (Balance of Payments and International Investment Position Manual, sixth edition – BPM6) of the International Monetary Fund (IMF). Above all, the new concept accounts for the real economic circumstances of internationalized production. The calculation of international value added-chains on the basis of the balance of

payments will be improved as the outsourced stages of production are now classified as services. Moreover, statistical asymmetries will be reduced by aligning the methodological concepts behind the current account and the rest of the world account (national accounts). The OeNB expects that the implementation of the new standard will result in a reduction, ex post, of the Austrian current account balance and export ratio.

Paradata in the Austrian HFCS 2010 – Part 1: Evaluation of Nonresponse Errors

This paper describes the comprehensive set of paradata used in the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) in Austria in 2010 and analyzes its relevance for nonresponse error evaluation. Interviewers' records show the contact rate to have been higher on weekends and outside business hours. For data on wealth and income as well as for the share of non-

Viennese respondents, the nonresponse bias decreases with the number of contact attempts interviewers were able to make. Yet the share of Viennese households interviewed in the HFCS 2010 is downward biased despite oversampling. The contact strategy of interviewers will be refined in the second HFCS wave.

Versicherungen schichten Portefeuille ihrer Veranlagungen in Staatsschuldverschreibungen um

Die Versicherungsaktiva betragen per September 2013 insgesamt 128,8 Mrd EUR. Betrachtet man die Bestände der wichtigsten Veranlagungskategorien im Zeitablauf zeigt sich auf den ersten Blick ein sehr konstantes Bild: Schuldverschreibungen mit 38%, Investmentfondsanteile mit 26% und Aktien sowie Beteiligungen mit 19% der Aktiva. Allerdings haben

die Versicherungsunternehmen zuletzt Umschichtungen ihrer Portefeuilles vorgenommen. Es werden die Bestandsdaten der Versicherungsveranlagungen mit den Transaktionsdaten aus der Wertpapierdepotmeldung zu den Veranlagungskategorien Schuldverschreibungen und Investmentfonds kombiniert und gemeinsam analysiert.

Triennial Central Bank Survey 2013 über die Entwicklung auf den internationalen Devisen- und Derivatmärkten

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) organisiert alle drei Jahre eine Erhebung der weltweiten Umsätze im Devisen- und Derivathandel, die in Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführt wird. Da in der Erhebung nur reine Umsatzdaten erfasst werden, wird keine Aussage über etwaige Risiken getroffen. Die jüngste Befragung fand im April 2013 in 53 Ländern statt. Die nunmehr vorliegenden Gesamtergebnisse zeigen, dass die Umsätze in beiden Geschäftsfeldern weltweit anstiegen, während sich in Österreich die Umsätze der Devisen- und

Zinsderivativgeschäfte verringerten. In Österreich lag der durchschnittliche Tagesumsatz auf dem Devisenmarkt bei 15,23 Mrd USD und hat sich damit gegenüber 2010 um 22,1% reduziert. Dies entspricht einem Weltmarktanteil von 0,2%. Auf den Zinsderivativmärkten wurde mit einem Tagesumsatz von durchschnittlich 1,17 Mrd USD gegenüber 2010 eine Verringerung um 75,7% verzeichnet. Der österreichische Weltmarktanteil lag damit bei 0,04%. Weltweit stiegen nach Angabe der BIZ die Umsätze auf den Devisenmärkten um 35%, auf den Derivatmärkten um 14%.

Revision der Leistungsbilanz

Ab Juni 2014 wird die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die Zahlungsbilanzstatistik nach dem neuen internationalen Standard des IWF veröffentlichen. Die Neukonzeptionierung trägt vor allem den realwirtschaftlichen Gegebenheiten internationalisierter Produktion Rechnung. Durch die Klassifikation ausgelagerter Fertigungsschritte als Dienstleistung wird die Qualität der Zahlungsbilanz als Basis der Berechnung

internationaler Wertschöpfungsketten erhöht. Darüber hinaus werden statistische Asymmetrien durch die Anpassung der Konzepte von Leistungsbilanz und Außenkonto der VGR verringert. Die OeNB erwartet, dass die Neukonzeptionierung rückwirkend in einer Verringerung des Leistungsbilanzsaldos als auch der Exportquote Österreichs resultieren wird.

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern

In dieser Studie wird das umfangreiche Paradaten-Set des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) Austria 2010 beschrieben und seine Bedeutung für die Evaluierung von Non-Response-Fehlern analysiert. Auswertungen der Kontaktprotokolle der Interviewer zeigen, dass die Kontakt-rate an den Wochenenden und außerhalb der Geschäftszeiten höher ist als sonst. Der Non-Response-Bias wird sowohl bei

Vermögen und Einkommen als auch bei den Bundesländeranteilen geringer, je mehr Kontaktversuche für die Interviewer möglich waren. Trotz Oversampling in Wien ist der Anteil von befragten Wiener Haushalten nach unten verzerrt. Die Kontaktstrategie der Interviewer wird in der 2. Welle des HFCS verfeinert werden.

Mäßiges Einlagenwachstum

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im dritten Quartal 2013

Christian Probst,
Norbert Schuh¹

Historisch niedrige Zinssätze bewirken einmäßiges Einlagenwachstum, bedeuten aber günstige Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen. Das geringe Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen dürfte vorrangig auf nachfragebedingte Faktoren zurückzuführen sein, wie die Einlagenhöchststände nichtfinanzieller Unternehmen im Jahr 2013 widerspiegeln. Angesichts des historisch niedrigen Einlagenzinsniveaus hielt der Trend zu alternativen Anlageprodukten, wie Investmentfonds, Lebensversicherungen und Unternehmensanleihen bei privaten Haushalten weiter an.

1 Weiterhin rückläufige unkonsolidierte Bilanzsumme

Die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute reduzierte sich im Jahresabstand bis zum September 2013 um knapp 50 Mrd EUR oder 6,5% auf 932,2 Mrd EUR. Für den Rückgang waren insbesondere der Zwischenbankverkehr und geringere sonstige Inlandsforderungen und -verbindlichkeiten verantwortlich.

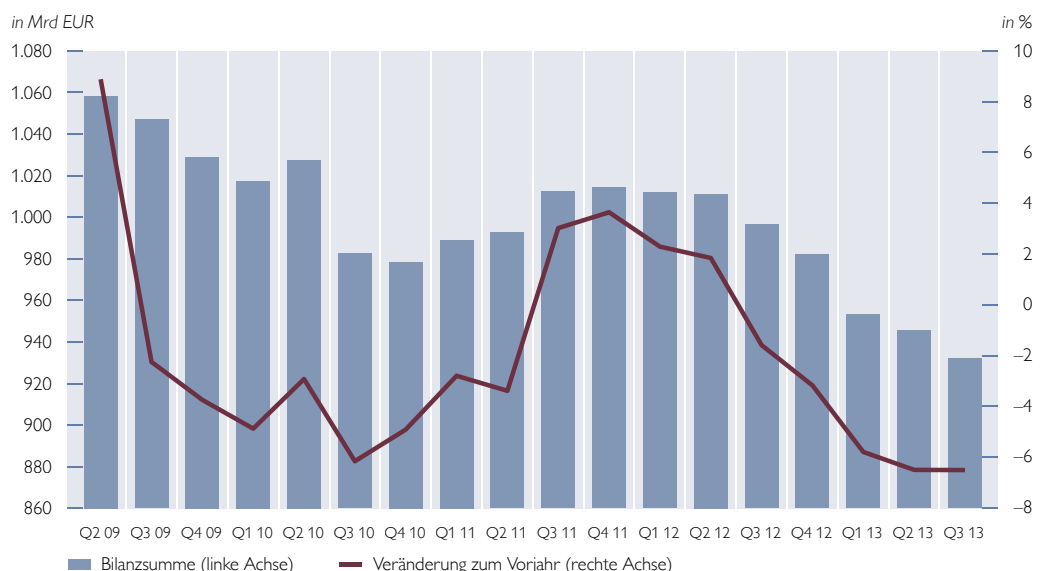
Die Anteile der Top-3, Top-5 bzw. Top-10-Banken an der gesamten Bilanzsumme machten Ende Juni 2013 28,7%, 37,0% bzw. 49,4% aus.

2 Leichte Wachstumsverlangsamung bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen²

Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Kre-

Grafik 1

Unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



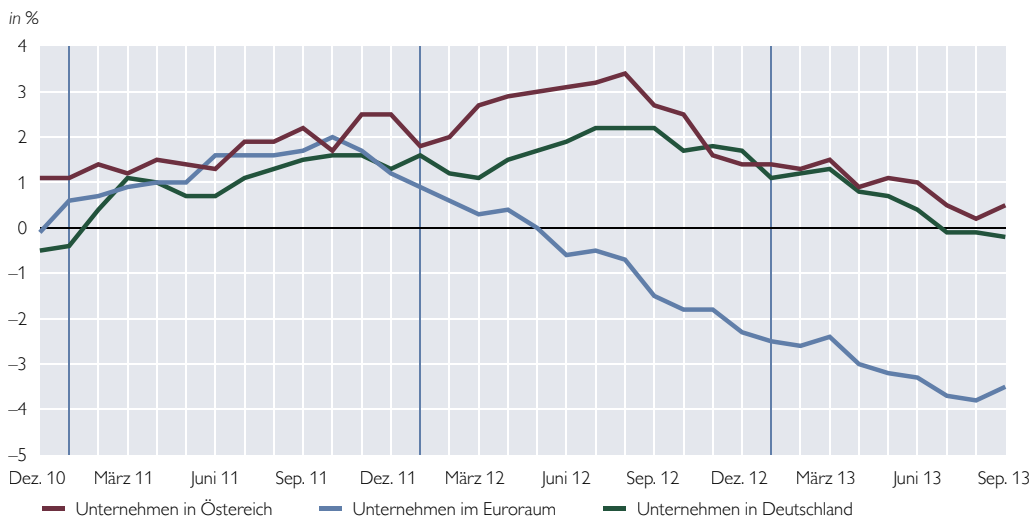
Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, christian.probst@oenb.at, norbert.schuh@oenb.at. Die Autoren danken den Mitarbeitern der Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen für wertvolle Vorarbeiten.

² Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

Grafik 2

Bereinigte Veränderung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Vorjahresvergleich



ditvolumens an nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich lag Ende September 2013 bei 0,5%. Angesichts des extrem hohen Einlagenbestands der nichtfinanziellen Unternehmen (52,6 Mrd EUR) – dieser übersteigt deren Jahresinvestitionsvolumen – bei historisch niedrigen Einlagenzinssätzen kann davon ausgegangen werden, dass die Wachstumsverlangsamung der Kredite vorrangig nachfrageseitig begründet ist.

Ein Vergleich der Entwicklung der Kredite an Unternehmen in Österreich mit jenen in Deutschland und dem Durchschnitt des Euroraums zeigt die relativ günstige Situation der heimischen Unternehmen. Die Wachstumsrate der Kredite an Unternehmen in Österreich lag mit 0,5% im September 2013 über jener Deutschlands (-0,2%) und deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums von -3,5%. Der Kreditrückgang im Euroraum ist auf Länder mit schwerwiegenden wirtschaft-

lichen Problemen wie Spanien (-14,4%) zurückzuführen. Auch das Kreditwachstum Italiens lag mit -4,2% unter dem Durchschnitt des Euroraums.

Beim Wachstum der Kredite an private Haushalte in Österreich zeichnete sich seit Jahresmitte 2013 ein leichter Aufwärtstrend ab. Hervorgehoben wurde diese Trendumkehr sowohl durch die Entwicklung der Jahreswachstumsrate bei Wohnbaukrediten von +1,6% im Mai auf +2,1% im September als auch durch den positiven Trend bei Konsum- und Sonstigen Krediten. Obwohl die Wachstumsraten in Österreich bei Konsum- und Sonstigen Krediten im September 2013 mit jeweils -1,1% noch im negativen Bereich lagen, gab es seit Mai 2013 (-2,3% bzw. -2,0%) eine Aufwärtstendenz. Im Durchschnitt des Euroraums war hingegen im Laufe des Jahres noch keine Erholung des Kreditwachstums bei privaten Haushalten erkennbar.

Grafik 3

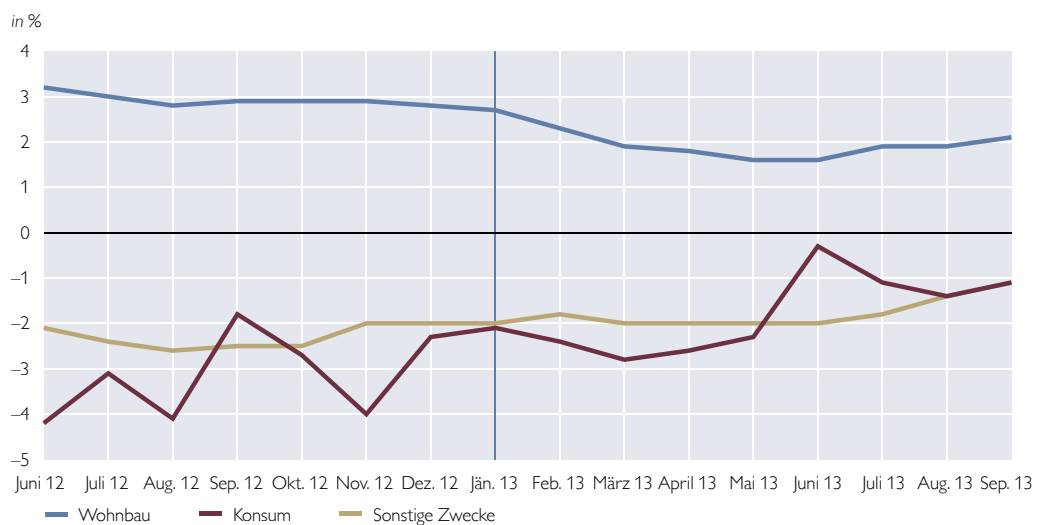
Bereinigte Veränderung der Kredite an private Haushalte in Österreich und im Euroraum im Vorjahresvergleich



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 4

Jahreswachstumsrate der Kredite an private Haushalte nach Verwendungszwecken



Quelle: OeNB.

3 Mäßiges Einlagenwachstum angesichts historisch niedriger Einlagenzinssätze

Angesichts historisch niedriger Einlagenzinssätze und leicht rückläufiger Realeinkommen überrascht die mäßige Einlagenentwicklung nur bedingt. Insgesamt verlangsamte sich das Einlagen-

wachstum im Jahresabstand geringfügig von 1,8% im September 2012 auf 1,1% im September 2013. Hierfür verantwortlich war die Normalisierung der Zuwachsraten für nichtfinanzielle Unternehmen, Zentralstaat und Sonstiger Staat (vor allem Sozialversicherungsträger).

Das Einlagenwachstum privater Haushalte erhöhte sich von 0,4% im September 2012 auf 0,7% im September 2013. Angesichts der niedrigen Zinssätze und einer flachen Zinsstrukturkurve vollzog sich innerhalb des Einlagensegments eine deutliche Umschichtung zugunsten täglich fälliger Einlagen. Dieser Trend ist bereits seit Ausbruch der Finanzkrise zu beobachten, verstärkte sich jedoch innerhalb der vergangenen vier Quartale spürbar. Der Zuwachs im Jahresabstand erhöhte sich von 4,2% im September 2012 auf 12,5% im September 2013. Gebundene Einlagen haben hingegen deutlich an Attraktivität verloren. Sparer suchen in Zeiten mangelnder Orientierung nach größtmöglicher Flexibilität, um jederzeit rasch auf Veränderungen reagieren zu können. Nach einem Rückgang der Einlagen mit Bindungsfrist von -1,4% im September 2012 betrug dieser im September 2013 -5,2%.

Durch diese Entwicklungen kam es zu Verschiebungen der sektoralen Struktur der Einlagen. Der Anteil der privaten Haushalte an den gesamten Einlagen ging in den letzten Jahren zwar zurück blieb aber mit über 70% der wichtigste Sektor. Die Bedeutung der nichtfinanziellen Unternehmen und des Staates und hier vor allem der Sozialversicherungsträger nahm dagegen zu.

Die Liquiditätspräferenz angesichts der niedrigen Zinssätze lässt sich auch aus Grafik 6 ablesen. Ende des Jahres 2008 lag knapp ein Drittel der Einlagen auf täglich fälligen Konten. Per Ende September 2013 war dieser Anteil auf über 46% angestiegen.

Tabelle 1

Einlagen von österreichischen Nichtbanken

	Stand Sep. 13	Jahresabstand	
		Sep. 13	Sep. 12
	in Mio EUR	in %	
Insgesamt	295.647	1,1	1,8
Private Haushalte	211.149	0,7	0,4
Nichtfinanzielle Unternehmen	52.618	1,4	6,6
Sonstige Finanzintermediäre	11.708	-0,3	-12,9
Versicherungen und Pensionskassen	5.100	-0,2	-4,0
Sonstiger Staat	11.600	6,5	25,3
Zentralstaat	3.472	11,0	26,5

Quelle: OeNB.

Tabelle 2

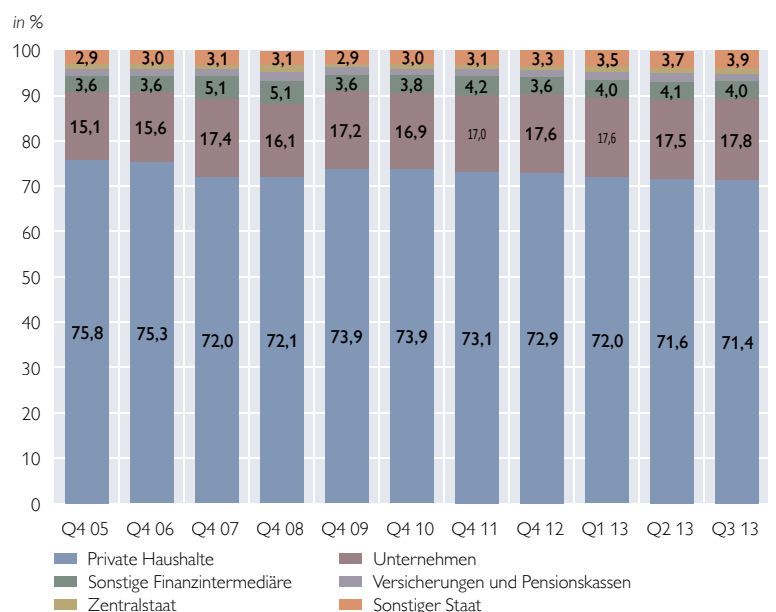
Einlagen von privaten Haushalten

	Stand Sep. 13	Jahresabstand	
		Sep. 13	Sep. 12
	in Mio EUR	in %	
Insgesamt	211.149	0,7	0,4
Täglich fällig	79.397	12,5	4,2
Einlagen mit Bindungsfrist	131.737	-5,2	-1,4
Bindungsfrist bis 1 Jahr	65.716	-12,8	3,3
Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre	25.895	12,2	-8,0
Bindungsfrist über 2 Jahre	40.126	-1,1	-5,5

Quelle: OeNB.

Grafik 5

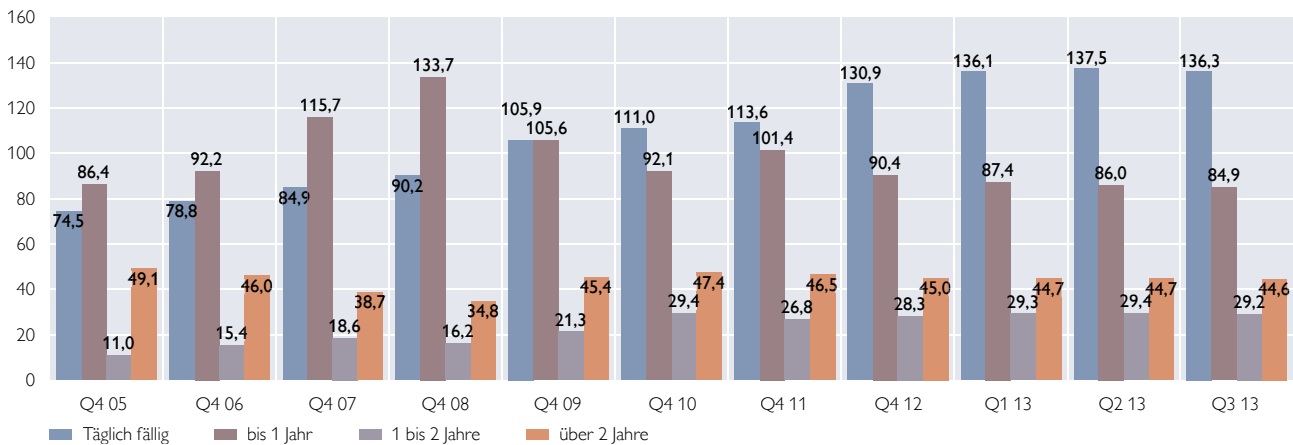
Sektorale Verteilung der Einlagen



Quelle: OeNB.

Einlagen von inländischen Nichtbanken nach Fristigkeit

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

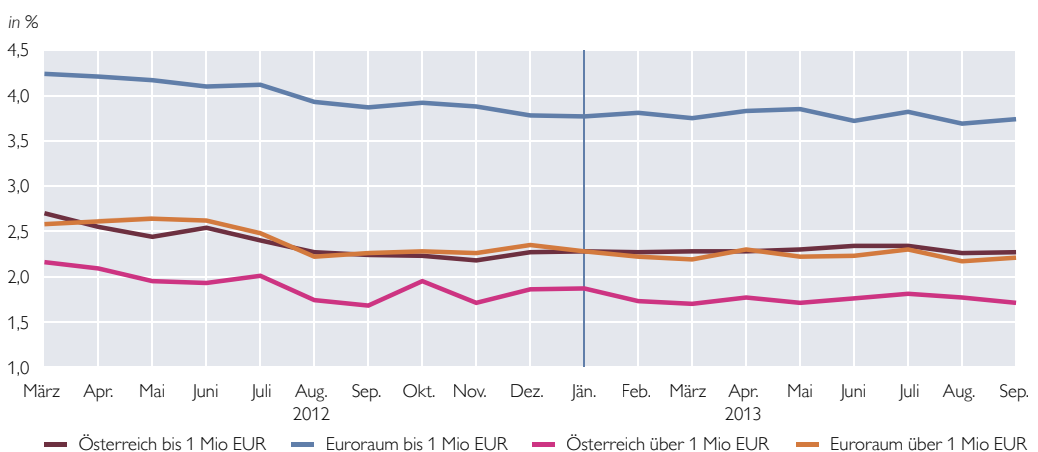
4 Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte

4.1 Deutlich niedrigere Zinssätze für österreichische nichtfinanzielle Unternehmen

Österreichische nichtfinanzielle Unternehmen konnten nach wie vor von günstigen Kreditzinssätzen profitieren. Sie bezahlten im laufenden Jahr für Kredite bis 1 Mio EUR – betreffen häufig Kredite an kleine und mittlere

Unternehmen (KMU) – um 40% weniger an Zinsen als Unternehmen im Euroraum. Für Kredite über 1 Mio EUR betrug der Zinsvorteil immerhin mehr als ein Fünftel. Obwohl sich die Zinssätze im laufenden Jahr nur geringfügig veränderten, lagen die Zinssätze für österreichische KMU im September 2013 um rund 20 Basispunkte unter dem Jahresdurchschnitt 2012. Für Großkredite belief sich der entsprechende Zinsrückgang auf 15 Basispunkte.

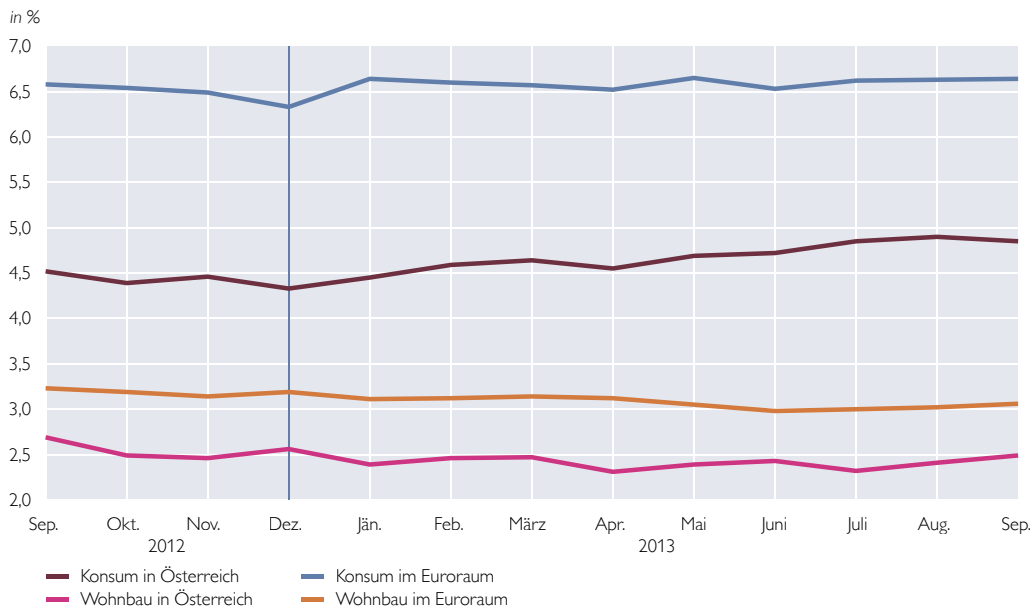
Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen im Neugeschäft



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 8

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen im Neugeschäft



4.2 Zinsvorteil für private Haushalte bleibt bestehen

Obwohl die Tiefpunkte bei Konsum- und Wohnbaukrediten in Österreich zuletzt wieder überschritten wurden, lagen die Zinssätze für diese Kreditkategorien im Durchschnitt des Euroraums deutlich höher. Ein Kunde im Euroraum musste für Konsumkredite um fast 40 % mehr und für Wohnbaukredite um fast ein Viertel mehr an Zinsen bezahlen als ein Kunde in Österreich.

5 Verstärktes Interesse der privaten Haushalte an Investmentfonds

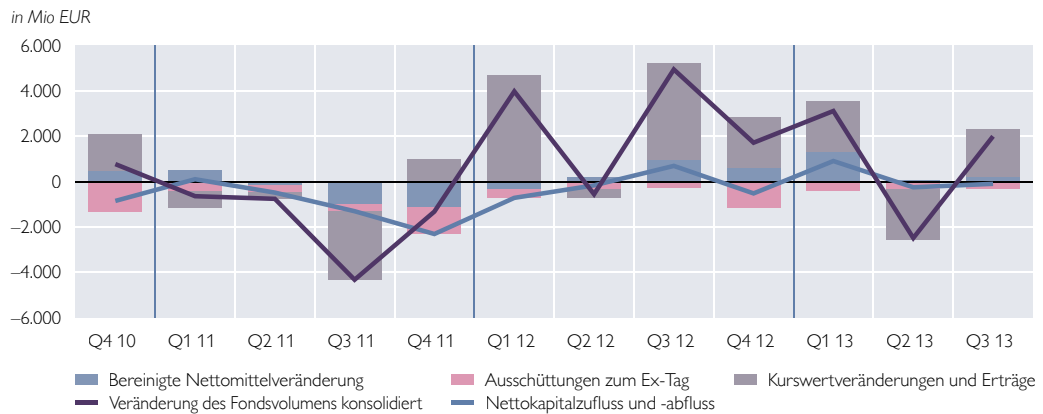
Die privaten Haushalte zeigten mit einem Kaufüberhang von 1,33 Mrd EUR in den ersten drei Quartalen 2013 (Vergleichsperiode 2012: –0,17 Mrd EUR) wieder ein verstärktes Interesse an Investmentfonds. Zudem haben die für die Pensionsvorsorge der privaten Haushalte verantwortlichen Sektoren – Versicherungen, Pensionskassen und

Betriebliche Vorsorgekassen – 0,81 Mrd EUR investiert. Nettoverkäufer waren hingegen ausländische Investoren und Banken.

Gute Performancedaten des vergangenen Jahres und weiterhin sehr niedrige Zinsen beeinflussten die Investitionsentscheidung der Fondsanleger vor allem im Jänner 2013 sehr stark zugunsten von Investmentfonds. Befürchtungen über die zu Ende gehende Niedrigzinsphase und damit einhergehende Kursverluste führten in den folgenden Monaten zu einem vorsichtigeren Anlageverhalten. Die Aussage des US-Notenbankpräsidenten Bernanke vom Juni 2013, dass die US-Wirtschaft weniger geldpolitische Unterstützung durch die Notenbank brauche, führte zu einem kurzfristigen Zinsanstieg und vor allem die Kapitalabflüsse der Ausländer verstärkten sich.

Die dennoch erfolgte Fortsetzung des Anleihekaufprogramms in den USA und die Leitzinssenkung der EZB im Juli 2013 entspannten die Situation

Nettomittelveränderung, Ausschüttung, Kurswertveränderung und Veränderung des veranlagten Kapitals



wieder, sodass insgesamt ein Kaufüberhang von 1,59 Mrd EUR (+1,3%) erzielt wurde. Unter Abzug der Ausschüttungen von 1,03 Mrd EUR zeigte sich ein Nettokapitalzufluss von 0,56 Mrd EUR (+0,44%). Zuzüglich Kursgewinnen von 2,06 Mrd EUR erhöhte sich das konsolidierte Fondsvolumen um 2,62 Mrd EUR (+2,1%) auf 129,45 Mrd EUR.

Der aktuelle Stand entspricht in etwa der Höhe des dritten Quartals 2005.

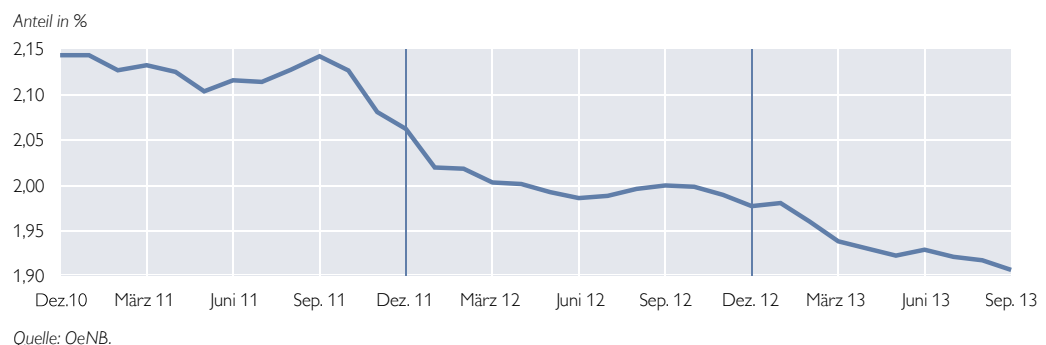
Das nicht konsolidierte Fondsvolumen erhöhte sich bis September 2013 um 2,51 Mrd EUR bzw. 1,7% auf 150,33 Mrd EUR. Die Zuflüsse aus Transaktionen zeigten eine Höhe von 2,23 Mrd EUR und die zu verbuchen-

den Bewertungsgewinne betragen 0,28 Mrd EUR.

Im Vergleich zum Euroraum war die Volumenentwicklung der österreichischen Fonds allerdings unterdurchschnittlich. Während der gesamte Euroraum eine Zunahme des nicht konsolidierten Fondsvolumens (inklusive „Fonds in Fonds“-Veranlagungen) von 5,5% erzielte, erreichte Österreich mit 1,7% weniger als ein Drittel des Wertes im Euroraum.

Damit fiel der Anteil des Fondsvolumens österreichischer Fonds am Euroraum Ende September 2013 auf 1,91% (Dezember 2012: 1,98%, Dezember 2011: 2,07%).

Anteil Österreichs am WWU-Fondsvolumen inklusive Geldmarktfonds



Bei Betrachtung der Investitionsstruktur des Fondsvolumens zeigt sich, dass in den ersten drei Quartalen 2013, mit Ausnahme von inländischen Immobilien und Sachanlagen, Inlandswerte abgebaut und in Auslandswerte investiert wurden.

Bei den Investitionen in Auslandswerte dominierten vor allem die Rentenwerte mit 1,91 Mrd EUR (+3,0%), während inländische Rentenwerte in der Höhe von 0,45 Mrd EUR (-2,6%) verkauft wurden. In ausländische Aktien und Beteiligungspapiere wurden 0,37 Mrd EUR (+2,6%) investiert, im Inland hingegen in der Höhe von 0,14 Mrd EUR (-3,8%) verkauft. Bemerkenswert ist das immer stärker werdende Engagement der Immobilienfonds in ausländische Immobilien. So wurde bis September 2013 mit 61 Mio EUR bereits fast doppelt so viel investiert als im gesamten Vorjahr. Im Inland wurde hingegen nur rund die Hälfte des Vorjahreswertes gekauft. Ausländische In-

vestmentzertifikate wurden in der Höhe von 0,33 Mrd EUR aufgestockt, während inländische Investmentzertifikate in der Höhe von 0,47 Mrd EUR abgebaut wurden. Mit 0,51 Mrd EUR relativ kräftig, wurden die Cash-Bestände angehoben.

Von Anfang Jänner bis Ende September 2013 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischer Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von 1,6%. Dabei verzeichneten Aktienfonds Kursgewinne von 7,7%, Mischfonds ein Plus von 1,7%. Rentenfonds zeigten einen Verlust von 0,3%. Immobilienfonds konnten +1,9% und Hedgefonds ein Plus von 0,1% erzielen. Geldmarktfonds erreichten eine Performance von +0,1%. Ein stärker negatives Ergebnis zeigte mit -3,2% die Kategorie Sonstige Fonds (Rohstofffonds, Fonds mit sehr spezifischem Investmentfokus, etc.), die allerdings nur ein sehr geringes Volumen aufweist.

Tabelle 3

Ausgewählte Kennzahlen aus dem Bereich der Finanzstatistik

unkonsolidiert	Stand Sep. 2013	Jahresabstand	
		Q3 13	Q3 12
Anzahl der Hauptanstalten	799	-13	-14
Anzahl der Auslandstöchter (>25%)	96	-7	-2
	<i>in Mio EUR</i>	<i>in %</i>	
Bilanzsumme	932.235	-6,5	-1,6
Einlagen von Nichtbanken ¹	295.649	1,1	1,8
Kredite an Nichtbanken ¹	328.589	-0,4	1,8
Kredite an private Haushalte ¹	139.182	0,8	0,8
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen ¹	141.485	0,5	2,7
Vermögensbestand Pensionskassen	17.029	5,3	11,0
Verwaltetes Vermögen Investmentfonds	150.329	3,0	4,8
	<i>in %</i>	<i>in Prozentpunkten</i>	
Anteil der FW-Kredite an Gesamtkrediten	12,9	-2,4	-2,7
Anteil der Kredite in JPY an FW-Krediten insgesamt	4,7	-2,2	0,8
Anteil der Kredite in CHF an FW-Krediten insgesamt	87,8	2,1	-0,5

Quelle: OeNB.

¹ Monetärstatistik: Der Jahresabstand ist um nicht transaktionsbedingte Veränderungen bereinigt.

Rückläufige Entwicklung bei Bauspardarlehen im dritten Quartal 2013

Entwicklung der Bausparkassen in den ersten drei Quartalen 2013

Martin Bartmann,
Mirna Miscevic¹

Im September 2013 verloren Bauspardarlehen aufgrund von im Marktvergleich höheren Kreditzinssätzen (2,84% verglichen mit 2,49% bei allen Monetären Finanzinstituten (MFIs)) an Attraktivität und wiesen erstmals seit neun Jahren ein geringfügig rückläufiges Jahreswachstum von -0,1% auf. Gleichzeitig erreichte die Gesamtanzahl an Bausparverträgen² ihren historischen Tiefststand bei 5.375.000 Stück. Bauspareinlagen stiegen hingegen im Jahresabstand um 3,8% auf 20,4 Mrd EUR, da hier kurzfristig attraktive Zinssätze (2,10% verglichen mit 1,45% bei allen MFIs) angeboten wurden.

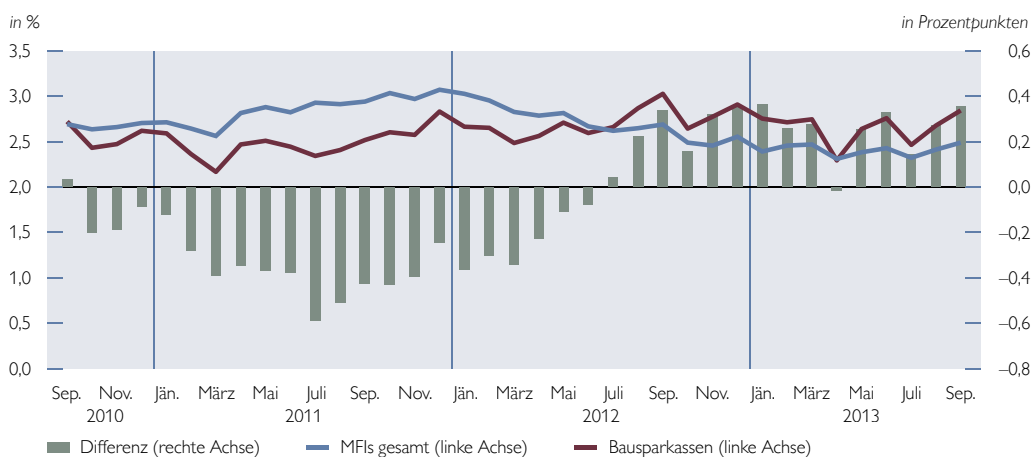
1 Kredite

Das aktuell niedrige Zinsniveau hat aufgrund der allgemeinen Geschäftsbedingungen für das Bausparkassengeschäft die Anwendung eines Mindestzinssatzes für Bauspardarlehen zur Folge. Dabei lag der von den Bausparkassen durchschnittlich vergebene Neugeschäftszinssatz für Wohnbaukredite seit Juli 2012 fast durchgängig über dem Durchschnitt aller MFIs in Österreich. Während Wohnbaukredite von österreichischen MFIs im September 2013 zu einem durchschnittlichen Neugeschäftszinssatz von 2,49% vergeben

wurden, mussten private Haushalte einen um 35 Basispunkte höheren Zinssatz bei Bausparkassen bezahlen (2,84%). Die weniger attraktiven Konditionen wirkten sich in erster Linie negativ auf das Neugeschäft bei Wohnbaukrediten aus. So ging der Anteil der Bausparkassen am neu vergebenen Volumen von Wohnbaukrediten von durchschnittlich 26% im Jahr 2012, auf 20% in den ersten drei Quartalen 2013 zurück. Weiters entwickelte sich das gesamt aushaftende Volumen von Bauspardarlehen rückläufig und erreichte 19,1 Mrd EUR im September

Grafik 1

Zinssätze neu vergebener Wohnbaukredite an private Haushalte



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oenb.at, mirna.miscevic@oenb.at.

² Keine Unterscheidung der Verträge in jene mit fixer Verzinsung und jene mit variabler Verzinsung möglich.

2013. Damit wiesen die Bauspardarlehen erstmals seit neun Jahren ein geringfügig rückläufiges Jahreswachstum von $-0,1\%$ auf. In Österreich insgesamt kam es bei Wohnbaukrediten privater Haushalte im September 2013 zu einem Wachstum von $2,1\%$ im Jahresvergleich. Die Gesamtanzahl an Bausparverträgen ging ebenfalls zurück und erreichte ihren historischen Tiefstand bei 5.375.000 Stück.

2 Einlagen

Seit der Halbierung der staatlichen Bausparprämie im April 2012 entwickelte sich der von österreichischen Bausparkassen gebotene Neugeschäftszinssatz für längerfristig (über 2 Jahre) gebundene Einlagen deutlich besser als der durchschnittlich von allen österreichischen MFIs vergebene Vergleichswert. Grafik 2 zeigt, dass die Bausparkassen einen Teil der Senkung der staatlichen Bausparprämie mit besseren Konditionen abfingen, um auch weiterhin attraktive Einlagenprodukte anbieten zu können. Im Februar 2013 erreichte dabei der Unterschied zwischen den von Bausparkassen gebotenen lang-

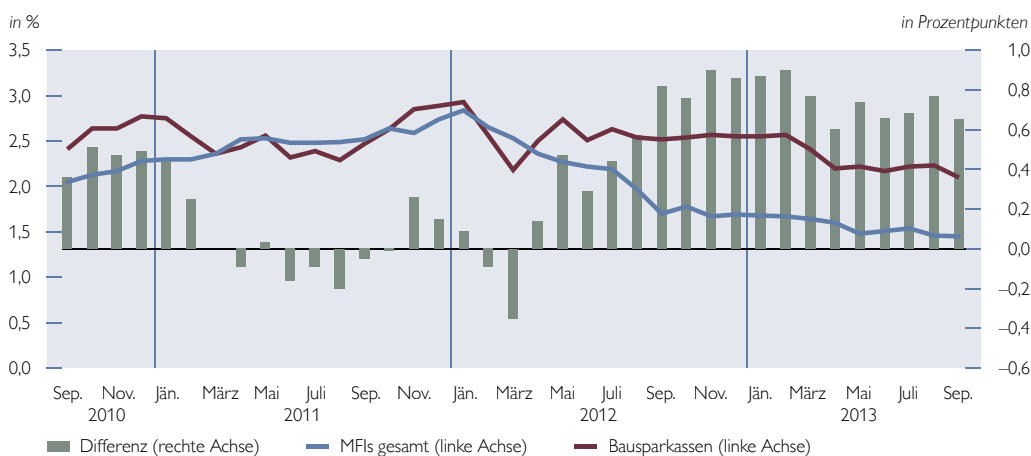
fristigen Einlagenzinssätzen ($2,57\%$) und dem Durchschnittszinssatz aller österreichischen MFIs ($1,67\%$) mit 90 Basispunkten seinen Höhepunkt. Im September 2013 boten Bausparkassen für längerfristige Einlagen mit $2,10\%$ einen um 65 Basispunkte höheren Zinssatz als der Durchschnitt aller MFIs ($1,45\%$) und lagen damit sogar über der Inflationsrate (HVPI) von $1,8\%$. Damit konnten private Haushalte ohne Hinzurechnung der staatlichen Prämie (z. B. bei Abschluss eines zweiten Bausparvertrages) im ersten Jahr nach Abschluss des Bausparvertrages einen höheren Zinsertrag als bei vergleichbaren Einlagenprodukten erzielen.

Die hohen Zinssätze im Einlagenneugeschäft führten auch dazu, dass das Einlagenvolumen weiterhin im Jahresabstand um $3,8\%$ auf 20,4 Mrd EUR anstieg und auch die Neuabschlüsse im dritten Quartal 2013 um 7% über jenen des Vorjahres lagen.

Die deutlich attraktivere Verzinsung im Einlagenneugeschäft war vorwiegend auf die dynamischen Bausparverträge, deren anfänglich hohe Fixzinssätze nach 12- bis 36-monatiger

Grafik 2

Zinssätze neu vergebener Einlagen an private Haushalte mit Bindungsfrist über 2 Jahre



Quelle: OeNB.

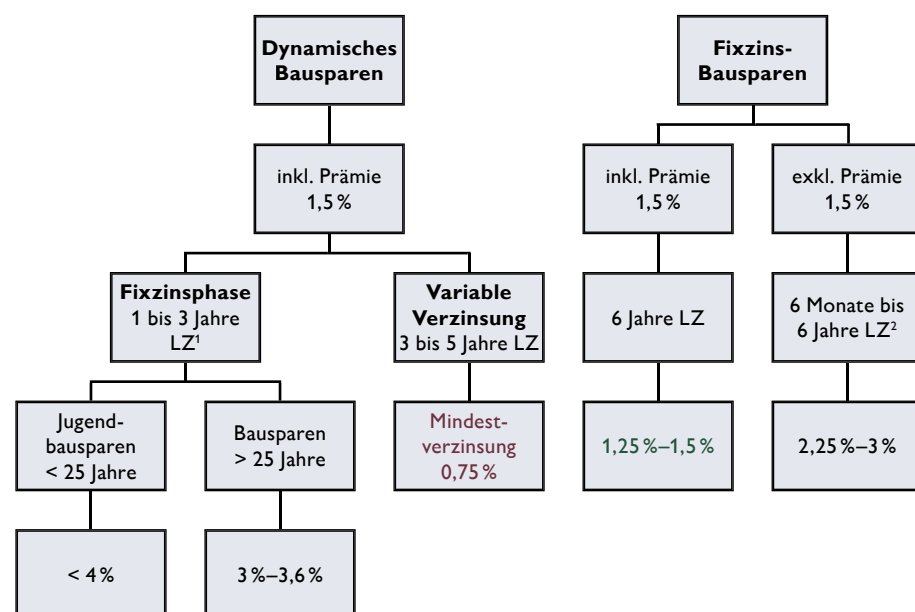
Laufzeit durch eine variable Verzinsung abgelöst werden, zurückzuführen. Bei Abschluss eines dieser Produkte lässt sich zu Beginn der Laufzeit ein Zinsvorteil lukrieren, welcher nach Ablauf der anfänglichen Zinsbindung durch einen variablen Zinssatz abgelöst wird. Aktuell beträgt der fixe Zinssatz dynamischer Bausparverträge bis zum Ablauf der Fixzinsphase mindestens 3,00% und höchstens 3,60%, wobei Jugendbausparverträge mit bis zu 4,00% am besten verzinst werden. Nach der vereinbarten Laufzeit der Fixzinsphase wird der dann geltende variable Zinssatz mehrheitlich anhand des 12-Monats-EURIBOR per Stichtag 30. November des jeweils vergangenen Jahres jährlich neu ermittelt und kann zwischen 0,75% und 4,25% liegen. Aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus (12-Monats-EURIBOR per Stichtag 30. November 2012: 0,57%) ergab

sich eine variable Mindestverzinsung von 0,75% für das Jahr 2013. Im Vergleich dazu liegen die Fixzinssätze für eine 6-jährige Einlage aktuell zwischen 1,25% und 1,50%. Daraus folgt, dass bei einer Betrachtung von über sechs Jahren die Zinserträge bei beiden Produkten sehr ähnlich sind. Das gilt auch für Einlagen bei Abschluss eines zweiten Bausparvertrages, der keine Prämienbegünstigung von 1,50% dafür aber höhere Fixzinssätze, die aktuell zwischen 2,25% und 3,00% liegen, vorsieht.

Die durchschnittliche Verzinsung (ohne Prämie) der gesamten bei Bausparkassen angelegten langfristigen Einlagen (Laufzeit über 2 Jahre) privater Haushalte betrug im September 2013 1,55% und lag damit unter dem Durchschnitt aller MFIs von 1,86% und gleichzeitig unter dem Neugeschäftszinssatz von 2,10%, den Bau-

Grafik 3

Konditionen für Dynamisches Bausparen versus Fixzins-Bausparen



Quelle: OeNB.

¹ LZ = Laufzeit.

² Je nachdem, wann der bestehende prämienbegünstigte Bausparvertrag das Ende der Mindestbindungsfrist erreicht, jedoch mindestens bis zu einer Restlaufzeit von 6 Monaten.

sparkassen im September 2013 angeboten. Die höher verzinsten neu abgeschlossenen Bausparprodukte schlugen

aufgrund des hohen Anteils variabel verzinsten Einlagen nicht auf den Gesamtbestand durch.

Einlagen- und Kreditzinssätze privater Haushalte

	Neugeschäft				Bestand			
	Einlagen mit Bindungsfrist über 2 Jahre		Wohnbaukredite an private Haushalte		Einlagen mit Bindungsfrist über 2 Jahre		Wohnbaukredite an private Haushalte	
	MFLs gesamt	Bausparkassen	MFLs gesamt	Bausparkassen	MFLs gesamt	Bausparkassen	MFLs gesamt	Bausparkassen
	<i>in %</i>							
Dez. 11	2,74	2,89	3,07	2,83	2,26	1,64	3,32	3,27
März 12	2,53	2,18	2,83	2,48	2,25	1,64	3,23	3,34
Juni 12	2,22	2,51	2,67	2,59	2,21	1,65	2,96	3,33
Sep. 12	1,7	2,52	2,69	3,03	2,13	1,64	2,78	3,32
Dez. 12	1,69	2,55	2,55	2,91	2,04	1,63	2,57	3,25
März 13	1,64	2,41	2,47	2,74	1,94	1,54	2,45	3,17
Juni 13	1,51	2,17	2,43	2,76	1,89	1,55	2,42	3,17
Sep. 13	1,45	2,1	2,49	2,84	1,86	1,55	2,42	3,14

Quelle: OeNB.

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen unverändert

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2014

Walter Waschiczek¹

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2014 deuten auf eine sehr stabile Kreditpolitik der österreichischen Banken im vierten Quartal 2013 hin. Wie schon in der Vorperiode blieben die Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte konstant. Für das erste Quartal 2014 erwarten die befragten Banken eine minimale Verschärfung der Standards für Kredite an Großunternehmen, unveränderte Richtlinien für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und für Konsumkredite an private Haushalte sowie eine geringfügige Lockerung bei den Wohnbaukrediten. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb im vierten Quartal 2013 in der Einschätzung der befragten Institute unverändert, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte verminderte sich hingegen geringfügig. Für das erste Quartal 2014 erwarten die Banken einen geringfügigen Anstieg der Nachfrage der Unternehmen sowie der privaten Haushalte nach Wohnbaufinanzierungen und eine unveränderte Nachfrage nach Konsumkrediten.

Die Ausrichtung der Kreditpolitik der österreichischen Banken war im vierten Quartal 2013 sehr stabil. Wie schon in der Vorperiode nahmen die Banken keine Anpassungen ihrer Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte vor. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb ebenfalls unverändert, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte verminderte sich hingegen geringfügig. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2014.

Wie schon in der Vorperiode nahmen die Banken im vierten Quartal 2013 im *Firmenkundengeschäft* keine Veränderungen der *Kreditrichtlinien*² vor. Das galt für Ausleihungen an Großbetriebe wie für Finanzierungen von KMU gleichermaßen. Für das erste Quartal 2014 gehen die Umfrageteilnehmer von einer minimalen Verschärfung der Kreditstandards aus, von der jedoch nur Großunternehmen betroffen sein dürften.

Demgegenüber wurden einige *Kreditbedingungen*³ für Unternehmensfinanzierungen im vierten Quartal 2013 geringfügig verschärft. Für risikoreichere Engagements weiteten die befragten Institute ihre Margen marginal aus, zudem wurden die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen im Berichtszeitraum etwas restriktiver gehandhabt. Die übrigen abgefragten Bedingungen blieben im Berichtszeitraum unverändert.

Auch die *Kreditnachfrage* der Unternehmen änderte sich nach Einschätzung der Umfrageteilnehmer im vierten Quartal 2013 nicht, nachdem die befragten Institute zwischen Mitte 2011 und Mitte 2013 zwei Jahre hindurch einen Nachfragerückgang konstatiert hatten. Für das erste Quartal 2014 erwarten die Banken einen moderat steigenden Mittelbedarf der Unternehmen – sowohl von KMU als auch von großen Unternehmen.

Im *Privatkundengeschäft* blieben die *Kreditrichtlinien* sowohl für Wohnbau-

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, walter.waschiczek@oenb.at.

² Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien, die festlegen, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet. Sie umfassen sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen Regelungen oder sonstigen Gepflogenheiten in Zusammenhang mit dieser Politik.

³ Unter Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen zu verstehen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

finanzierungen als auch für Konsumkredite im vierten Quartal 2013 unverändert. Für das erste Quartal 2014 erwarten die befragten Banken stabile Standards für Konsumkredite und eine moderate Lockerung bei den Wohnbaukrediten. Bei den *Kreditbedingungen* wurden die Margen für durchschnittliche Kredite – sowohl für Wohnbau – als auch für Konsumzwecke – geringfügig gelockert und darüber hinaus die Beleihungsquote von Wohnbaufinanzierungen etwas gelockert.

Die *Kreditnachfrage* der privaten Haushalte war im vierten Quartal 2013 in der Einschätzung der befragten Banken marginal rückläufig, was diese auf etwas ungünstigere Aussichten für den Wohnungsmarkt bzw. auf einen geringfügigen Rückgang der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter zurückführten. Für das erste Quartal 2014 werden ein weiterer mäßiger Anstieg der Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaufinanzierungen und eine unveränderte Nachfrage nach Konsumkrediten erwartet.

Die Zusatzfragen zur Refinanzierungssituation der Banken, die der Fragebogen beim aktuellen Befragungstermin wiederum enthielt, deuten

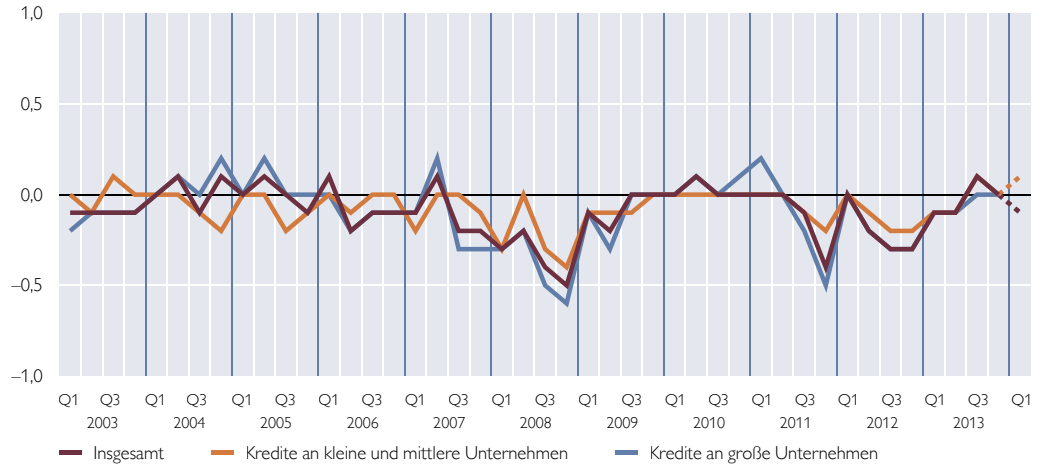
ebenfalls auf eine weiterhin stabile Entwicklung im vierten Quartal 2013 hin. Bezüglich ihres Zugangs zu großvolumigen Finanzierungen verzeichneten die teilnehmenden Banken keine Veränderungen. Auch die Entwicklungen auf den europäischen Staatsanleihemärkten hatten – ähnlich wie bei den vorangegangenen Befragungsterminen – keinen Einfluss auf die Refinanzierungssituation der österreichischen Banken. In Vorbereitung auf die bevorstehenden Änderungen der Eigenkapitalbestimmungen haben die befragten Institute im zweiten Halbjahr 2013 ihre risikogewichteten Aktiva weiter geringfügig abgebaut und ihre Eigenkapitalposition durch Aktienneuemissionen und einbehaltene Gewinnen gestärkt. In diesem Zeitraum haben die neuen Eigenkapitalanforderungen nur zu einer sehr moderaten Verschärfung der Finanzierungsbedingungen der Banken sowie zu einer marginalen Verschärfung der Richtlinien und der Margen im Kreditgeschäft beigetragen. Für das erste Halbjahr 2014 erwarten die Umfrageteilnehmer eine weitere geringfügige Verminderung der risikogewichteten Aktiva und eine Erhöhung der Eigenkapitalposition.

Grafik 1

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

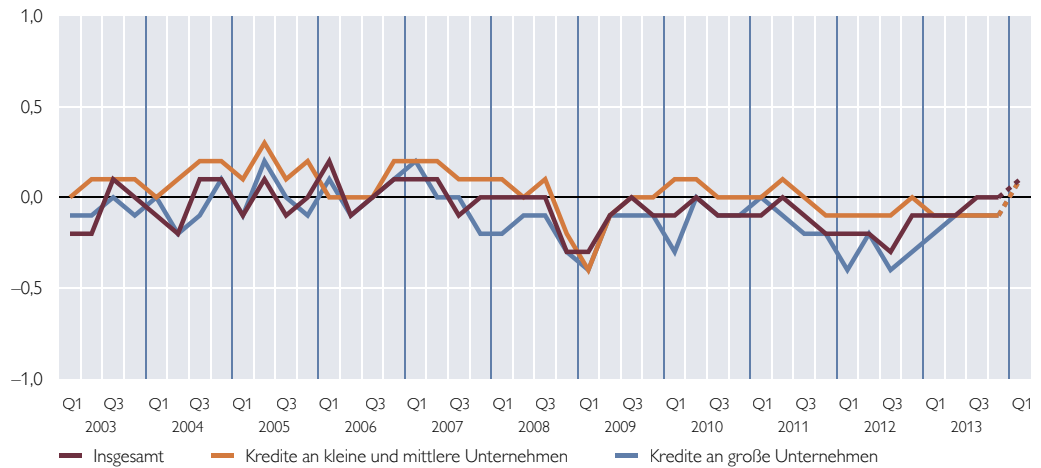
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 2

Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich gesunken / -0,5 = leicht gesunken / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gestiegen / 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

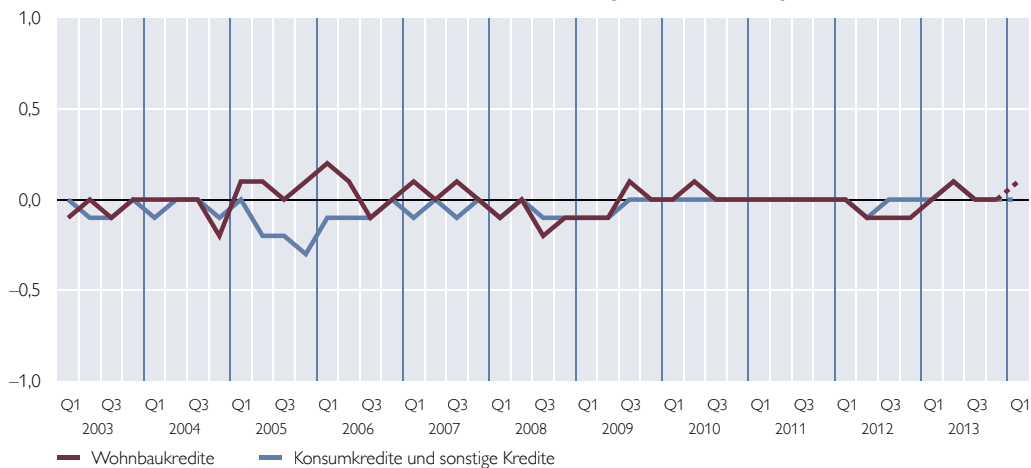
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 3

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

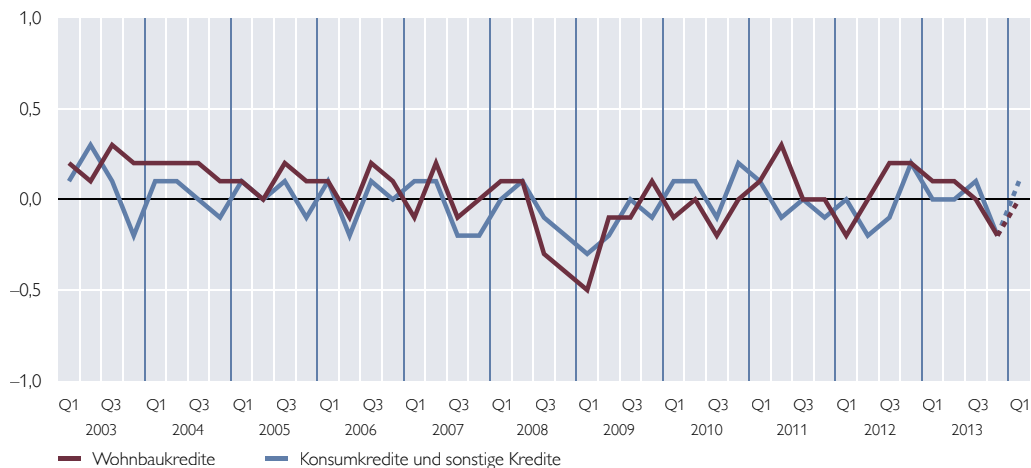
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 4

Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich gesunken / -0,5 = leicht gesunken / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gestiegen / 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost- und südosteuropäische Tochterinstitute

Elizabeth Bachmann,
Markus Hameter,
Mathias
Lahnsteiner¹

Bei grenzüberschreitenden Kreditforderungen zeigte sich nach einem starken Anstieg vor der Krise in den letzten Jahren eine Trendwende. In zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern (CESEE) bildet die Refinanzierung über Mutterbanken einen wesentlichen Bestandteil der externen Verbindlichkeiten von Banken und Finanzinstituten, wobei österreichische Banken wichtige Kreditgeber sind. Mit der systematischen Aufbereitung der Daten zur Direktkreditvergabe österreichischer Banken in CESEE auf Basis des österreichischen Zentralkreditregisters tragen wir zur – in den letzten Jahren intensiv geführten – Diskussion zum Thema „cross-border deleveraging“ (grenzüberschreitender Schuldenabbau) bei. Wie sich zeigt, ist das rückläufige Direktkreditvolumen österreichischer Banken in CESEE hauptsächlich von abnehmenden Forderungen gegenüber Banken in diesen Ländern getrieben. Eine wichtige Beobachtung ist die beschleunigte Abnahme der konzerninternen Kreditforderungen gegenüber Tochterbanken in CESEE ab Mitte 2011. Durch den Zufluss von lokalen Kundeneinlagen und der Bildung von zusätzlichen Eigenmitteln stieg die aggregierte Bilanzsumme der Tochterbanken in CESEE trotz dieser Reduktion seit Mitte 2008 an. Dies gilt allerdings nur im Aggregat, wohingegen auf Länderebene eine große Heterogenität herrscht. Bei den Forderungen gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen ist seit Mitte 2011 ein Anstieg zu verzeichnen, während sich bei den Forderungen gegenüber Finanzinstituten der Trend einer langsamen Verringerung fortsetzt.

1 Grenzüberschreitende Kreditvergabe während der Krise

Der vorliegende Artikel stellt eine Aktualisierung der gleichnamigen Studie von Bachmann, Hameter und Lahnsteiner (2012) dar, in der die Entwicklung der grenzüberschreitenden konzerninternen Kreditforderungen österreichischer Banken gegenüber Kreditnehmern in CESEE² von Anfang 2008 bis Ende 2011 analysiert wurde. Aufgrund internationaler Finanzmarkturbulenzen und regulatorischer Maßnahmen zog die Frage, ob es zu destabilisierenden Mittelabzügen kommen könnte, wiederkehrend erhöhte Aufmerksamkeit auf sich. Gleichzeitig ge-

wann die Betrachtungsweise an Bedeutung, dass ein geordnetes grenzüberschreitendes Deleveraging durchaus positive Implikationen für die Makrofinanzstabilität eines Kreditnehmerlandes haben kann, wenn die Abhängigkeit von externen Refinanzierungsquellen sinkt und lokale Kundeneinlagen und die Eigenmittel steigen. Eine Reduzierung von grenzüberschreitenden konzerninternen Krediten ist also nicht notwendigerweise negativ zu sehen, da sie den Übergang zu einem dezentralisierten Refinanzierungsmodell reflektieren kann.

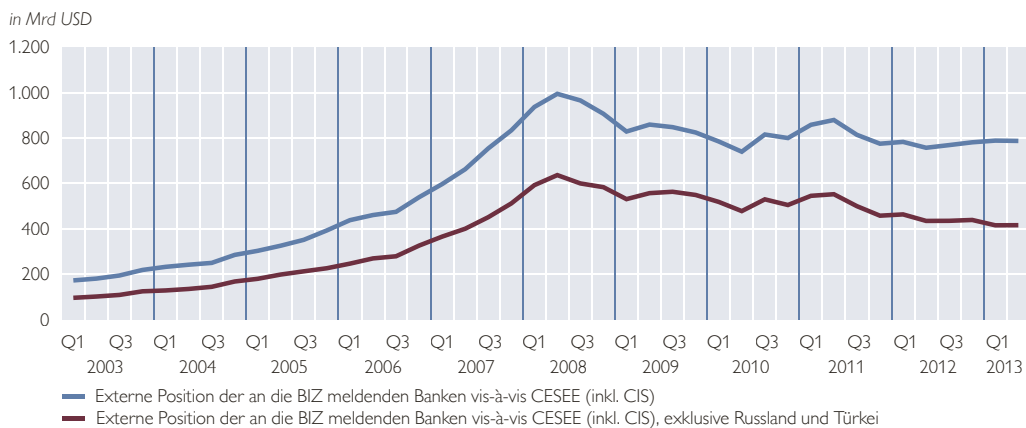
Die wesentlichen Entwicklungen der letzten Jahre lassen sich wie folgt

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht Modelle und Bonitätsanalysen, elizabeth.bachmann@oenb.at, markus.hameter@oenb.at, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland, mathias.lahnsteiner@oenb.at.

² Bei einem grenzüberschreitenden konzerninternen Kreditvolumen handelt es sich um die Kreditvergabe einer Mutterbank in Österreich an ihre eigenen (konzerninternen) Tochterbanken/-unternehmen im Ausland. Die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) umfasst in dieser Studie: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Weißrussland, Tschechien, Estland, Kroatien, Litauen, Lettland, Moldau, Montenegro, Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Türkei, Ungarn, Ukraine sowie neun Länder in Zentralasien und im Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan).

Grafik 1

Externe Position gegenüber Banken und Nichtbanken in CESEE (inklusive CIS)



Quelle: BIZ, locational statistics, Tabelle 6A.

zusammenfassen. Seit dem Ausbruch der Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten Mitte 2007 und besonders nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 gab es Befürchtungen, dass ausländische Banken, insbesondere Mutterbanken im Euroraum, das grenzüberschreitende Kreditvolumen in CESEE innerhalb kurzer Zeit stark reduzieren könnten. Mehrere Studien (vgl. Berglöf et al., 2009; EBRD, 2009 und Vogel und Winkler, 2011) sehen in der Existenz von Konzernnetzwerken in der CESEE-Bankenlandschaft einen risikomildernden Umstand in der Liquiditätskrise nach der Lehman-Pleite. Hameter, Lahnsteiner und Vogel (2012) zeigen in einer empirischen Analyse auf Basis von österrei-

chischen Einzelbankdaten aus dem Zentralkreditregister (ZKR, vormals Großkreditevidenz (GKE)), dass sich grenzüberschreitende konzerninterne Kreditvolumina unmittelbar nach der Lehman-Pleite stabiler entwickelten als Kreditvolumina gegenüber konzernfremden Kreditnehmern. Insgesamt konnte ein massiver Kapitalabzug in der Krisenperiode 2008/2009 auch dank der Bemühungen im Rahmen der Vienna Initiative verhindert werden. Im Laufe des Jahres 2010 begann die externe Position der westeuropäischen Banken in CESEE dann zu steigen (Grafik 1).

Mitte des Jahres 2011 setzte wieder eine Reduktion ein, die mit neuen regulatorischen Vorgaben (EBA-Empfehlung zur Verbesserung der Kapitalquoten und Basel III³) und der Krise in

³ Die OeNB und die FMA verlangten in diesem Kontext von den in CESEE tätigen österreichischen Großbanken eine Verbesserung der Eigenmittelausstattung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung einer weitgehend selbstständigen und nachhaltigen Refinanzierung der Tochterinstitute. Konkret wurden die Top-3-Banken im Rahmen der sogenannten Säule 2 dazu aufgefordert, Basel III in seiner endgültigen Form, d. h. ohne Übergangsperiode, bereits per 1. Jänner 2013 umzusetzen und per 1. Jänner 2016 einen zusätzlichen Kapitalaufschlag von bis zu 3 % zu halten. Die Banken wurden außerdem dazu aufgefordert, ihre künftige Kreditexpansion an die Steigerung stabiler Refinanzierungsquellen (überwiegend in Form von lokalen Kundeneinlagen) zu koppeln. In den vergangenen Jahren hat sich die Kapitalquote des österreichischen Bankensystems kontinuierlich verbessert. Im Juni 2013 lag die durchschnittliche Tier 1-Ratio bei 11,5 %. Ein weiterer Kapitalaufbau ist angesichts der Risikostruktur des Exposures (in CESEE), der höheren Markterwartungen über regulatorische Anforderungen hinaus, der besseren Kapitalisierung vergleichbarer Banken und der Notwendigkeit, das staatliche Partizipationskapital zurückzuführen, aus Sicht der OeNB weiterhin geboten (OeNB-Pressaussendung vom 11. Dezember 2013).

einigen Euroraum-Ländern in Zusammenhang gebracht wird (Vienna Initiative, 2012 bis 2013 und IMF, 2013a). Insbesondere hinsichtlich mancher CESEE-Länder wurde ein beschleunigter Abzug von Mitteln durch Mutterbanken festgestellt (siehe beispielweise zu Rumänien: IMF, 2013b und Banca Națională a României, 2013, und zu Ungarn: Magyar Nemzeti Bank, 2012). In diesem Kontext wird jedoch zumeist darauf hingewiesen, dass dieser Prozess geordnet vor sich ging und Abzüge von Mutterbanken zumindest teilweise mit einem Anstieg der Kundeneinlagen einhergingen. Die ungarische Notenbank weist darauf hin, dass Mutterbanken zwar grenzüberschreitende konzerninterne Kreditforderungen reduzierten, aber gleichzeitig Rekapitalisierungsmaßnahmen bei den Töchtern implementierten. Die Abhängigkeit der CESEE-Bankensektoren von externen Refinanzierungsquellen sank insgesamt gesehen bereits deutlich. In einzelnen Ländern (insbesondere in den baltischen Staaten) war nach einem deutlichen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Mutterbanken zuletzt wieder eine Stabilisierung zu erkennen (Eesti Pank, 2013; Bank of Lithuania, 2013). Allerdings waren nicht alle CESEE-Länder von dieser Entwicklung betroffen. So entwickelte sich etwa das Exposure von Mutterbanken gegenüber ihren Tochterbanken in Serbien im Großen und Ganzen von Ende 2008 bis Ende 2012 stabil, während das grenzüberschreitende Kreditvolumen ausländischer Banken gegenüber dem serbischen Unternehmenssektor zurückging (Narodna banka Srbije, 2012).

Inwieweit sich diese Beobachtungen für die in Österreich meldepflichtigen Banken auf Kreditgeberseite nachzeichnen lassen, ist Gegenstand dieses Beitrags. Dabei wird auf Daten aus dem österreichischen ZKR zurückgegriffen, die in Hinblick auf konzerninterne Kreditforderungen systematisch aufbereitet und analysiert werden. Zudem werden die Daten aus dem ZKR ausgewählten Bilanzpositionen der meldepflichtigen Tochterbanken gegenübergestellt, insbesondere den Kundeneinlagen und Eigenmitteln. Diese Sichtweise lässt erkennen, inwieweit sich die Refinanzierungsstruktur im Fall der österreichischen Tochterbanken bereits änderte. Diese Analyse erstreckt sich über den Zeitraum von 2008 bis Mitte 2013 und zielt darauf ab, die wichtigsten Entwicklungen für die CESEE-Region herauszustreichen. Auf einzelne Länder kann aus Vertraulichkeitsgründen nur soweit eingegangen werden, dass keine Rückschlüsse auf Einzelbanken möglich sind.

Die vorliegende Studie gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 umfasst die Beschreibung der zugrundeliegenden Datenbasis ZKR unter Berücksichtigung der entsprechenden Segmentierung der Kreditnehmer. Außerdem wird beschrieben, wie die Daten des ZKR mithilfe von Informationen aus der Monetärstatistik⁴ um Wechselkurseffekte bereinigt werden können. Eine deskriptive Analyse mit Schwerpunkt auf der Kreditvergabe gegenüber Tochterbanken folgt in Kapitel 3. Kapitel 4 fasst die wesentlichen Erkenntnisse der Studie zusammen.

⁴ Unter dem Begriff der Monetärstatistik werden im Wesentlichen jene Statistiken (Bilanzmeldungen, welche nach bestimmten Kriterien (Instrumente, Fristigkeiten, Verwendungszweck, Währungen, Sektoren und Länder) gegliedert sind) subsumiert, die von der OeNB im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB) von den in Österreich meldepflichtigen Monetären Finanzinstituten (MFIs) erhoben werden.

2 Datenbasis

2.1 Allgemein (Meldeinhalt)

Grundlegende Datenbasis der vorliegenden Studie ist das Zentralkreditregister (ZKR, vormals Großkreditevidenz), welches von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) erhoben wird. Alle Kredit-⁵ und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherung mit Sitz in Österreich sind verpflichtet Kredite gemäß Zentralkreditregistermeldungs-Verordnung (ZKRM-V) zu melden.⁶

Das ZKR bietet von in Österreich ansässigen Instituten detaillierte Obligo- und Risikoinformationen über die Forderungen und die Bonitätseinstufung gegenüber in- und ausländischen Schuldner, wobei es sich hierbei um unkonsolidierte Daten handelt. Erreichen oder überschreiten zum Monatsultimo gegenüber einem Schuldner Forderungen, Forderungsrahmen (inklusive der Promessen) sowie die gegenüber diesem Schuldner bestehenden Anteilsrechte, Interbankforderungen, titrierte Forderungen und sonstige Kreditderivate insgesamt 350.000 EUR oder den Euro-Gegenwert, so wird die Meldepflicht ausgelöst. Dabei wird zwischen in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen (das sind z. B. verbrieft und nicht verbrieft Forderungen), außerbilanzmäßigen Geschäften⁷ sowie dem Gegenparteausfallrisiko von Derivaten⁸ unterschieden. Das ZKR leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Finanzmarktstabilität, da es Informationen zu Kre-

ditrisikodaten für Aufsichtszwecke zur Verfügung stellt.

Im letzten Jahrzehnt wurde das ZKR – zwecks Erweiterung um kreditrisikorelevante Parameter – mehrmalig tiefgreifend reformiert. Eine dieser Reformen trat mit Jänner 2008 in Kraft, wonach Banken verpflichtet wurden, Forderungssalden auf Interbank-Verrechnungskonten (dies sind kurzfristige Interbankforderungen, deren Kreditvergabe ohne zugrunde liegenden Kreditvertrag erfolgt) zu melden, sofern eine andere Meldeposition in Verbindung mit dem Schuldner bei der spezifischen Bank die Meldepflicht auslöst. Da kurzfristige Interbankforderungen einen volumenmäßig bedeutenden Anteil an der gesamten Kreditausnutzung einnehmen, beginnt der Beobachtungszeitraum mit Jänner 2008. Seit der mit April 2011 eingetretenen Reform haben Banken kurzfristige Interbankforderungen nunmehr unabhängig von der Existenz anderer Forderungen zu melden. Darüber hinaus sind seit April 2011 zusätzlich langfristige Interbankforderungen separat meldepflichtig. Diese „neuen“ Meldepositionen wirken sich aber nur in geringem Ausmaß auf das Gesamtbild im Rahmen dieser Analyse aus. Im Zeitraum von April 2011 bis Juli 2013 lag der durchschnittliche Bestand der Gesamtforderungen nur 0,8% über dem Vergleichswert, der sich aus einer Auswertung ergibt, die die neuen Meldepositionen exkludiert. Im Segment Kredit-

⁵ Dies umfasst auch Zweigstellen von CRR-Kreditinstituten (CCR – Capital Requirements Regulation) aus Mitgliedsstaaten in Österreich gemäß § 9 BWG.

⁶ Rechtliche Grundlage der Zentralkreditregistermeldung sind das Bankwesengesetz (BWG), die Ausweisrichtlinie zur Zentralkreditregistermeldungs-Verordnung (ZKRM-V) und die Verordnung über den Internationalen Austausch von Daten der Großkreditevidenz. Gemäß § 75 Bankwesengesetz (BGBl. 118/ 2010) sind Kredit- und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherungen verpflichtet, Kredite über der Meldegrenze von 350.000 EUR der Oesterreichischen Nationalbank auf monatlicher Basis zum jeweiligen Monatsultimo zu melden.

⁷ Außerbilanzmäßige Geschäfte gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

⁸ Gegenparteausfallrisiko von Derivaten gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und Kreditderivaten.

forderungen an Banken lag die relative Differenz bei 2%. Spürbarer wirkte sich die Revision im Segment Kreditforderungen gegenüber konzernfremden Auslandsbanken aus, wo die Differenz 4,5% beträgt.

2.2 Datenaufbereitung

Für die vorliegende Analyse werden von den in der Bilanz auszuweisenden Forderungen (d. h. der Ausnutzung) die Anteilsrechte abgezogen, da diese Position dem Beteiligungsrisiko zuzuordnen ist und somit kein originäres Kreditrisiko darstellt. Nicht ausgenutzte Kreditlinien sind im außerbilanzmäßigen Bereich zu melden und sind daher nicht im Basisdatensatz enthalten, werden aber ergänzend behandelt. Die Kreditausnutzung wird daher wie folgt berechnet:

Kreditausnutzung = in der Bilanz auszuweisende Forderungen abzüglich Anteilsrechte

Wie bereits angeführt werden Forderungen aus außerbilanzmäßigen Geschäften grundsätzlich nicht in der Studie berücksichtigt, da diese Transaktionen (z. B. Bank A haftet für Forderungen von Bank B für einen Schuldner in der Ukraine) üblicherweise keinen Liquiditätstransfer gegenüber Schuldnern in CESEE darstellen. Die Kreditvergabe der Auslandstochterbanken vor Ort, d. h. jener Anteil an Kreditforderungen der Tochterbanken österreichischer Institute, welcher direkt in CESEE vergeben ist, wird im Rahmen der Studie ebenfalls nicht erfasst, da dieser Anteil nicht im Rahmen des ZKR meldepflichtig ist. Vielmehr wird die direkte Kreditvergabe von in Österreich ansässigen Kreditinstituten an Kreditneh-

mer mit Sitz in der CESEE-Region untersucht.

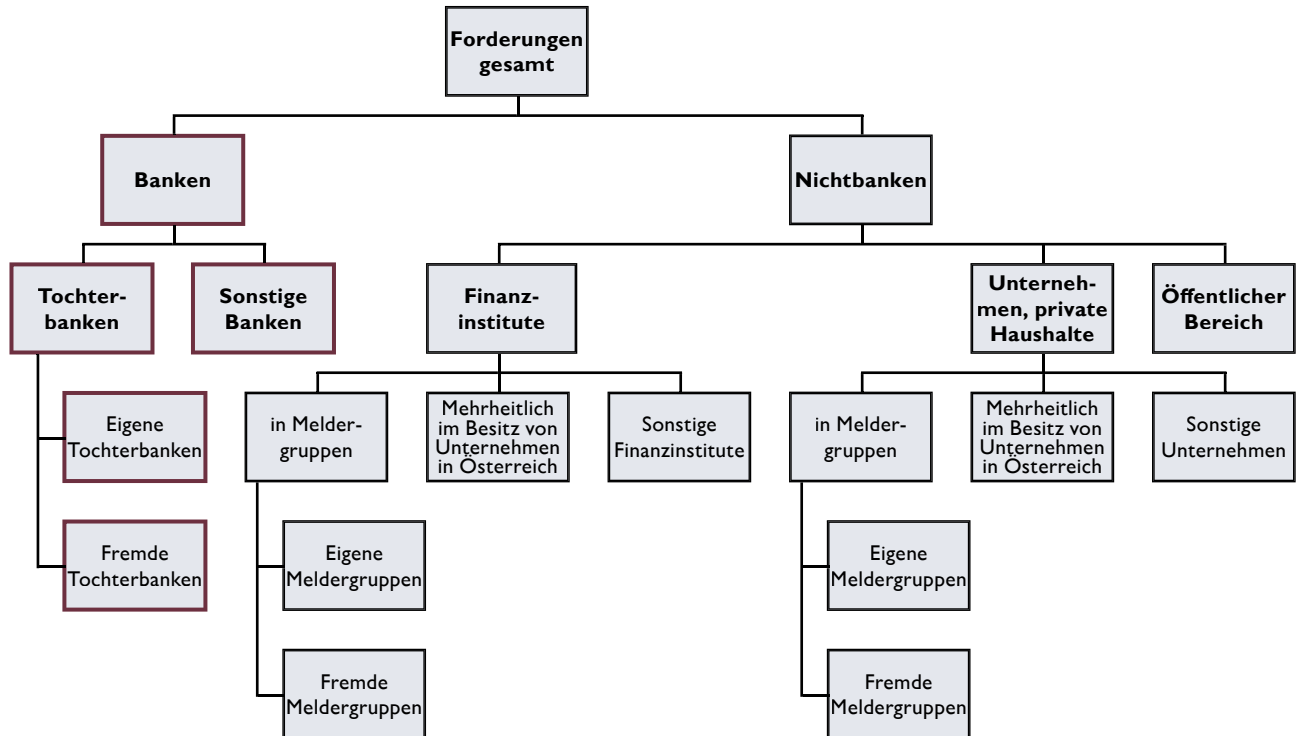
Auf der Kreditgeberseite umfasst die Datenbasis Kreditinstitute mit Geschäftssitz in Österreich sowie deren Kreditvergabe durch ausländische Filialen. Das vorliegende Datenset umfasst somit jedes Kreditinstitut, welches im Beobachtungszeitraum (Jänner 2008 bis Juli 2013) eine Kreditausnutzung gegenüber Schuldnern in CESEE gemeldet hat. Zu beachten ist allerdings, dass über den Beobachtungszeitraum hinweg im Schnitt drei Banken etwa 60% an der gesamten Kreditausnutzung gegenüber Schuldnern aus CESEE-Ländern hielten.

Auf der Kreditnehmerseite wurde das Datensample in die, in Grafik 2, dargestellten Segmente unterteilt. Die Summe aller Teilsegmente ergibt dabei die gesamte Kreditausnutzung gegenüber CESEE.⁹

Aus Grafik 2 ist ersichtlich, dass die Summe aller Forderungen in jene gegenüber Banken und Nichtbanken unterschieden wird. Darüber hinaus kann im Zuge der direkten Kreditvergabe im Segment der Forderungen an Banken der Liquiditätstransfer von österreichischen Banken an eigene Tochterbanken (konzerninterne Kreditvergabe), an konzernfremde Tochterbanken sowie an sonstige (im Auslandsbesitz befindliche) Banken unterschieden werden. Das Segment der Nichtbanken erlaubt eine Untergliederung der Finanzierungsflüsse gegenüber Finanzinstituten, Unternehmen und privaten Haushalten sowie dem Öffentlichen Bereich. Innerhalb der beiden erstgenannten Sub-Segmente (Finanzinstitute sowie Unternehmen und private

⁹ Als Datenquelle zur Zusammenfassung der Kreditnehmersegmente dienen einerseits die Stammdaten jedes einzelnen Schuldners (Firmenname, Identnummer, Sitzland, Firmenbuchnummer, VGR-Sektor, Rechtsform) und andererseits die Meldung zur Gruppe verbundener Kunden (gem. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 39 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013).

Segmentierung der Kreditnehmer



Quelle: OeNB.

Haushalte) erfolgt eine weitere Unterteilung in Forderungen gegenüber Entitäten, die sich mehrheitlich im Besitz österreichischer Banken (d. h. in einer Meldergruppe¹⁰ aufscheinen) oder österreichischer Unternehmen oder anderer Unternehmen befinden. Bei jenen Schuldner, die mehrheitlich im Besitz österreichischer Banken sind, lassen sich die Liquiditätsströme wiederum in Forderungen gegenüber Entitäten unterscheiden, die mehrheitlich im eigenen Besitz (eigene Meldergruppe) oder im Besitz einer anderen österrei-

chischen Bank (fremde Meldergruppe) ist.

Während Tochterbanken aufgrund der OeNB-Stammdatenbank vergleichsweise einfach identifiziert werden können, wird bei der Definition „mehrheitlich im Besitz von“ die Beteiligungsstruktur auf Basis der Meldung der Gruppe verbundener Kunden herangezogen. Dabei wird eine Gesellschaft mit Sitz in CESEE, die mehrheitlich von in Österreich ansässigen Gesellschaften kontrolliert wird (Anzahl Unternehmen mit Sitz in „AT“ > 70%),

¹⁰ Bei einer Meldergruppe handelt es sich um eine Gruppe verbundener Kunden (gem. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 39 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013), in deren Hierarchie ein Kreditinstitut gem. § 1 Abs. 1 BWG aufscheint. Ausgehend von der Überlegung, dass ein Melder über den eigenen Konzern selbst am besten Bescheid weiß, wird eine solche Gruppe verbundener Kunden (GvK) ausschließlich vom Konzernkopf einer solchen Gruppe gemeldet. Ist der Konzernkopf selbst nicht meldepflichtig, dann ist das in Österreich hierarchisch am höchsten angesiedelte Kreditinstitut zur Meldung verpflichtet. Die anderen ZKR-Melder sind zur Meldung dieser Gruppe entbunden, sie können der OeNB allerdings Kommentare zur Bildung einer Meldergruppe übermitteln.

dem Segment „mehrheitlich im Besitz von österreichischer Unternehmen“ zugeordnet.

Die Währungsstruktur der Kreditvergabe österreichischer Banken an Schuldner in CESEE variiert bedeutend innerhalb dieser Länder. Dabei dominiert zwar der Euro die Kreditvergabe in den meisten Ländern der Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), wenngleich der US-Dollar, der Schweizer Franken, der japanische Yen sowie lokale Währungen ebenfalls bedeutende Anteile in der Währungsstruktur der grenzüberschreitenden Kreditvergabe an Kreditnehmer in CESEE einnehmen. Um den Wechselkursschwankungen im Beobachtungszeitraum (Aufwertung des Schweizer Franken und Abwertung der meisten CESEE-Währungen gegenüber dem Euro) Rechnung zu tragen, wurde eine Wechselkursbereinigung der Kreditausnutzung durchgeführt.

Fremdwährungspositionen sind im ZKR unter Zugrundelegung des Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Meldestichtag in Euro umzurechnen. Die Werte des zugrundeliegenden Datensamples denominieren demnach in Euro, weshalb keine Aufgliederung der ZKR-Daten in Fremdwährungspositionen möglich ist. Eine annäherungsweise Bereinigung um Wechselkurseffekte ist jedoch mithilfe von Daten aus der Monetärstatistik möglich. Im Rahmen dieser Erhebung müssen Banken (MFIs) ihr Portfolio auf Basis des Sitzlandes/Geschäftssitzes der Gegenparteien bzw. auf Basis von Währungen aufschlüsseln und im Aggregat für Banken und Nichtbanken melden. Es werden folgende Währungen erhoben: EUR, USD, CHF, JPY, CAD, NOK, AUD sowie Währungen von EU-Mitgliedstaaten, welche nicht Teil des Euroraums sind.

Im Rahmen der Wechselkursbereinigung wurden die Daten der EZB-Monetärstatistik mit den Daten aus dem ZKR in den folgenden Schritten zusammengeführt:

1. Basierend auf der aus der EZB-Monetärstatistik stammenden Währungsaufgliederung jedes einzelnen Kreditgebers, wurde je Bank der Anteil jeder Währung der Forderungen gegenüber Banken und Nichtbanken ermittelt.
2. Im Anschluss wurden die errechneten Währungsanteile, entsprechend der Kreditforderungen aus dem ZKR, auf die einzelnen Währungskomponenten aufgeteilt. Da die Daten der EZB-Monetärstatistik ausschließlich für Banken bzw. Nichtbanken erhoben werden, haben wir die Annahme getroffen, dass die Anteile für die Sub-Segmente entsprechend übereinstimmen.
3. Zuletzt wurden wechselkursbereinigte Zeitreihen (auf Basis der Ende Jänner 2008 vorliegenden Wechselkurse) berechnet. Zu jedem Zeitpunkt und für jede verfügbare Nicht-Euro-Währung wurde der äquivalente Betrag in der Ursprungswährung (d. h. von Euro in US-Dollar) ermittelt und im Anschluss in den Euro-Betrag mit dem konstant gehaltenen Wechselkurs zurückgerechnet (d. h. von US-Dollar in Euro).

3 Deskriptive Analyse

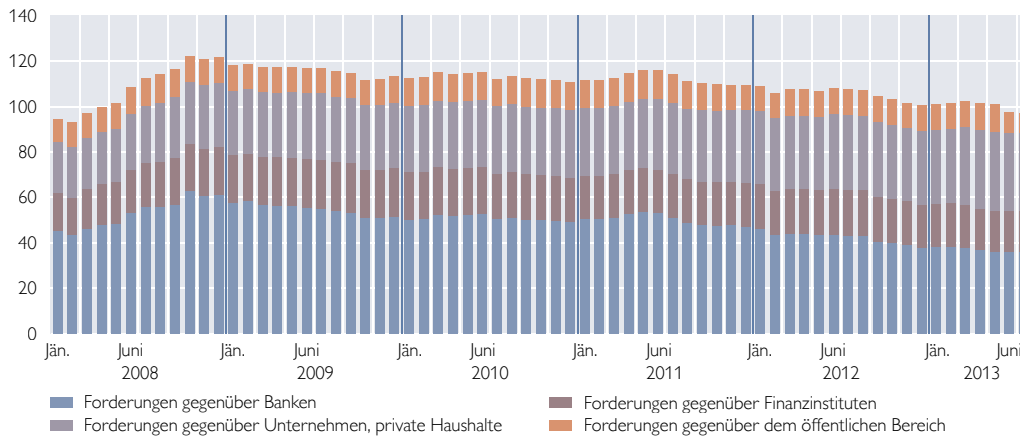
3.1 Direktkreditvergabe österreichischer Banken in CESEE

Entsprechend der Daten des ZKR weisen die österreichischen Kreditinstitute im Beobachtungszeitraum (Jänner 2008 bis Juli 2013) im Mittel eine Kreditausnutzung gegenüber Kreditnehmern in CESEE von 110 Mrd EUR aus. Nachdem die Kreditausnutzung bis zum dritten Quartal 2008 angestiegen war und im Oktober 2008 einen Höchst-

Grafik 3

Direktkreditvergabe österreichischer Banken in CESEE

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, Zentralkreditregister.

stand von 122 Mrd EUR erreicht hatte, kam es nach der Lehman-Pleite zu einer Trendwende (siehe auch Grafik 3). Bis Juli 2013 sank die Kreditausnutzung graduell aber mit Pausen auf 97 Mrd EUR, lag aber noch etwas über dem Wert zu Beginn des Beobachtungszeitraums.

Bei der Analyse der Teilsegmente in CESEE fällt auf, dass über den Beobachtungszeitraum betrachtet durchschnittlich rund 10% sämtlicher Direktkredite dem öffentlichen Bereich zuzuordnen sind (rund 11 Mrd EUR). Im Bereich der Direktkredite an den Privatsektor entfielen durchschnittlich die Hälfte auf Banken und die andere Hälfte auf sonstige Finanzinstitute und nichtfinanzielle Unternehmen. Da die Direktkredite an Banken im Beobachtungszeitraum zurückgingen und die Direktkredite an Nichtbanken sogar leicht zulegten, verringerte sich der Anteil der Banken am Direktkreditvolumen von 56% im Oktober 2008 auf 40% im Juli 2013. Wie Grafik 3 zeigt, beschleunigte sich der Rückgang bei den Direktkrediten an Banken Mitte 2011.

Die wichtigsten ZKR-Kreditnehmerländer österreichischer Banken in CESEE waren zu Ende des Beobach-

tungszeitraums Kroatien, Rumänien und Russland (10%–15% am Gesamtvolumen), gefolgt von der Türkei, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei (5%–10%). Zwischen 2% und 5% lagen die Anteile Bosnien-Herzegowinas, Bulgariens, Serbiens und der Ukraine. Alle anderen Länder, welche Teil dieser Studie sind, lagen mit ihren Anteilswerten jeweils unterhalb der 1-Prozent-Marke. Über den Beobachtungszeitraum gesehen war die größte Verschiebung von Ungarn (–5 Prozentpunkte) hin zur Türkei zu sehen (+7 Prozentpunkte). Abgesehen von diesen beiden Ländern lagen die Zu- und Abnahmen des jeweiligen Anteils pro Land am Gesamtvolumen unter 2 Prozentpunkten.

Stellt man das Direktkreditvolumen ins Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP) der einzelnen Länder, zeigt sich, dass die Direktkreditvergabe österreichischer Banken in einigen Ländern der CESEE-Region makroökonomisch relevante Größenordnungen erreichte. Kroatien und Slowenien stechen in diesem Zusammenhang hervor. In Kroatien betrug das Direktkreditvolumen österreichi-

scher Banken Mitte 2013 34 % des BIP, während diese Quote in Slowenien bei 21 % lag. In Bulgarien, Tschechien, Ungarn und Rumänien ergeben sich Werte von 5 % bis 10 % des BIP. Während die großen Länder Russland, Türkei und Polen zwar hohe Anteile am Gesamtkreditvolumen aufweisen, ist der Anteil bei 1 % bis 2 % des jeweiligen BIP relativ gering.

3.2 Bedeutung der konzerninternen Kreditvergabe österreichischer Banken in CESEE

Die Bedeutung der konzerninternen Kreditvergabe soll in den nachfolgenden Kapiteln unterstrichen werden. Die konzerninternen Kreditvergaben lassen sich in Forderungen an Banken bzw. in Forderungen an Nichtbanken unterscheiden. Im Falle der konzerninternen Forderungen an Banken wird im Folgenden der Begriff „Tochterbanken“ verwendet. Forderungen an Nicht-

banken enthalten auch Kredite an banknahe Einrichtungen (wie z. B. Finanzinstitute) bzw. nichtfinanzielle Unternehmen, welche im Konsolidierungskreis eines österreichischen Bankkonzerns aufscheinen.

3.2.1 Forderungen gegenüber Auslandstochterbanken

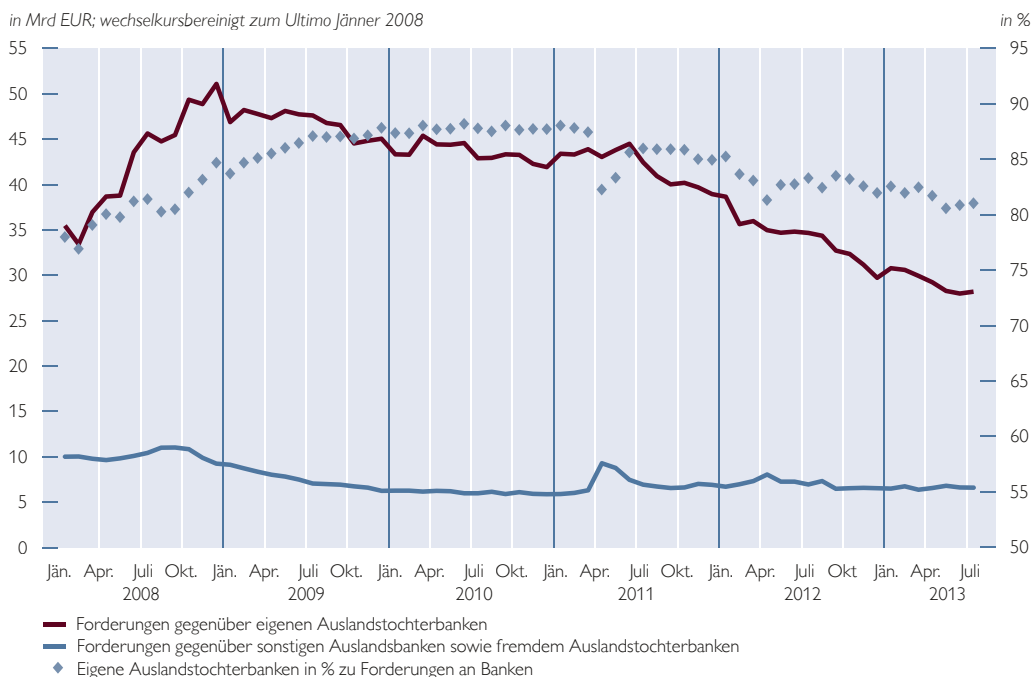
Wie bereits zuvor beschrieben, bestehen die Forderungen österreichischer Banken gegenüber dem CESEE-Bankensektor überwiegend aus konzerninternen Krediten. So lag die Direktkreditvergabe an die eigenen Auslandstochterbanken im Durchschnitt bei 84 % des gesamten Forderungsvolumens in diesem Segment.

Die Entwicklung lässt sich am besten anhand von drei Phasen beschreiben. Im Jahr 2008 stieg das Direktkreditvolumen an Tochterbanken noch rasch an. Auch in den Monaten nach der Lehman-Pleite war noch ein An-

Grafik 4

Forderungen gegenüber Auslandstochterbanken in CESEE im Vergleich

in Mrd EUR; wechsellkursbereinigt zum Ultimo Jänner 2008



Quelle: OeNB, Zentralkreditregister.

stieg zu verzeichnen. Von Anfang 2009 bis Mitte 2011 kam es dann zu einer langsamen und kontinuierlichen Reduktion. Auf den zusätzlichen Mittelzufluss nach der Lehman-Pleite folgte also kein plötzlicher Abzug. Mitte 2011 beschleunigte sich der Rückfluss von Tochter- zu Mutterbanken allerdings. Innerhalb eines Jahres reduzierten sich die Forderungen gegenüber eigenen Tochterbanken um 9,6 Mrd EUR und von Mitte 2012 bis Juli 2013 um weitere 6,6 Mrd EUR. Zuletzt, d. h. in den letzten drei Monaten unseres Beobachtungszeitraums, blieb das Volumen wieder relativ konstant.

Die Reduktion der Kreditausnutzung bei Tochterbanken von Mitte 2011 bis Juli 2013 konzentrierte sich in absoluten Zahlen betrachtet auf wenige Länder. Das sinkende Kreditvolumen gegenüber ungarischen Tochterbanken trug mit 12 Prozentpunkten am deutlichsten zum gesamten (wechsellkursbereinigten) 40-prozentigen Rückgang der konzerninternen Forderungen in diesem Zeitraum bei. 34 Prozentpunkte (mehr als 80% des Rückgangs) entfallen auf Ungarn, Rumänien, Kroatien, die Ukraine und Slowenien. In relativen Zahlen betrachtet kam es auch in Ländern, die aufgrund des geringeren Ausgangsniveaus weniger ins Gewicht fallen, zu deutlichen Verringerungen, die zum Teil über dem 40-Prozentwert für die Region insgesamt lagen.

Die Kreditausnutzung im Segment konzernfremde Banken sank zwar rasch nach der Lehman-Pleite, seither ist aber eine relativ stabile Entwicklung zu beobachten. Allerdings enthält dieses Segment Forderungen an Banken, bei denen österreichische Banken weniger als 50% halten, sowie Forderungen an Tochterbanken von anderen öster-

reichischen Banken. Darüber hinaus blieben bei Verkäufen von Tochterbanken Kredite bestehen, was zu einer Migration von Kreditforderungen vom Segment Tochterbanken zu sonstigen Auslandsbanken führte. Denn die Konzernstruktur wird bei der vorliegenden ZKR-Auswertung für jeden Termin neu definiert.

Ein interessantes Merkmal der Kreditforderungen an Banken ist der hohe Anteil von Interbankforderungen. Bei kurzfristigen Interbankforderungen handelt es sich laut Ausweisrichtlinie zur Zentralkreditregistermeldungsverordnung (ZKRM-V) um Forderungen, die nicht bereits in anderen Forderungskategorien (beispielsweise revolving ausnutzbare Kredite) zu melden sind. Bei kurzfristigen Interbankforderungen beträgt die Laufzeit maximal 1 Jahr, bei langfristigen Interbankforderungen liegt die Laufzeit darüber. Bei anderen Kreditarten liegen keine Informationen über die Laufzeit vor. Wie Grafik 5 zeigt, haben Interbankforderungen im Segment Tochterbanken ein größeres Gewicht als bei konzernfremden Banken. In absoluten Zahlen trugen die Interbankforderungen zur Reduktion seit Mitte 2011 in etwa gleich stark bei wie die sonstigen Kreditforderungen (jeweils 8 Mrd EUR). Bei den konzernfremden Banken entwickelten sich sowohl die Interbankforderungen als auch die sonstigen Kreditforderungen im dargestellten Zeitraum relativ stabil.

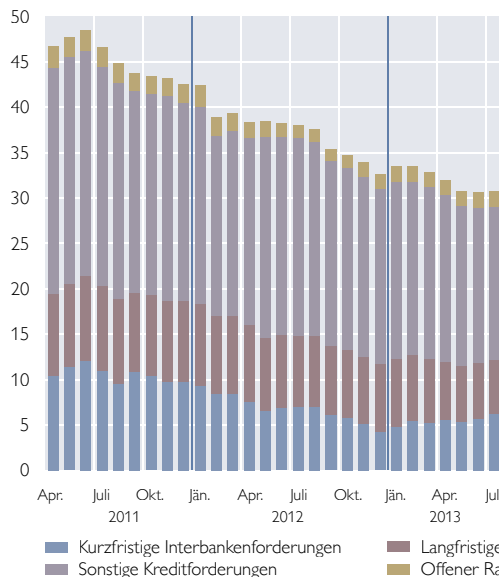
Das ZKR bietet neben in der Bilanz auszuweisenden Forderungen auch Informationen über nicht ausgenutzte Kreditlinien bzw. offene Rahmen. Hinsichtlich der Tochterbanken war der offene Rahmen absolut und relativ zum Gesamtrahmen¹¹ von Anfang 2008 bis

¹¹ Bei kurz- und langfristigen Interbankforderungen gibt es keinen Kreditrahmen, weshalb sich der Gesamtrahmen aus der Summe der Rahmen zu den übrigen Kreditarten zusammensetzt.

Forderungen gegenüber CESEE-Banken nach Kreditart

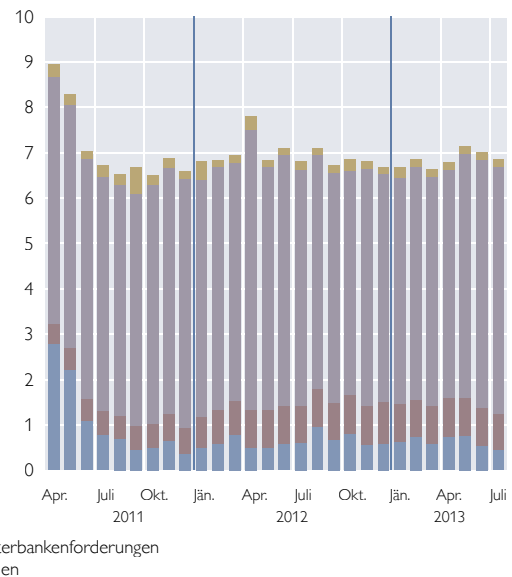
Forderungen gegenüber Tochterbanken

in Mrd EUR



Forderungen gegenüber sonstigen Banken

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, Zentralkreditregister.

Anmerkung: Darstellung ab April 2011, da ab diesem Zeitpunkt neue Meldebestimmungen gültig sind. Bis April 2011 musste die Position kurzfristige Interbankforderung nur dann gemeldet werden, wenn eine andere meldepflichtige Position die Meldung ausgelöst hat. Langfristige Interbankforderungen sind seither separat meldepflichtig.

Mitte 2010 stark rückläufig. So fiel der offene Rahmen von 6 Mrd EUR (27% des Gesamtrahmens) zum Höchststand im März 2008 auf 1,5 Mrd EUR Mitte 2010 (5% des Gesamtrahmens). In diesem Zeitraum nutzten die Tochterbanken einen steigenden Anteil der gewährten Kreditlinien aus. Seither schwankt der offene Rahmen in etwa zwischen 5% und 10% des Gesamtrahmens. In der Phase der beschleunigten Reduktion der konzerninternen Forderungen ging der offene Rahmen zunächst zurück (von Mitte 2011 bis Mitte 2012), und tendiert seither wieder Richtung 10%. Im Bereich der grenzüberschreitenden Kreditforderungen gegenüber konzernfremden Banken lag der offene Rahmen bei 4% des Gesamtrahmens und zeigte während des Beobachtungszeitraums keine klaren Tendenzen.

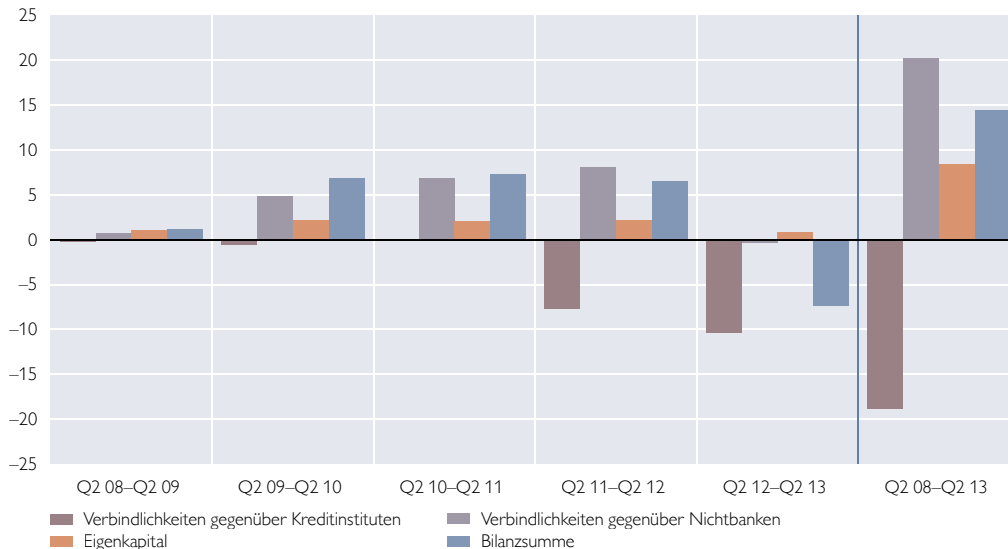
Die Reduktion der konzerninternen Forderungen muss im Zusammen-

hang mit der Nutzung anderer Refinanzierungsquellen gesehen werden. Betrachtet man die Entwicklung ausgewählter Passiva-Positionen über einen Fünfjahreshorizont (von Mitte 2008 bis Mitte 2013) vor dem Hintergrund der Veränderungen bei konzerninternen Kreditforderungen so zeigt sich folgendes Bild (Grafik 6): Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, welche großteils (ca. 70%) Verbindlichkeiten gegenüber Mutterbanken enthalten, veränderten sich von Mitte 2008 bis Mitte 2011 kaum, während die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (also hauptsächlich Kundeneinlagen) und Eigenmittel einen Anstieg verzeichneten. Ab Mitte 2011 zeigt sich, wie die Entwicklung der konzerninternen Kreditforderungen vermuten lässt, ein deutlicher Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Verbindlichkeiten gegenüber

Grafik 6

Entwicklungen der Passiva der meldepflichtigen Auslandstochterbanken

Veränderung in Mrd EUR



Quelle: OeNB, VEA Auslandstochterbanken (gem. § 59a BWG (IFRS), gem. § 59 BWG (UGB)).

Anmerkung: Die Zeitreihen sind um Käufe und Verkäufe bereinigt. In den dargestellten Aggregaten sind nur Banken enthalten, die über den gesamten Beobachtungszeitraum Töchter eines in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituts sind.

Nichtbanken (bis Mitte 2012) und die Eigenmittel stiegen noch weiter an. Über den dargestellten Zeitraum war der Zuwachs bei den Kundeneinlagen und den Eigenmitteln größer als der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, weshalb sich die aggregierte Bilanzsumme der meldepflichtigen Tochterbanken vergrößerte. Diese Datenreihen sind um Käufe und Verkäufe bereinigt. Ohne diese Bereinigung bleibt die Grundaussage über den Fünfjahreshorizont gesehen gleich, jedoch kommt es vor allem in den letzten beiden Jahren zu größeren Sprüngen.

Hinter der geschilderten Dynamik für die gesamte Region, steht eine heterogene Entwicklung auf Länderebene, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Im Zeitraum Mitte 2008 bis Mitte 2013 wurden in fast allen Ländern ein Einlagenzuwachs und eine Zunahme bei den Eigenmitteln verzeichnet. In manchen Ländern wurde den Tochterbanken zu-

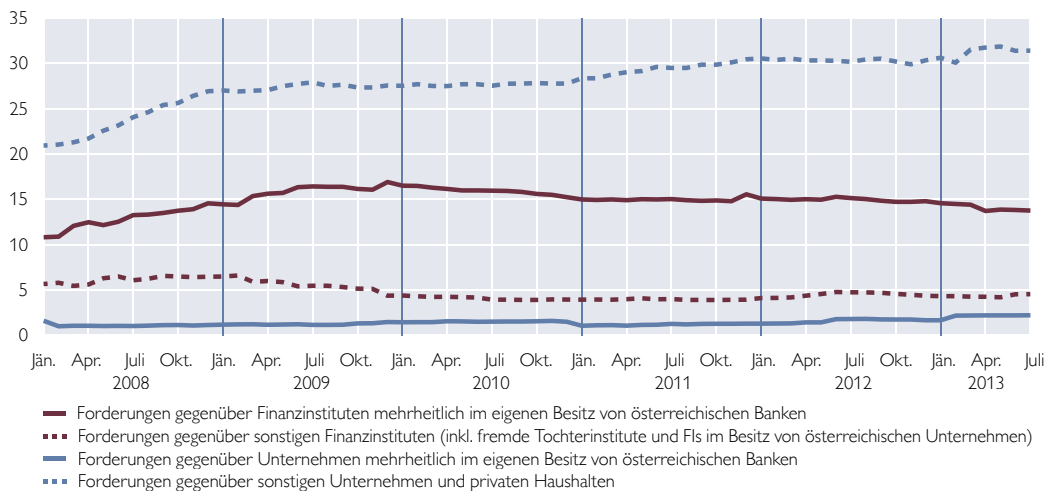
sätzlich zu einem starkem Einlagenwachstum über die konzerninterne Kreditausweitung weitere Mittel zur Verfügung gestellt, was zu einem merklichen Wachstum der Bilanzsummen führte (z. B. in Kroatien und Serbien). In zwei Ländern, in denen die Bilanzsumme der Tochterbanken ebenfalls merklich zulegte, ging dies mit einer leichten Verringerung der konzerninternen Forderungen der Mutterbanken einher. Im Gegensatz dazu, war das Einlagenwachstum in anderen Ländern (z. B. Ungarn, Rumänien und Bosnien-Herzegowina) geringer als die Reduktion der konzerninternen Forderungen, woraus ein Rückgang der Bilanzsummen österreichischer Tochterbanken resultierte.

3.2.2 Forderungen gegenüber Finanzinstituten und Unternehmen

Im Bereich des Nichtbanken-Privatsektors setzten sich die Trends, die sich schon bei der vorhergegangenen Studie

Vergleich der Forderungen an die eigenen Finanzinstitute/Unternehmen in CESEE

in Mrd EUR; wechsellkursbereinigt zum Ultimo Jänner 2008



Quelle: OeNB, Zentralkreditregister.

gezeigt hatten, im Wesentlichen fort. Im Gegensatz zum Segment Banken, ist bei der Kreditausnutzung von Finanzinstituten und nichtfinanziellen Unternehmen keine Beschleunigung hinsichtlich einer Reduktion zu sehen. Bei den Forderungen gegenüber Finanzinstituten im Besitz von österreichischen Banken setzte sich der Trend einer langsamen Verringerung fort. Die Forderungen gegenüber konzernfremden Finanzinstituten stabilisierten sich nach einem deutlichen Rückgang nach der Lehman-Pleite auf niedrigerem Niveau. Bei den Forderungen gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen zeigt sich seit Mitte 2011 sowohl bei den konzerneigenen als auch bei den konzernfremden Einheiten sogar ein Anstieg.

Der Anteil der Forderungen an Tochterfinanzinstitute an den Gesamtforderungen gegenüber allen Finanzinstituten stieg Ende 2009 auf 80%, blieb bis Ende 2011 in etwa auf diesem Niveau und sank daraufhin graduell auf 75% am Ende des Beobachtungszeit-

raums. Die Kreditvergabe an Unternehmen wird weiterhin von Forderungen gegenüber Gesellschaften dominiert, welche nicht Teil eines österreichischen Bankkonzerns sind (93% am Ende des Beobachtungszeitraums, davon gingen 13% an Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz eines österreichischen Unternehmens sind). Im Bereich der nichtfinanziellen Unternehmen kam es zu keinen größeren Verschiebungen der Anteile.

Während sich die Kreditausnutzung im Segment der Nichtbanken relativ stabil darstellt, zeigt der offene Rahmen eine klare Tendenz nach unten. Sowohl bei den Finanzinstituten als auch bei den nichtfinanziellen Unternehmen fiel der offene Rahmen von ca. 20% des Gesamtrahmens in den ersten Monaten des Beobachtungszeitraums kontinuierlich auf unter 10% und stabilisierte sich dann 2012 bei etwa 8%. Die Ausnutzung der gewährten Kreditlinien stieg im Vergleich zur Periode vor der Lehman-Pleite deutlich an.

4 Schlussfolgerungen

Der Themenbereich der grenzüberschreitenden Kreditforderungen von westeuropäischen Banken gegenüber Kreditnehmern in CESEE steht nach wie vor im Fokus des Interesses, wie auch regelmäßige Beiträge von internationalen Finanzinstitutionen zu diesem Thema zeigen.

Die nun über einen Zeitraum von 5 ½ Jahren vorliegenden Daten aus dem österreichischen Zentralkreditregister (ZKR) lassen in mehrerer Hinsicht bemerkenswerte Entwicklungen während dieser krisengeprägten Periode erkennen. Insgesamt ist seit Ende 2008 eine von Pausen unterbrochene, anhaltende Abnahme des Direktkreditvolumens österreichischer Banken zu sehen. Da diese Entwicklung maßgeblich von einem rückläufigen Kreditvolumen gegenüber Banken in CESEE-Staaten getrieben ist, vergrößerte sich der Anteil von Nichtbanken (insbesondere von nichtfinanziellen Unternehmen) am Gesamtkreditvolumen.

Die Abnahme der Kreditforderungen gegenüber Banken in CESEE beschleunigte sich Mitte 2011, was auf eine deutliche Reduktion im Sub-Segment Tochterbanken zurückzuführen ist. Nachdem diese Komponente während der globalen Liquiditätskrise nach dem Lehman-Kollaps stabilisierend gewirkt hatte, kam es hier zu einem geordneten Rückfluss von Tochter- zu Mutterbanken, der die meisten Länder

betraf. Durch den Zufluss von lokalen Kundeneinlagen und den Aufbau von Eigenmitteln stieg die aggregierte Bilanzsumme der meldepflichtigen Auslandstochterbanken in CESEE trotz der Reduktion der konzerninternen Kreditausnutzung von Mitte 2008 bis Mitte 2013. Allerdings ist zu beachten, dass sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr heterogen darstellt. Es gibt Länder, in denen österreichische Tochterbanken sowohl einen Anstieg bei Verbindlichkeiten gegenüber Mutterbanken als auch einen deutlichen Zufluss bei Kundeneinlagen verzeichneten. In anderen Ländern waren das Einlagenwachstum und die Zunahme der Eigenmittel höher als die Verringerungen der konzerninternen Refinanzierungsmittel. In manchen Ländern war das Einlagenwachstum jedoch nicht ausreichend, um die Reduktion des konzerninternen Liquiditätsrückflusses zu kompensieren.

Trotz der beobachteten Abnahme bleibt die grenzüberschreitende Kreditvergabe österreichischer Banken für Österreich und einige zentral-, ost- und südosteuropäische Länder weiterhin von großer Bedeutung. Die regelmäßige Auswertung des ZKR liefert einen wichtigen Beitrag zur zeitnahen Aufarbeitung dieser Thematik und insbesondere zur Frage, ob sich der Übergang zu einem dezentralisierten Refinanzierungsmodell in CESEE fortsetzt.

Literaturverzeichnis

- Bachmann, E., M. Hameter und M. Lahnsteiner. 2012.** Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost- und südosteuropäische Tochterinstitute. In: Statistiken – Daten & Analysen Q3/12. Wien: OeNB. 47–58.
- Banca Națională a României. 2013.** Financial Stability Report – Overview.
- Berglöf, E., Y. Korniyenko, A. Plekhanov und J. Zettelmeyer. 2009.** Understanding the crisis in emerging Europe. EBRD Working Paper 109.
- EBRD. 2009.** EBRD Transition Report 2009: Transition in crisis? London.
- Eesti Pank. 2013.** Financial Stability Review 1/2013.
- Hameter, M., M. Lahnsteiner und U. Vogel. 2012.** Intra-Group Cross-Border Credit and Roll-over Risks in CESEE – Evidence from Austrian Banks. In: Financial Stability Report 23. Wien: OeNB. 76–91.
- Hrvatska Narodna Banka. 2013.** Financial Stability. Zagreb.
- IMF. 2013a.** Financing Future Growth: The Evolving Role of Banking Systems in CESEE. Central, Eastern and Southeastern Europe. Regional Economic Issues. April 13.
- IMF. 2013b.** Romania, Request for a Stand-By Arrangement. Country Report 13/307.
- Latvijas Banka. 2013.** Financial Stability Report.
- Lietuvos Bankas. 2013.** Financial Stability Review.
- Magyar Nemzeti Bank. 2012.** Report on Financial Stability. November.
- Narodna banka Srbije. 2012.** Annual Financial Stability Report.
- OeNB. 2011.** Finanzmarktstabilität maßgeblich von der Entwicklung der Staatsschuldenkrise abhängig. In: Finanzmarktstabilitätsbericht 22. Wien: OeNB. 6–8.
- Vienna Initiative. 2012 bis 2013.** Quarterly Deleveraging Monitor. Ausgaben Q2 2012 bis Q2 2013.
- Vogel, U. und A. Winkler. 2011.** Cross-border Flows and Foreign Banks in the Global Financial Crisis – Has Eastern Europe Been Different? In: European Economy Occasional Paper 75. Brussels: European Commission. 112–149.

Rückläufige Tendenz bei Anleiheemissionen der Wohnbaubanken

Entwicklung bis zum dritten Quartal 2013

Nach einem starken Anstieg des Umlaufvolumens von Wohnbaubankenanleihen bis Ende 2008, konnte seit Beginn 2009 eine kontinuierliche Verringerung der aushaftenden Anleiheschuld der Wohnbaubanken festgestellt werden. Die Finanzkrise und die in der Folge gesunkenen Veranlagungszinsen sowie die teilweise Abschaffung der steuerlichen Vorteile für Zeichner, scheinen für diese Entwicklung hauptverantwortlich zu sein.

Andrea Haas¹

1 Nettoemissionen der Anleihen

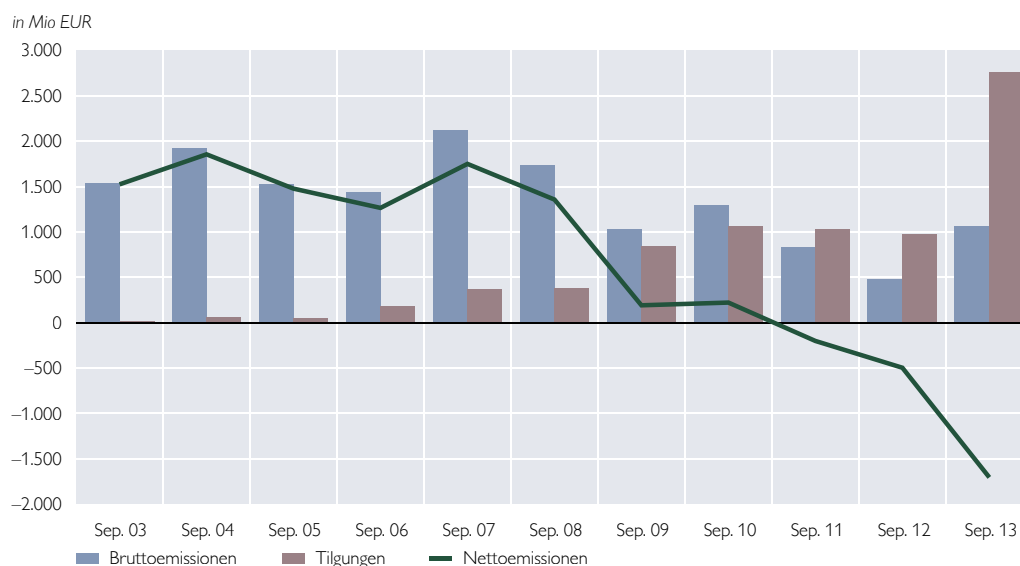
Im Betrachtungszeitraum der letzten 10 Jahre gab es bis zum Jahr 2011 sechs Wohnbaubanken. Im Jahr 2012 kam die 3-Banken Wohnbaubank AG zum Wohnbaubankensektor hinzu. Das wichtigste Instrument zur Refinanzierung der Wohnbaubanken sind Wandelschuldverschreibungen. Die Ausstattung als Wandelschuldverschreibung hat vor allem steuerliche Hintergründe.

Betrachtet man in einem 10-Jahreszeitraum die Entwicklung der netto emittierten Anleihen, so wurden bis

Ende 2008 durchschnittlich 125 Mio EUR pro Monat am Anleihemarkt aufgenommen. Seit 2009 bis September 2013 zeigte sich trotz der Erhöhung der Anzahl der Wohnbaubanken ein kontinuierlicher negativer Trend hinsichtlich der Nettoemissionstätigkeit. Im Monatsdurchschnitt betrachtet überstiegen die Tilgungen die Neuemissionen um 36 Mio EUR seit diesem Zeitpunkt. Der Refinanzierungsrückgang der Wohnbaubanken über den Anleihemarkt kann auf den höheren Risikoaufschlag für diese Emittenten im Zuge der Finanzkrise

Grafik 1

Anleiheemissionen der Wohnbaubanken im Jahresabstand



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, andrea.haas@oenb.at.

zurückgeführt werden, sodass die Attraktivität für Investoren beeinträchtigt wurde. Die Wohnbaubanken waren jedoch nicht so stark wie der restliche Bankensektor vom Rückgang bei Nettoemissionen bei Anleihen betroffen, weil sie wahrscheinlich aus Sicht der Anleger als vergleichsweise sicher eingestuft werden.

Allerdings scheinen auch Änderungen in der steuerlichen Behandlung von Wohnbuanleihen für die Rückgänge verantwortlich zu sein. Von den drei ursprünglichen steuerlichen Vorteilen für Zeichner dieses Kapitalinstruments sind zwei Vorteile weggefallen. Bis Anfang 2011 gab es die Möglichkeit der steuerlichen Absetzung des Anleihekaufs und bis April 2012 waren Kursgewinne steuerbefreit.² Unverändert wird nach wie vor durch die Befreiung der Kapitalertragsteuer (KESt) bis zu einem Kapitalertrag von 4% vom Nennbetrag der Anleihe keine KESt abgezogen.

2 Anleiheumlauf

Das Anleihevolumen der österreichischen Wohnbaubanken betrug mit September 2013 11,5 Mrd EUR. Ein langjähriger Rückblick des Anleiheumlaufs zeigte im September 2003 ein Volumen in Höhe von 5,8 Mrd EUR, welches kontinuierlich bis Ende 2008 mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von rund 20% auf 13,6 Mrd EUR anstieg. Seit Beginn 2009 hat sich der Umlauf der Anleihen von Wohnbaubanken verhältnismäßig stark reduziert. Der erstmalige Rückgang des Umlaufvolumens der Anleihen fiel mit der zu diesem Zeitpunkt bereits eingetretenen Wirtschafts- und Finanzkrise

zusammen. Ende 2009 gab es erstmals eine negative Jahreswachstumsrate von knapp unter 1%. Bis zum dritten Quartal 2013 fiel die Jahreswachstumsrate deutlich in den negativen Bereich (-12,9%), wobei der bisherige Tiefstand mit -14,1% im April 2013 erreicht wurde.

Der Rückgang der Umlaufvolumina von Wohnbaubankenleihen fiel aber geringer aus als jener für den gesamten Bankensektor. Der Anteil des Wertpapierumlaufs von Wohnbuanleihen an jenem des gesamten Bankensektors lag zu Beginn 2009 bei rund 5%. Im Februar 2013 erreichte der Umlaufanteil einen Spitzenwert von 6,0%. Demgegenüber stand mit September 2013 ein minimal reduzierter Anteil des Umlaufvolumens in Höhe von 5,6%, welcher den Wert vom September 2003 um 1,3 Prozentpunkte übersteigt.

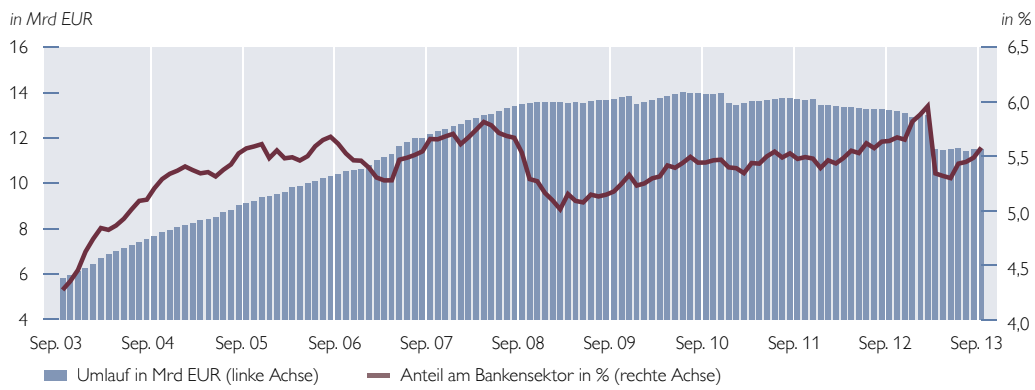
Das Bundesministerium für Finanzen schreibt im Zuge der steuerlichen Behandlung von Wohnbaubanken vor, dass Wandelschuldverschreibungen mindestens eine zehnjährige Laufzeit aufweisen müssen.³ Dementsprechend wiesen 80,6% der im Umlauf befindlichen Anleihen von Wohnbaubanken zum dritten Quartal 2013 eine Fristigkeit von über 10 bis 15 Jahren auf. 9,1% hatten eine Laufzeit von über 15 bis 20 Jahren, 5,5% zeigten eine Fälligkeit mit 10 Jahren und 4,8% mit über 20 Jahren. Eine knappe Mehrheit der Wohnbuanleihen ist fix verzinst, 47% wiesen eine variable Verzinsung auf und lediglich bei einem halben Prozent der Wohnbuanleihen handelte es sich um Nullkuponanleihen. Die Wohnbuanleihen wurden zur Gänze in Euro (bzw. Schilling) emittiert.

² Siehe hierzu „Aktuelle Regeln der Wertpapierbesteuerung und Verlustausgleich“ unter www.boerse-live.at (abgerufen am 17. Jänner 2014).

³ Siehe hierzu <https://findok.bmf.gv.at/findok?execution=e1s1&dokumentId=b9a9fbc-8666-42c1-9a7b-11e14eee00fd> (abgerufen am 9. Jänner 2014).

Grafik 2

Entwicklung des Anleiheumlaufs von Wohnbaubanken



Quelle: OeNB.

Grafik 3

Jahreswachstumsraten des Anleiheumlaufs



Quelle: OeNB.

Versicherungen schichten Portfeuille ihrer Veranlagungen in Staatsschuldverschreibungen um

Entwicklung der Versicherungsstatistik im Jahresabstand zum dritten Quartal 2013

Nina Eder¹

Die Versicherungsaktiva betragen per September 2013 insgesamt 128,8 Mrd EUR. Betrachtet man die Bestände der wichtigsten Veranlagungskategorien im Zeitablauf zeigt sich auf den ersten Blick ein sehr konstantes Bild: Schuldverschreibungen mit 38 %, Investmentfondsanteile mit 26 % und Aktien sowie Beteiligungen mit 19 % der Aktiva. Allerdings haben die Versicherungsunternehmen zuletzt Umschichtungen ihrer Portfeuille vorgenommen. Es werden die Bestandsdaten der Versicherungsveranlagungen mit den Transaktionsdaten aus der Wertpapierdepotmeldung zu den Veranlagungskategorien Schuldverschreibungen und Investmentfonds kombiniert und gemeinsam analysiert.

Schuldverschreibungen

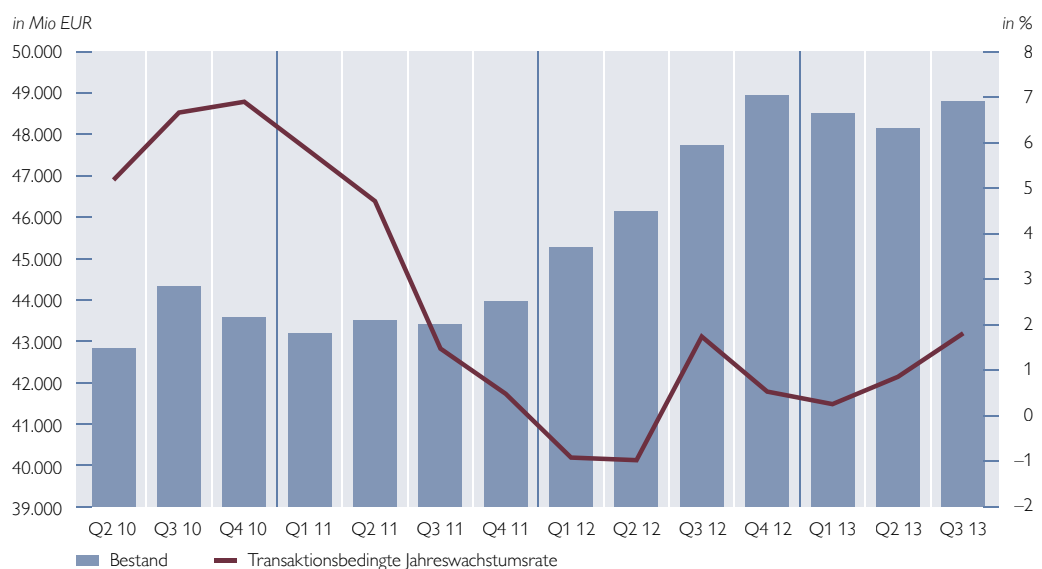
Zum Ende des dritten Quartals 2013 hielten die österreichischen Versicherungsunternehmen Schuldverschreibungen im Wert von 48,8 Mrd EUR. Im Jahresabstand erhöhte sich der Bestand an Schuldverschreibungen um 1,1 Mrd EUR (+2,2%), wovon 866 Mio EUR auf Neuveranlagungen und 207 Mio

EUR auf Bewertungsgewinne zurückzuführen sind. Die transaktionsbedingte Jahreswachstumsrate lag mit +1,8% auf dem gleichen Niveau wie in den beiden Vorjahren (2012 Q3: +1,7%, 2011 Q3: +1,5%).

Traditionell investieren die heimischen Versicherungsunternehmen im langfristigen Anlagesegment der Schuld-

Grafik 1

Schuldverschreibungen – Bestände und Jahreswachstumsraten



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, nina.eder@oenb.at.

titel mit Laufzeiten von über 2 Jahren. Innerhalb dieser Veranlagungskategorie kam es in den letzten 3 Jahren zu einer sukzessiven Umschichtung von Veranlagungen in Bankanleihen zu Staatsanleihen und Schuldverschreibungen von sonstigen Finanzinstitutionen. So reduzierten sich die Veranlagungen in Bankanleihen im Jahresabstand um 1,2 Mrd EUR oder 5,3%. Der Anteil der Bankentitel innerhalb der Schuldverschreibungen blieb aber dennoch dominant und betrug zuletzt 21,8 Mrd EUR, das sind rund 45% aller Veranlagungen in Schuldverschreibungen.

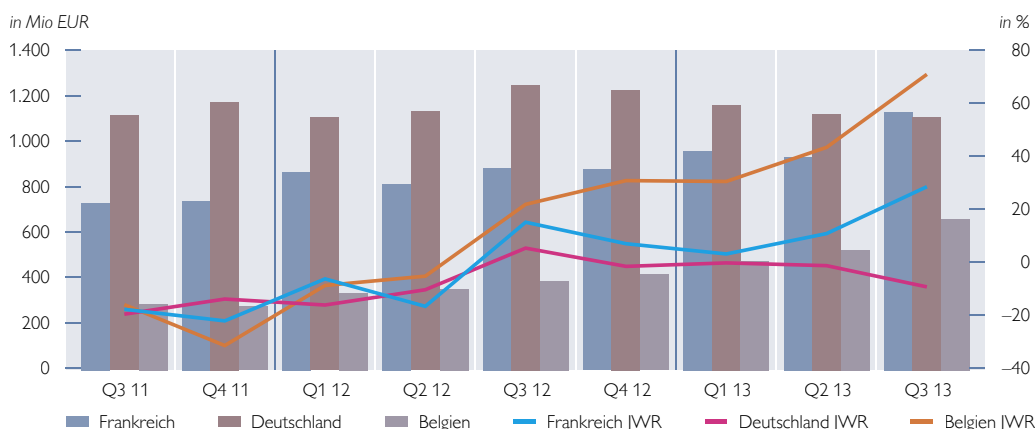
Die zweitbedeutendste Kategorie innerhalb der Schuldverschreibungen repräsentieren Staatsschuldverschreibungen begeben von Ländern des Euro-raums mit einem stetig zunehmenden Bestand von zuletzt 9,7 Mrd EUR. Die Nettokäufe von Staatsschuldverschreibungen der Euroraum-Länder betragen im Jahresabstand +772 Mio EUR und bewegten sich mit einer transaktionsbedingten Jahreswachstumsrate von +8,6% weiterhin auf hohem Niveau. In österreichische Staatsanleihen wurde davon rund die Hälfte (+392 Mio EUR) investiert.

Davon abgesehen veranlagten die heimischen Versicherungsunternehmen im Jahresabstand besonders stark in belgische Staatsanleihen (+277 Mio EUR) und in Französische (+255 Mio EUR). Dadurch überschritt der Bestand an französischen Staatspapieren erstmals die 1-Milliarden-Euro-Grenze und erreichte somit das gleiche Niveau wie der Bestand an deutschen Staatsschuldverschreibungen, die im Jahresabstand Nettoverkäufe in Höhe von 108 Mio EUR aufwiesen. Weitere Rückgänge waren bei Staatsanleihen von Irland (-130 Mio EUR), Italien (-76 Mio EUR) und Slowenien (-66 Mio EUR) zu verzeichnen.

Auf der Suche nach höheren Renditen aufgrund des vorherrschenden Kostendrucks durch den Garantiezinssatz im Lebensversicherungsgeschäft, scheinen die heimischen Versicherungsunternehmen vermehrt in verhältnismäßig risikoarme und dennoch mit relativ attraktiven Renditen ausgestattete Staatstitel (Frankreich, Belgien) zu veranlagen. Die niedrige Rendite dürfte für die Rückgänge bei den deutschen Staatsanleihen ausschlaggebend

Grafik 2

Staatsschuldverschreibungen ausgewählter Länder – Bestände und Jahreswachstumsraten

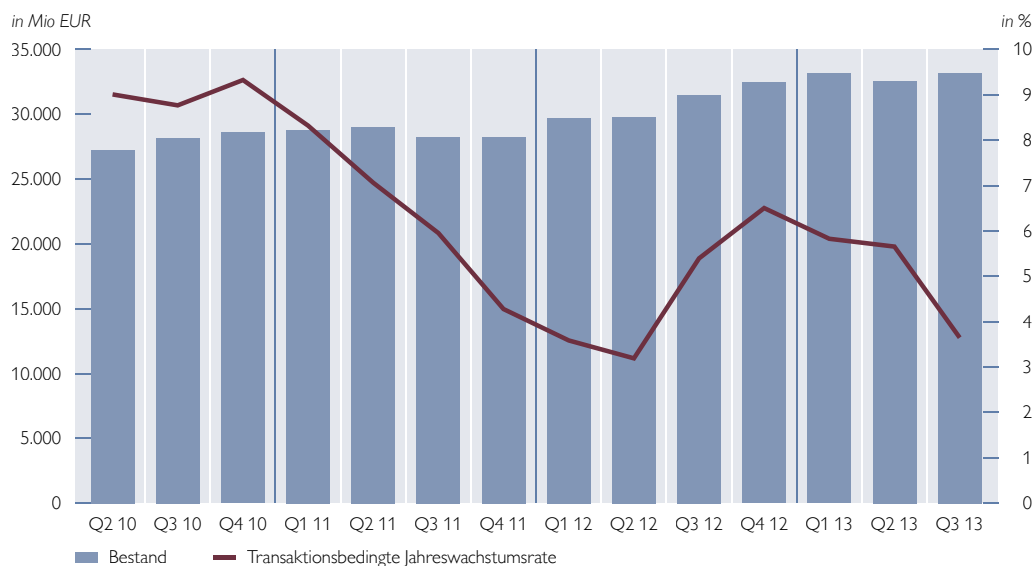


Quelle: OeNB.

Anmerkung: JWR = Jahreswachstumsrate.

Grafik 3

Investmentfondsanteile – Bestände und Jahreswachstumsraten



Quelle: OeNB.

gewesen sein, wogegen der Risikoaspekt bei den Nettoverkäufen von irischen, italienischen und slowenischen Staats-titel im Vordergrund gestanden sein könnte.

Im gleichen Ausmaß wie in Staats-schuldverschreibungen des Euroraums veranlagten die heimischen Versicherungen in Schuldtitel der restlichen Welt, wobei deren Anteil an den Schuldverschreibungen insgesamt mit rund 20% über die letzten Jahre sehr konstant ist.

Mit einem jährlichen Wachstum von 13,6% bzw. +343 Mio EUR stachen vor allem Nettoinvestitionen in Schuldverschreibungen von sonstigen Finanzinstitutionen hervor. Dies war fast ausschließlich auf das dritte Quartal 2013 zurückzuführen, in dem die Nettozuflüsse 227 Mio EUR betragen. Die Bedeutung bleibt mit einem Bestand von rund 3 Mrd EUR allerdings relativ gering.

Investmentfondsanteile

Der Bestand an Investmentfondsanteilen belief sich zum Ende des dritten

Quartals 2013 auf 33,2 Mrd EUR. Im Jahresabstand investierten die österreichischen Versicherungsunternehmen in Summe 1,1 Mrd EUR in Investmentfondsanteile, dazu kamen noch Kursgewinne von 543 Mio EUR.

Die transaktionsbedingte Jahreswachstumsrate der Nettoveranlagungen in Investmentfondsanteile verlangsamte sich aufgrund der hohen Netto-zukäufe des Vorjahres von +5,4% im Vergleichsquarter des Vorjahres auf +3,6% im dritten Quartal 2013.

Aktien und Beteiligungen

Zum Ende des dritten Quartals 2013 veranlagte der österreichische Versicherungssektor insgesamt 24,6 Mrd EUR in Aktien und Beteiligungen. 75% der Veranlagungen erfolgten in Aktien und Beteiligungen heimischer Anteilswerte, wobei der Hauptteil in Versicherungsunternehmen erfolgt sein dürfte. Eine Darstellung der Jahreswachstumsraten von Nettokäufen ist aufgrund der unvollständigen Transaktionsdaten nicht sinnvoll.

Triennial Central Bank Survey 2013 über die Entwicklung auf den internationalen Devisen- und Derivatmärkten

Ergebnisse der BIZ-Studie für Österreich

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) organisiert alle drei Jahre eine Erhebung der weltweiten Umsätze im Devisen- und Derivativhandel, die in Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführt wird. Da in der Erhebung nur reine Umsatzdaten erfasst werden, wird keine Aussage über etwaige Risiken getroffen. Die jüngste Befragung fand im April 2013 in 53 Ländern statt. Die nunmehr vorliegenden Gesamtergebnisse zeigen, dass die Umsätze in beiden Geschäftsfeldern weltweit anstiegen, während sich in Österreich die Umsätze der Devisen- und Zinsderivativgeschäfte verringerten. In Österreich lag der durchschnittliche Tagesumsatz auf dem Devisenmarkt bei 15,23 Mrd USD und hat sich damit gegenüber 2010 um 22,1% reduziert. Dies entspricht einem Weltmarktanteil von 0,2%. Auf den Zinsderivativmärkten wurde mit einem Tagesumsatz von durchschnittlich 1,17 Mrd USD gegenüber 2010 eine Verringerung um 75,7% verzeichnet. Der österreichische Weltmarktanteil lag damit bei 0,04%. Weltweit stiegen nach Angabe der BIZ die Umsätze auf den Devisenmärkten um 35%, auf den Derivatmärkten um 14%.

Thomas
Kemetmüller,
Thomas Schin¹

1 Triennial Central Bank Survey

1.1 Dreijähriger Rhythmus

Die BIZ führt seit dem Jahr 1995 auf Beschluss der G-10-Notenbankpräsidenten in Drei-Jahres-Abständen regelmäßige Erhebungen über die Aktivitäten auf den internationalen Finanzmärkten durch. Das Interesse gilt insbesondere den Umsätzen, die mit Devisen- und Derivatgeschäften erzielt werden. Die Erhebung *Triennial Central Bank Survey* wird von rund 50 Zentralbanken koordiniert, die für die Überprüfung und Aggregation der gemeldeten Daten verantwortlich sind. Die darauf aufbauende Statistik dient vor allem der Erhöhung der Markttransparenz und somit dazu, den Zentralbanken, Finanzmarktaufsichtsbehörden und Marktteilnehmern einen besseren Überblick über die Handelsstrukturen im globalen Finanzsystem zu verschaffen.

1.2 Inhalt der Devisen- und Derivativerhebung

Die Erhebung umfasst die Umsätze von Devisengeschäften und OTC-Zinsderivativgeschäften² in Nominalwerten für den Monat April³ 2013. Von börsengehandelten Derivaten wurden keine Umsätze erhoben, da diese Informationen direkt an den Börsen abgerufen werden können.

Umsatzangaben liefern einen Maßstab für Marktaktivitäten und geben Auskunft über die Marktliquidität. „Umsatz“ wird von der BIZ als Bruttowert aller Neugeschäfte, die während eines bestimmten Zeitraums abgeschlossen wurden, definiert. Die Umsätze wurden für den Zeitraum eines Monats erhoben, das heißt, es wurden alle Transaktionen erfasst, unabhängig davon, ob die Lieferung oder Abrechnung in diesem Monat erfolgt ist. Als Meldebasis erfolgt der Ort der Nieder-

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, thomas.kemetmueller@oenb.at, thomas.schin@oenb.at.

² OTC = „over the counter“ = außerbörslich.

³ Der Monat April wurde als „neutrales“ Datum gewählt, um Verzerrungen zu vermeiden.

lassung, an dem ein bestimmtes Geschäft abgeschlossen wurde („sales desk“). Bei Geschäften, bei denen kein „sales desk“ involviert ist, bestimmt die Niederlassung des „trading desk“ den Ort des Geschäftsabschlusses.

Die erhobenen Devisengeschäfte sind untergliedert in Kassageschäfte, Termingeschäfte, Fremdwährungs-Swapgeschäfte, Currency-Swaps und Devisenoptionen. Unter Kassageschäften werden einzelne Outright-Geschäfte (Sologeschäfte) über den Austausch von zwei Währungen zu einem am Abschlusstag vereinbarten Kurs zum Gegenwert oder zur Lieferung (Barabwicklung) innerhalb von zwei Geschäftstagen verstanden. Termingeschäfte stellen Vereinbarungen über die Lieferung von Finanzinstrumenten oder Waren zu einem späteren Zeitpunkt dar, bei denen sich der Käufer zur Abnahme und der Verkäufer zur Lieferung eines Finanzinstruments oder einer Ware zu einem bestimmten zukünftigen Termin verpflichten. Currency-Swaps sind Transaktionen, bei denen zwei Parteien den Austausch von Zahlungsströmen auf Basis eines bestimmten fiktiven Betrags für einen bestimmten Zeitraum vereinbaren.

Bei den OTC-Zinsderivativgeschäften werden Angaben über Forward-Rate-Agreements (Zinstermingeschäfte), Zinsswapgeschäfte, außerbörsliche Zinsoptionen und Sonstige Produkte erhoben. Unter OTC-Optionsgeschäften versteht man das Recht oder die Verpflichtung, bis zu einem bestimmten künftigen Zeitpunkt ein Finanzinstrument oder eine Ware zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. OTC-Optionsgeschäfte umfassen alle nicht auf einem geregelten Markt gehandelten Optionsgeschäfte.

Zu den Sonstigen Produkten werden jene Instrumente gezählt, bei denen eine Aufspaltung in einzelne Standardkomponenten, wie z. B. Termingeschäfte, Swapgeschäfte oder Optionsgeschäfte, unmöglich ist.

Bei den einzelnen Kategorien (Devisengeschäfte und OTC-Zinsderivativgeschäfte) wird eine weitere Gliederung der Kontrakte nach Kontraktpartnern vorgenommen. Bei den Kontraktpartnern wird zwischen *berichtenden Händlern* („reporting dealer“), sonstigen Finanzinstitutionen und Kunden, die nicht im Finanzsektor aktiv sind, unterschieden. Unter *berichtenden Händlern* versteht man jene Finanzinstitute, die auf dem inländischen und globalen Devisen- und Derivatmarkt aktiv sind und an der globalen Erhebung teilnehmen. Dazu zählen hauptsächlich die großen Geschäfts- und Wertpapierhäuser, die einerseits als Zwischenhändler auf dem Markt fungieren oder andererseits aktiv Geschäfte mit Großkunden betreiben. Der Begriff *berichtende Händler* inkludiert auch Filialen und Tochterunternehmen von Instituten, die in verschiedenen Niederlassungen operieren, dort über keinen „trading desk“ verfügen, ihre Geschäfte aber mittels „sales desk“ durchführen, um das aktive Geschäft mit Großkunden aufrecht zu halten. Durch die separate Ausweisung der *berichtenden Händler*⁴ wird gewährleistet, dass Doppelzahlungen vermieden werden. Doppelzahlungen treten auf, da Transaktionen zwischen zwei meldenden Instituten von beiden Seiten erfasst und an die jeweilige Zentralbank übermittelt werden. Die weltweit aggregierten Daten werden von der BIZ um die Doppelmeldungen der beteiligten Händler bereinigt. Im Vergleich mit der Erhebung

⁴ Allen für den BIZ-Survey meldepflichtigen Banken wurde eine Liste der weltweit teilnehmenden Händler übermittelt, um die richtige Zuordnung der Transaktionen zu gewährleisten.

im Jahr 2010, wurden 2013 erstmals sonstige Finanzinstitutionen als Kontraktpartner weiter untergliedert. Zusätzlich wurden detaillierte Informationen zur Art wie das Geschäft ausgeführt wurde, und ob es aus dem Retail- oder Prime-Broker-Geschäft⁵ stammt, erhoben.

1.3 Teilnehmer an der BIZ-Erhebung 2013

Insgesamt nahmen im Jahr 2013 1.276 Banken aus 53 Staaten an dieser Studie teil. Die OeNB hat für die Erhebung der Devisen- und Derivatgeschäfte im Jahr 2013 14 Banken ausgewählt, die aufgrund ihrer erhöhten Aktivitäten im Bereich der Derivatgeschäfte für diese Meldung von Bedeutung sind. Wie bereits in den vergangenen Erhebungen repräsentieren die ausgewählten Banken einen Anteil von etwa 90 % auf dem österreichischen Derivatmarkt,⁶ was das Ergebnis der Erhebung des Jahres 2013 mit den Ergebnissen der vorangegangenen Erhebungen vergleichbar macht.

Die Österreichdaten, die in diesem Bericht analysiert werden, wurden um die in Österreich teilnehmenden Händler bereinigt, um Doppelzählungen zu vermeiden.

2 Devisengeschäfte

2.1 Umsatz auf dem Devisenmarkt

Der Umsatz auf dem österreichischen Devisenmarkt, bestehend aus Kassageschäften, Termingeschäften, Fremdwährungs-Swapgeschäften, Currency-Swaps und Devisenoptionen, betrug im April 2013 319,93 Mrd USD. An den 21 Handelstagen im April 2013 wurde somit ein durchschnittlicher Tagesum-

satz von 15,23 Mrd USD erzielt. Das entsprach einer Verringerung um 22,1 % gegenüber dem Jahr 2010, als sich der durchschnittliche Tagesumsatz noch auf 19,55 Mrd USD belief.

2.2 Österreich im internationalen Vergleich

Der durchschnittliche Tagesumsatz, der von den 1.276 weltweit teilnehmenden Banken erzielt wurde, lag im April 2013 bei 5.345 Mrd USD und somit um 34,6 % über dem Wert der Erhebung im Jahr 2010. Zu den aktivsten Handelsplätzen zählten vor allem das Vereinigte Königreich mit einem Anteil von 40,9 % und die USA mit einem Anteil von 18,9 % am gesamten Devisengeschäft. Der Weltmarktanteil dieser beiden Märkte erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2010 von 54,7 % auf 59,8 %. Der drittgrößte Handelsplatz Singapur war mit einem Anteil von 5,7 % am gesamten Devisengeschäft bereits deutlich abgeschlagen. Gereiht nach den Anteilen belegte Österreich einen Platz im Mittelfeld aller 53 teilnehmenden Länder. Der Anteil Österreichs am weltweiten Umsatz verringerte sich gegenüber dem Jahr 2010 von 0,4 % auf 0,2 %.

2.3 Gliederung nach Finanzinstrumenten

Den größten Anteil am österreichischen Devisenhandel hatten wie im Jahr 2010 die Fremdwährungs-Swapgeschäfte mit 59,4 % (2010: 54,9 %), gefolgt von den Termingeschäften mit 19,8 % (2010: 9,4 %), den Kassageschäften mit 18,4 % (2010: 30 %), den Currency-Swaps mit 1,3 % (2010: 1,6 %) und den Devisenoptionen mit 1,1 %

⁵ Unter Prime-Broker-Geschäft versteht man spezielle Finanzdienstleistungen, die von Händlern überwiegend großen institutionellen Kunden angeboten werden.

⁶ Die entsprechenden Daten wurden dem Vermögensausweis unkonsolidiert gemäß § 1 Abs. 1 VERA-Verordnung entnommen.

Tabelle 1

Durchschnittlicher Tagesumsatz auf dem österreichischen Devisenmarkt

	Kassageschäfte	Termingeschäfte	FX-Swap-Geschäfte	Currency-Swaps	OTC-Optionen		Devisengeschäfte insgesamt
					Verkauf	Kauf	
<i>in Mio USD</i>							
1995	8.993	303	4.036	0	83	58	13.473
1998	5.354	529	4.606	128	611	527	11.755
2001	4.396	471	3.083	39	198	408	8.595
2004	5.586	683	7.029	247	539	524	14.608
2007	5.518	1.897	10.414	187	352	422	18.790
2010	5.874	1.841	10.725	307	400	402	19.549
2013	2.796	3.017	9.044	193	75	109	15.234

Quelle: OeNB.

(2010: 4,1%). Österreichs Banken erzielten bei den Termingeschäften mit einem Anstieg um 1,18 Mrd USD auf 3,02 Mrd USD (+63,9%) das größte Umsatzwachstum. Dagegen verringerten sich die Kassageschäfte auf 2,80 Mrd

USD (-52,4%) und die Fremdwährungs-Swap-Geschäfte um 1,68 Mrd USD auf 9,04 Mrd USD (-15,7%). Bei den Currency-Swaps wurde bei einem niedrigen durchschnittlichen Tagesumsatzes von 0,19 Mrd USD eine Verrin-

Tabelle 2

Umsätze auf dem österreichischen Devisenmarkt nach Kundensegmenten

	mit „reporting dealers“	mit sonstigen Finanzinstituten	mit nichtfinanziellen Kunden
	<i>Anteil in %</i>		
Kassageschäfte			
1995	56,3	19,8	23,9
1998	73,3	22,3	4,4
2001	73,5	25,1	1,5
2004	73,2	24,1	2,6
2007	77,7	18,9	3,5
2010	59,4	35,9	4,7
2013	78,2	16,0	5,8
Termingeschäfte			
1995	35,9	19,3	44,8
1998	18,2	14,4	67,4
2001	58,3	32,6	9,1
2004	69,4	19,9	10,6
2007	64,7	26,1	9,2
2010	72,2	17,0	10,7
2013	89,0	6,3	4,7
FX-Swapgeschäfte			
1995	54,1	35,3	10,7
1998	83,1	14,3	2,6
2001	81,7	15,6	2,7
2004	62,8	36,4	0,8
2007	70,1	24,8	5,2
2010	74,9	23,8	1,2
2013	83,4	15,3	1,3

Quelle: OeNB.

gerung um 0,11 Mrd USD verzeichnet, die Devisenoptionen verringerten sich um 0,62 Mrd USD auf 0,18 Mrd USD.

2.4 Gliederung nach Kundengruppen

In der weltweiten Erhebung wurden im Jahr 2013 wie schon 2010 die Umsätze mit den berichtenden Händlern (38,7% Anteil am Gesamtumsatz) von jenen mit sonstigen Finanzinstituten (52,6% Anteil) übertroffen. Der Handel mit Nichtfinanzkunden betrug nur noch 8,7%. In Österreich wurde bei Betrachtung der drei größten Kategorien des Devisengeschäfts der Großteil des Umsatzes im April 2013 sowohl bei den Kassa- und Termingeschäften als auch bei Fremdwährungs-Swap-Geschäften weiterhin mit den berichtenden Händlern erzielt. Der Anteil des Transaktionsvolumens mit dieser Art von Kontraktpartnern belief sich im Kassageschäft auf 78,2%, bei den Termingeschäften auf 89,0% und bei den Fremdwährungs-Swap-Geschäften auf 83,4%. An zweiter Stelle folgten in diesen Kategorien Geschäfte mit sonstigen Finanzinstituten, wobei diese Kundengruppe mit einem Anteil von

16,0% bei den Kassageschäften am stärksten vertreten war. Nur 3,0% aller Devisengeschäfte wurden mit Kunden, die nicht im Finanzsektor aktiv sind, abgeschlossen.

2.5 Gliederung nach Währungen

Um vergleichbare Daten für den Umsatz der wichtigsten Währungssegmente des Devisenmarktes zu erhalten, wurden die Daten auch nach Währungspaaren gegliedert erhoben. Demnach waren die Angaben getrennt für Geschäfte in Inlandswährung⁷, US-Dollar und Euro gegeneinander und gegen weitere 39 Währungen, darunter japanischer Yen, Pfund Sterling, Schweizer Franken, kanadischer Dollar und australischer Dollar, zu melden.

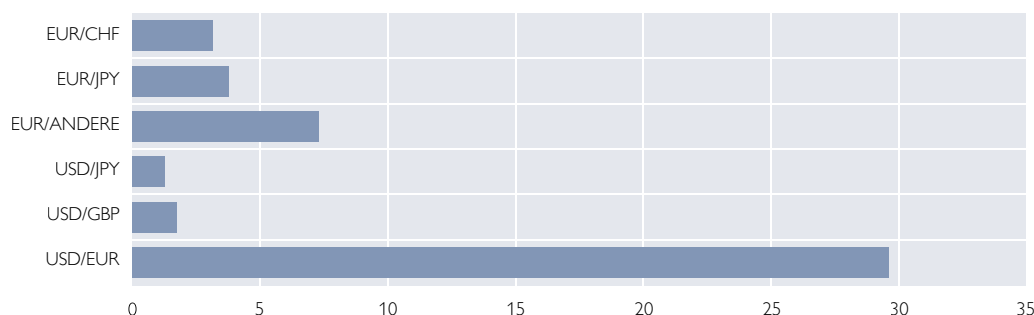
2.6 Kassageschäfte

Beim Kassageschäft war das stärkste Währungspaar gegen den US-Dollar USD/EUR mit einem durchschnittlichen Tagesumsatz von 1,41 Mrd USD, gefolgt von Geschäften in USD/GBP mit 0,08 Mrd USD. Von den 2,80 Mrd USD Umsatz, die durchschnittlich pro Tag mit Kassageschäften erzielt wurden, entfielen somit 50,5% auf das Währungspaar USD/EUR.

Grafik 1

Häufigste Währungspaare im Kassageschäft im April 2013 – Monatsumsatz

in Mrd USD



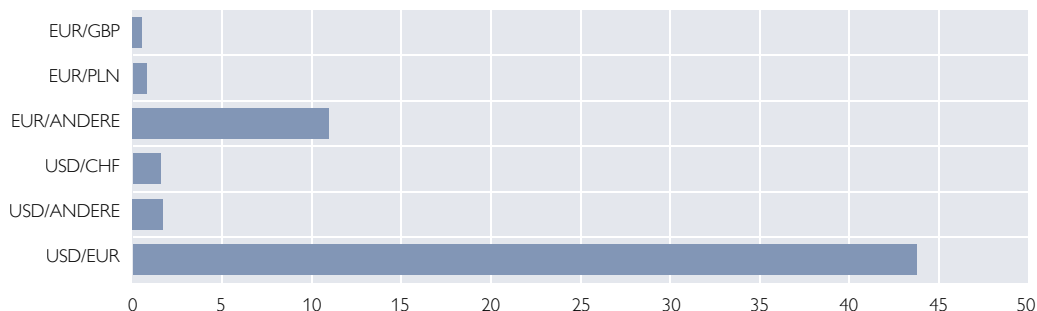
Quelle: OeNB.

⁷ Für Österreich ist der Euro zugleich die „Inlandswährung“.

Grafik 2

Häufigste Währungspaare im Termingeschäft im April 2013 – Monatsumsatz

in Mrd USD



Quelle: OeNB.

Zu den umsatzstärksten Währungspaaren gegen den Euro zählten nach dem US-Dollar EUR/JPY mit 0,18 Mrd USD und einem Anteil von 6,4% am gesamten Kassageschäft sowie EUR/CHF mit 0,15 Mrd USD und einem Anteil von 5,3%. Ein großer Teil des Umsatzes in Euro wurde auch in Währungen umgesetzt, die in dieser Erhebung nicht direkt zuordenbar sind. Diese anderen Währungen umfassen unter anderem tschechische Kronen, rumänische Leu und bulgarische Lew.

2.7 Termingeschäfte

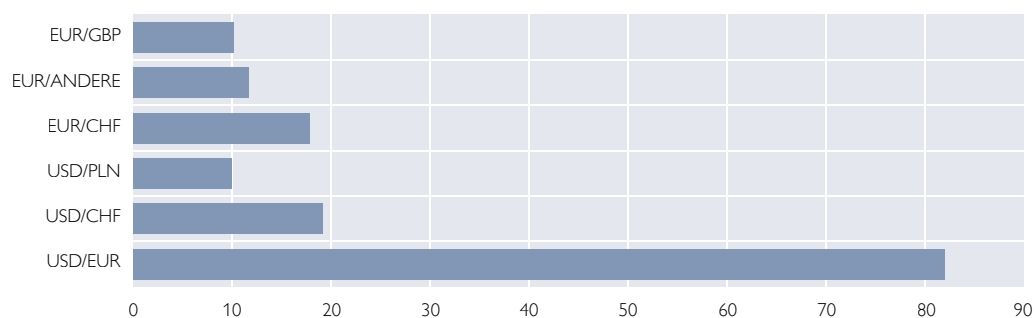
Das Währungspaar USD/EUR lag bei den Termingeschäften gegen den US-

Dollar mit einem Wert von 2,08 Mrd USD und einem Anteil von 69,1% am gesamten durchschnittlich erzielten Tagesumsatz von 3,02 Mrd USD mit Abstand an erster Stelle. Bei den Währungspaaren gegen den US-Dollar lagen weit abgeschlagen USD/CHF mit einem Anteil von 2,5% und USD/GBP mit einem Anteil von 2,4% an zweiter bzw. dritter Stelle. Gegen den Euro hatten andere Währungen einen Anteil von 17,3% am durchschnittlichen Tagesumsatz, der mit Termingeschäften erzielt wurde. Danach folgten Geschäfte in EUR/PLN mit einem Anteil von 1,2% und EUR/GBP mit 0,8%.

Grafik 3

Häufigste Währungspaare bei Fremdwährungs-Swap-Geschäften im April 2013 – Monatsumsatz

in Mrd USD



Quelle: OeNB.

2.8 Fremdwährungs-Swap-Geschäfte

Bei den Fremdwährungs-Swap-Geschäften standen die Geschäfte in USD/EUR an erster Stelle mit 3,90 Mrd USD und einem Anteil von 43,2% am durchschnittlich erzielten Tagesumsatz von 9,04 Mrd USD. Hier belegte das Währungspaar USD/CHF mit einem Anteil von 10,1% und einem täglich erzielten Umsatz von 0,91 Mrd USD den zweiten Platz vor Geschäften in EUR/CHF mit einem Anteil von 9,4%.

3 Zinsderivativgeschäfte

3.1 Umsatz auf dem Zinsderivativmarkt

Der Umsatz von Zinsderivativgeschäften – bestehend aus Forward Rate Agreements (FRAs), Zinsswaps und Zinsoptionen – betrug in Österreich im April 2013 24,65 Mrd USD. Der durchschnittliche Tagesumsatz belief sich auf 1,17 Mrd USD und verringerte sich damit gegenüber dem Jahr 2010 stark um 75,7%.

3.2 Österreich im internationalen Vergleich

Weltweit wurde im Jahr 2013 ein durchschnittlicher Tagesumsatz von 2.343 Mrd USD mit Zinsderivativgeschäften erzielt. Gegenüber dem Jahr 2010 wurde ein Zuwachs von 14,1% festgestellt. Auch bei den Zinsderivativgeschäften führte das Vereinigte Königreich mit einem Anteil von 48,9% am weltweiten Tagesumsatz das Ranking der Finanzplätze an. Weiters zählten die USA mit 22,8% und Frankreich mit 7,3% zu den Top-3. Österreich belegte mit einem Weltmarktanteil von 0,04% den 28. Platz.

3.3 Gliederung nach Finanzinstrumenten

Der Großteil der Umsätze, der von den in Österreich tätigen Kreditinstituten mit Zinsderivaten erzielt wurde, war mit einem Anteil von 88,5% den Zins-

Durchschnittlicher Tagesumsatz auf dem österreichischen Zinsderivativmarkt

Tabelle 3

	Zinsswaps	Zinsoptionen	Forward Rate Agreements	Derivatgeschäfte insgesamt
	in Mio USD			
1995	196	2	1.927	2.125
1998	2.080	113	1.133	3.326
2001	2.205	70	1.962	4.237
2004	9.338	288	3.912	13.538
2007	4.084	252	562	4.898
2010	2.274	421	2.131	4.826
2013	1.039	63	72	1.174

Quelle: OeNB.

swaps zuzurechnen. Der durchschnittliche Tagesumsatz, der im April 2013 mit Zinsswaps erzielt wurde, belief sich auf 1,04 Mrd USD, was einer Verringerung um 54,3% gegenüber 2010 entsprach. Die zweitgrößte Kategorie auf dem Derivatmarkt bildeten die FRAs – darunter werden Zinstermingeschäfte verstanden – mit einem Anteil von 6,1% am durchschnittlich erzielten Tagesumsatz. Das durchschnittliche Tagesvolumen der FRAs ging im Vergleich zu 2010 um 96,6% auf 72 Mio USD zurück. Die täglich erzielten Umsätze mit Zinsoptionen reduzierten sich ebenfalls seit 2010 um 85% und beliefen sich im April 2013 auf 63 Mio USD bzw. auf einen Anteil von 5,4% am gesamten durchschnittlichen Tagesumsatz.

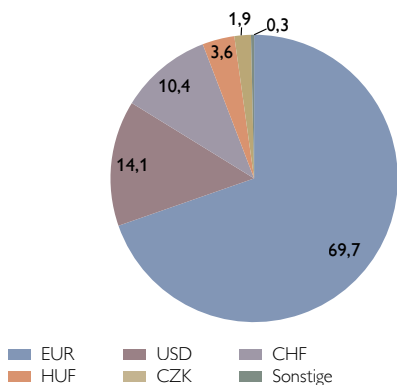
3.4 Währungsgliederung von Zinsinstrumenten

Der durchschnittliche Tagesumsatz mit Zinsswaps, Zinsoptionen und FRAs auf dem österreichischen Derivatmarkt belief sich im April 2013 auf 1,17 Mrd USD. Der Großteil dieser Zinskontrakte (69,7%) wurde in Euro abgewickelt. An zweiter Stelle lagen Geschäfte mit Verträgen in US-Dollar mit einem Anteil von 14,1% am gesamten durchschnittlichen Tagesumsatz. Schweizer Franken nahmen mit 10,4% den dritten Platz ein.

Grafik 4

Währungsgliederung von Zinsinstrumenten im April 2013

Anteil in %



Quelle: OeNB.

4 Schlussfolgerungen

Die Gesamtergebnisse zeigen, dass die weltweiten Anstiege der Umsatzdaten der letzten drei Jahre – sowohl auf den Devisen- als auch auf den Zinsderivativmärkten – in Österreich nicht stattgefunden haben. Auf dem Devisenmarkt wird in Österreich der Großteil des Umsatzes weiterhin mit *berichtenden Händlern* erzielt, während weltweit die Umsätze mit Sonstigen Finanzinstituten jene mit den *berichtenden Händlern* seit der Erhebung 2010 übertrafen. Die Studie zeigt auch, dass Österreich in beiden Kategorien bei der rangmäßigen Bewertung der durchschnittlichen Tagesumsätze einen Platz im Mittelfeld aller 53 untersuchten Märkte einnimmt.

Revision der Leistungsbilanz

Die Änderungen im Detail und erste Ergebnisse

Ab Juni 2014 wird die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die Zahlungsbilanzstatistik nach dem neuen internationalen Standard des IWF veröffentlichen. Die Neukonzeptionierung trägt vor allem den realwirtschaftlichen Gegebenheiten internationalisierter Produktion Rechnung. Durch die Klassifikation ausgelagerter Fertigungsschritte als Dienstleistung wird die Qualität der Zahlungsbilanz als Basis der Berechnung internationaler Wertschöpfungsketten erhöht. Darüber hinaus werden statistische Asymmetrien durch die Anpassung der Konzepte von Leistungsbilanz und Außenkonto der VGR verringert. Die OeNB erwartet, dass die Neukonzeptionierung rückwirkend in einer Verringerung des Leistungsbilanzsaldos als auch der Exportquote Österreichs resultieren wird.

Patricia Walter¹

Die Zahlungsbilanz ist die statistische Grundlage zur systematischen Erfassung der Außenwirtschaftsbeziehungen einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschafts- und Währungsraums. Während die Zahlungsbilanz insgesamt aufgrund des Prinzips der doppelten Buchhaltung per Definition ausgeglichen sein muss, ist die Leistungsbilanz als Saldo aller laufenden bzw. realwirtschaftlichen Transaktionen mit dem Ausland ein wichtiger geldpolitischer Indikator. Entwicklungen der Exporte und Importe sowie der Preise im Güter- und Dienstleistungsverkehr beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und den Preisauftrieb im Inland. Die Zahlungsbilanz bzw. die Leistungsbilanz im Speziellen bilden deshalb eine wichtige Informationsgrundlage für die Beobachtung und Steuerung monetärer Zielgrößen wie das Geldmengenwachstum, die Inflationsrate, Zinssätze und Wechselkurse.

Während die Europäische Zentralbank (EZB) die monetäre Entwicklung für den gesamten Euroraum beobachtet, bilden die nationalen Leistungsbilanzen als Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft

die Grundlage zur Messung der Stabilität der einzelnen Mitgliedstaaten. Einnahmenüberschüsse korrespondieren mit einer Zunahme der Nettoauslandsforderungen und verbessern die Internationale Vermögensposition der Inländer, während Defizite eine Zunahme der Nettoauslandsverbindlichkeiten (bzw. eine Abnahme der Nettoauslandsforderungen) und folglich eine Verschlechterung der Vermögensposition bewirken. Die Leistungsbilanzentwicklung steht deshalb sowohl in engem Zusammenhang mit der Produktions- und Beschäftigungssituation im Inland als auch mit den Erwartungen hinsichtlich der Bonität und damit den Finanzierungsbedingungen der Länder an den internationalen Finanzmärkten. Aufgrund aktueller Erfahrungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben EU-Kommission und EZB eine periodische Überprüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität der einzelnen Mitgliedstaaten der EU und des Euroraums implementiert, der die Leistungsbilanz als einer der wichtigsten Indikatoren zugrunde liegt (Macroeconomic Imbalance Procedure).²

Der Internationale Währungsfonds (IWF) entwickelt in seiner Eigenschaft

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patricia.walter@oebn.at.

² Für eine Beschreibung siehe im Internet unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/macroeconomic_imbalance_procedure/indicators (alle Internetadressen in diesem Beitrag abgerufen am 15. Jänner 2014).

als „lender of last resort“ zur finanziellen Unterstützung bei kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik die Grundlagen für eine weltweit harmonisierte Darstellung der Zahlungsbilanz. Das sechste Zahlungsbilanzhandbuch des IWF (Balance of Payments Manual, 6th edition³) wird in der Europäischen Union im Jahr 2014 umgesetzt. Im folgenden Beitrag werden die internationalen Entwicklungen, die zur Neukonzeptionierung der Außenwirtschaftsstatistiken führten und die daran anknüpfenden Rechtsgrundlagen zur nationalen Umsetzung (Teil 2), die wichtigsten Änderungen im Rahmen der Neukonzeption (Teil 3) sowie die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Ergebnisse der Leistungsbilanz in Österreich (Teil 4) dargestellt.

1 Internationale Entwicklungen

Die internationalen Vorgaben zur Erstellung und Präsentation der Zahlungsbilanz werden vom IWF in Abständen von rund zehn bis fünfzehn Jahren aktualisiert, um den weltweiten Entwicklungen im Handel und an den Finanzmärkten Rechnung zu tragen. Die bislang geltende Darstellungsform der Zahlungsbilanz in Österreich folgt den Vorgaben des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs (BPM 5), das vom IWF im Jahr 1993 veröffentlicht wurde. Berücksichtigt man, dass die Vorgängerversion aus dem Jahr 1977 (BPM 4) stammte, dann wird verständlich, dass diese Konzeptänderung mit grundlegenden Veränderungen der regulativen und operativen Rahmenbedingungen von Finanztransaktionen einherging: Die schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs verbunden mit grundlegen-

den Innovationen in der Kommunikationstechnologie und dem Aufkommen derivativer Finanzprodukte brachte eine Vervielfachung internationaler Wertpapierveranlagungen und -finanzierungen in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen mit sich. Dementsprechend wurde eine detaillierte statistische Erfassung sowohl von Finanztransaktionen im Rahmen der Zahlungsbilanz als auch von Finanzbeständen im Rahmen der Internationalen Vermögensposition erforderlich.

Mit dem fünften Zahlungsbilanzhandbuch erfolgte auch eine Anpassung der Zahlungsbilanz an andere Statistikkonzepte, insbesondere an das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, VGR (System of National Accounts, SNA 1993 bzw. Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 1995). Damit einher ging die Erfassung von Transaktionen anstelle des reinen Zahlungsflusses. Das Konzept der Transaktion unterscheidet sich von Zahlungen im Zeitpunkt der Erfassung, nämlich bei der Realisierung des Rechtsgeschäfts durch den Austausch von ökonomischen Werten oder Transfers („change of ownership“) im Gegensatz zum Zeitpunkt der Zahlungsabwicklung. Niederschlag findet das Transaktionskonzept insbesondere in der Anwendung des sogenannten Accrual-Prinzips (aufgelaufene Zinsen bzw. Gewinne) bei der Erfassung von verzinslichen Wertpapieren und Direktinvestitionen und in der Verbuchung von Zahlungszielen in Form von Handelskrediten.

Mit dem sechsten Zahlungsbilanzhandbuch (BPM 6), das in der EU bzw. im Euroraum im Jahr 2014 umgesetzt wird, trägt der IWF vor allem realwirtschaftlichen Entwicklungen Rech-

³ Siehe im Internet unter www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2007/bopman6.html.

nung. Die geänderten Konzepte lassen sich im Wesentlichen auf vier Motivationsgründe zurückführen:

1. Die Erfassung grenzüberschreitender Produktionsprozesse

Die Internationalisierung der Produktionsstandorte im Rahmen von Direktinvestitionen hat zu einer Vervielfachung des Welthandelsvolumens beigetragen. Die einzelnen Produktionsschritte werden an Unternehmensstandorte in verschiedenen Ländern ausgelagert, wodurch der grenzüberschreitende Austausch von Intermediärgütern rapide angestiegen ist. Laut Welthandelsorganisation (WTO) betrug der Anteil der Intermediärgüter an den gesamten Warenexporten (ohne Brennstoffe) im Jahr 2011 bereits mehr als die Hälfte. Um das Welthandelsvolumen und die weltweit entstandenen Wertschöpfungsketten in der Produktion von Endprodukten statistisch richtig erfassen zu können, wurde mit dem sechsten Zahlungsbilanzhandbuch eine systematische Berücksichtigung des Prinzips des Eigentumsübertritts eingeführt. Damit einher geht die Umschichtung der Lohnveredelung und des Reparaturverkehrs vom Waren- zum Dienstleistungshandel bzw. die umgekehrte Reklassifikation des Transithandels und folglich eine teilweise Rückkehr zur Methodologie des BPM4.

2. Die Erfassung des elektronischen Austauschs von Gütern und Dienstleistungen

Stand in den 1990er-Jahren die Beschleunigung und Vervielfachung der Wertpapiertransaktionen durch die allgemeine Verfügbarkeit von „real-time data“ und die Einführung des elektronischen Handels im Vorder-

grund, hat sich in Folge auch der reale Handel durch moderne Kommunikationstechnologien grundlegend verändert. Das betrifft insbesondere Downloads von Computer-Software und audiovisuellen Produkten sowie Spiel- und Wettbüros im Internet. Das sechste Zahlungsbilanzhandbuch hat diesen Entwicklungen durch eine Differenzierung des Dienstleistungshandels Rechnung getragen.

3. Die weitgehende Harmonisierung mit der VGR

Bereits im Rahmen des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs wurde eine Harmonisierung der Zahlungsbilanz mit dem Außenkonto der VGR eingeleitet. Weiterhin wurden jedoch Ausnahmeregelungen getroffen, die insbesondere auf Kosten-Nutzen-Erwägungen beruhten, da grenzüberschreitende, im Gegensatz zu inländischen Transaktionen, von geringerer Relevanz sein können. Dadurch bestanden Unterschiede in den Ergebnissen von Zahlungsbilanz und VGR fort, beispielsweise in den Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Mit dem sechsten Zahlungsbilanzhandbuch wurde nunmehr eine annähernd vollständige Harmonisierung mit den Konzepten des SNA 2008 bzw. des ESVG 2010 eingeführt.

4. Änderungen in der Darstellung des Kapitalverkehrs

Der Bedeutung von Bilanzdaten zur Einschätzung potenzieller Instabilität an Finanzmärkten wurde durch eine verstärkte Integration von Zahlungsbilanz und Internationaler Vermögensposition Rechnung getragen. Bestandsänderungen sind detailliert als Folge von Zahlungsbilanztransaktionen, Wechselkurseffekten, Preis-

effekten und Reklassifikationen darzustellen. Ebenfalls detailliert wurde die Darstellung der Transaktionen der einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren in Anlehnung an die VGR. Das betrifft insbesondere den Finanzsektor, zu dem jetzt auch reine Holdinggesellschaften ohne Managementtätigkeit gezählt werden, unabhängig davon, ob diese Holdings zu Finanzkonzernen gehören oder nicht. Grenzüberschreitend sind davon vor allem sogenannte „Special Purpose Entities“ betroffen, die im Rahmen von Direktinvestitionen zunehmend von Bedeutung sind. Diese speziellen Firmenkonstruktionen, die in Zukunft gesondert dargestellt werden, dienen hauptsächlich der Ausnutzung regionaler Steuervorteile, halten zwar Auslandsbeteiligungen, weisen selbst jedoch keine nennenswerte Wertschöpfung auf. Eine weitere Neuerung bei Direktinvestitionen ist die Anpassung an die Darstellung des übrigen Kapitalverkehrs, indem Investitionen und Finanzierungen aus Sicht Österreichs brutto verbucht werden (Asset-Liability-Prinzip), ohne den Sitz des Direktinvestors zu berücksichtigen (Directional-Prinzip).

In den Mitgliedstaaten des Euroraums und der EU wird die Darstellung der Zahlungsbilanz im zweiten Quartal 2014 an die Anforderungen des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF angepasst. Die internationalen Richtlinien wurden mittels einer Verordnung der Kommission (Verordnung Nr. 555/2012 der Kommission vom 22. Juni 2012) und einer Richtlinie der

EZB (Leitlinie der EZB vom 9. Dezember 2011, EZB/2011/23) als verbindliches EU-Recht festgeschrieben.⁴

In Österreich ist die OeNB auf Grundlage des Devisengesetzes 2004 für die Umsetzung der neuen Konzepte in der Erstellung und Veröffentlichung der Zahlungsbilanz und damit verwandter Statistiken (Internationale Vermögensposition, Direktinvestitionsstatistik, Statistik des internationalen Dienstleistungsverkehrs) verantwortlich. Um die dafür erforderlichen Daten der Wirtschaftstreibenden rechtzeitig zu erhalten, hat die OeNB im Jahr 2012 und 2013 neue Meldeverordnungen erlassen.⁵

Das Zahlungsbilanzhandbuch und die entsprechenden EU-Richtlinien schreiben den nationalen Statistikproduzenten die fachlichen Konzepte vor, nach denen die Zahlungsbilanzstatistik zu erstellen ist sowie die Darstellungsform der Zahlungsbilanz. Angesichts der Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen und in der öffentlichen Administration ist es jedoch den Ländern überlassen, in welcher Form die dafür erforderlichen Daten erhoben werden. Zur Umsetzung des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF im Jahr 1998 hat die OeNB ein sogenanntes Einzelwertpapiersystem in Österreich eingerichtet. Danach melden inländische, depotführende Banken, Investmentfonds sowie Investoren mit Depots im Ausland Umsätze und Bestände an Wertpapieren mit einer identifizierenden Nummer (ISIN⁶). Aus den Einzelwertpapierdaten werden mittels charakterisierender Merkmale von Wertpapieren, Emittenten und Gläubigern

⁴ Siehe im Internet unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:166:0022:0066:DE:PDF> und unter www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/1_06520120303de00010044.pdf.

⁵ Siehe im Internet unter www.oenb.at/Statistik/Meldewesen/Meldebestimmungen/Auszenwirtschaftsstatistik/Rechtliche-Grundlagen.html.

⁶ International Securities Identification Number.

(sogenannte Stammdaten aus einer Wertpapierdatenbank der EZB) die Kategorien der Zahlungsbilanz (Finanzinstrumente, Laufzeiten, Gläubiger und Schuldner je volkswirtschaftlichem Sektor) sowie nicht transaktionsbedingte Veränderungen, Zinsen und Dividenden ermittelt.

Seit dem Jahr 2006 verzichtet die OeNB zur Gänze auf Informationen, die im Rahmen des Zahlungsverkehrs anfallen und erfragt die benötigten Daten im Rahmen von Stichproben, die in Kooperation mit Statistik Austria durchgeführt werden, bei den Wirtschaftstreibern selbst. Diese grundlegende Änderung der Methodik wurde aufgrund der Harmonisierung von Inlands- und Auslandzahlungsverkehr im Euroraum sowie der außerordentlichen Zunahme konzerninterner Finanzumschichtungen erforderlich. Zur Umsetzung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs stellt die Direkterhebung eine wesentliche Voraussetzung dar, da nur die Wirtschaftstreibern selbst die notwendige Unterscheidung zwischen Güter- und Dienstleistungsverkehr treffen und die erforderlichen Details zur Abgrenzung der einzelnen Dienstleistungsarten bereitstellen können. Zur Entlastung der Respondenten wurde der OeNB im Rahmen des Devisengesetzes 2004 die Nutzung von Statistik- und Verwaltungsdaten zur Erstellung der Zahlungsbilanz eingeräumt, wodurch eine Anpassung an die Rechtsgrundlagen des nationalen Statistikamtes erfolgte. Eine wesentliche Informationsquelle zur Erfassung des Austauschs von Dienstleistungen inner-

halb der EU ist das sogenannte VIES-System (Value Added Tax Information Exchange System), das als Kontrollsystem der Umsatzsteuer im innergemeinschaftlichen Handel eingeführt wurde und eine deutliche Anhebung der Meldegrenze für Direktmeldungen zum Zweck der Zahlungsbilanz ermöglichte.⁷

2 Die wichtigsten Änderungen

2.1 Lohnveredelung und Reparaturverkehr

Auf Basis des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF wurde auch das Manual on Statistics on International Trade in Services (MSITS) im Jahr 2010 aktualisiert. Darin werden die Dienstleistungsarten laut Zahlungsbilanz weiter zur Extended Balance of Payments Services Classification (EBOPS) detailliert, insbesondere für Zwecke internationaler Handelsgespräche im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Neu eingeführt wurde die Kategorie *Fertigungsleistungen an Werkstoffen anderer Eigentümer*, wie die Verarbeitung, Montage, Etikettierung und Verpackung von Waren.⁸ Bewertet werden Fertigungsleistungen zur Gebühr, die der Eigentümer der Ware an das Unternehmen, das die Fertigungsleistungen erbringt, entrichtet. Die internationalen Organisationen reagierten damit auf das wirtschaftliche Phänomen der internationalen Auslagerung bzw. des „Offshoring“ von Produktionsschritten unabhängig davon, ob es sich um die Auslagerung an Dritte oder an Unternehmen innerhalb eines Konzerns handelt.

⁷ Mit der Richtlinie 2008/8/EG des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG bezüglich der Neuregelung des Ortes der Dienstleistungen gilt grundsätzlich das „Empfängerortprinzip“. Dienstleistungen werden damit an dem Ort besteuert, an dem der tatsächliche Verbrauch erfolgt. Handelt es sich beim Leistungsempfänger grenzüberschreitend erbrachter Dienstleistungen um ein Unternehmen, dann geht die Steuerschuld auf dieses über. In Österreich sind Unternehmen deshalb seit 2010 verpflichtet, „Sonstige Leistungen“ unter Angabe des Landes und der UID-Nummer des Unternehmens im anderen Mitgliedstaat zu melden.

⁸ Davon zu unterscheiden sind Montageleistungen im Rahmen des Baus und Verpackung im Zusammenhang mit dem Transport.

Einführung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF: Änderungen und voraussichtliche Auswirkungen auf die Leistungsbilanz

Teilbilanz bisher/ Teilbilanz neu	Inhalt bisher / Inhalt neu	Änderung	Auswirkungen auf den Saldo
			Aktivierung des Saldos bzw. Verringerung des Defizits
Güter	Ein- und Ausfuhren zur Lohnveredelung	nur mehr nachrichtlich	Aktivierung
	Ein- und Ausfuhren von Transportmedien zur Reparatur	entfällt bzw. wird als Dienstleistung klassifiziert	neutral
	Ein- und Ausfuhren wertvoller Güter im Reiseverkehr	neu bzw. wurde bislang als Dienstleistung klassifiziert	neutral
	Transithandel	neu bzw. wurde bislang als Dienstleistung klassifiziert	Aktivierung
			Passivierung des Saldos bzw. Verringerung des Überschusses
Dienstleistungen	Lohnveredelung	neu bzw. wurde bislang als Güterhandel klassifiziert	Passivierung
	Reparaturverkehr	neu bzw. wurde bislang als technische Dienstleistung und als Güterhandel klassifiziert	neutral
	Transport	inklusive Post- und Kurierdienste	neutral
	Reiseverkehr	exklusive wertvolle Güter	neutral
	Bauleistungen	inklusive vor Ort Kauf/Verkauf von Gütern/Dienstleistungen	neutral
	Versicherung	mit VGR harmonisiert	Aktivierung
	Finanzdienstleistungen	inklusive indirekt verrechnete Gebühren	Aktivierung
	Patente und Lizenzen / Gebühren für die Nutzung intellektuellen Eigentums	mehr Detailinformationen	neutral
	Kommunikationsdienstleistungen / Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienstleistungen	neue Gruppierung	neutral
	Transithandel	entfällt bzw. wird als Güterhandel klassifiziert	Passivierung
	Forschung und Entwicklung	inklusive Kauf / Verkauf von Patenten / Lizenzen	Passivierung
	Technische, handelsbezogene und übrige Dienstleistungen	neue Gruppierung	neutral
	Persönliche Dienstleistungen, Kultur, Erholung	inklusive Glücksspiel	Passivierung
	Leistungen zwischen verbundenen Unternehmen	entfällt bzw. wird je Dienstleistungsart zugeteilt	neutral
Einkommen/ Primäreinkommen			Salden neutral
	Vermögenseinkommen	exklusive indirekt verrechnete Gebühren, inklusive Einkommen aus versicherungstechnischen Rückstellungen	Passivierung
	Laufende Übertragungen	Gütersteuern und Subventionen	Aktivierung
Laufende Transfers/ Sekundäreinkommen			Passivierung des Saldos
		exklusive Gütersteuern und -subventionen	

Quelle: OeNB.

Auf Basis des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs wurde bisher beim grenzüberschreitenden Austausch der Ware in ihren unterschiedlichen Fertigungsstadien jeweils ein Eigentumsübertritt unterstellt und die Transaktion zum Wert der Ware bei Grenzübertritt verbucht. Diese Vorgangsweise hat statistische Verzerrungen zur Folge: Das Welthandelsvolumen erhöhte sich signifikant, da bei jedem Grenzübertritt ein Güterexport bzw. ein Import registriert wird. Die Umsätze wurden dadurch kumuliert dargestellt und entsprachen nicht der Wertschöpfung im jeweiligen Land bzw. beim jeweiligen Fertigungsschritt, da die Ware jeweils zu ihrem Bruttowert verbucht wurde. Die Wertschöpfungsketten wurden auch nicht vollständig erfasst, da die Verbuchung vom Grenzübertritt der Ware abhängig ist. Verbringt der Eigentümer einer Ware Fertigungsteile zwischen zwei Drittstaaten oder wird die Ware nach Fertigung in einem Drittstaat direkt an einen Kunden in einem anderen Drittstaat veräußert, wurden keine Transaktionen mit dem Land des Eigentümers erfasst.

Mit der Darstellung der klassischen Lohnveredelung als Fertigungsleistung wird modernen Handelsbeziehungen entsprochen, die aus einem Prozess der Integration von Warenhandel, Investitionen und Dienstleistungen resultieren. Der Informationsgehalt der Zahlungsbilanz als Grundlage der Messung internationaler Produktions- und Wertschöpfungsketten wird dadurch erhöht. Weiterhin sind Warenströme im Rahmen der Lohnveredelung jedoch Teil der Außenhandelsstatistik, sodass die Neukonzeptionierung der Zahlungsbilanz zu einem Anstieg der Asymmet-

rien zwischen den beiden Statistiken führen wird.

Für den Reparaturverkehr sehen BPM6 und MSITS 2010 eine ähnliche Änderung der Methodologie wie für Lohnveredelung vor: Instandhaltungs- und Reparaturleistungen an Waren, die im Eigentum anderer stehen, werden im Ausmaß der anfallenden Dienstleistungsgebühr erfasst. Basierend auf den Vorgaben des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs wurden die Reparaturen von großen Transportmedien (Flugzeuge und Schiffe) bislang als Warenverkehr beim Grenzübertritt klassifiziert. Da Großreparaturen in der Außenhandelsstatistik seit dem Jahr 2005 nicht mehr erfasst werden, bildeten sie einen Teil der Asymmetrien zwischen Außenhandels- und Zahlungsbilanzstatistik, die mit Einführung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs aufgehoben werden. Zusätzlich zur Großreparatur werden in der neuen Dienstleistungsart auch Kleinreparaturen berücksichtigt, die die Effizienz und Kapazität von Anlageinvestitionen oder deren Laufzeit erhöhen sowie kleine Instandhaltungen, um die Betriebsfähigkeit aufrecht zu erhalten.⁹ Bislang waren diese Teil der Architektur-, Ingenieur- und sonstigen technischen Dienstleistungen.

2.2 Transithandel

Im Gegensatz zu Lohnveredelung und Großreparaturen, die aufgrund der einheitlichen Anwendung des Prinzips des Eigentumsübertritts nicht mehr als Güter-, sondern als Dienstleistungshandel klassifiziert werden, erfolgt mit dem sechsten Zahlungsbilanzhandbuch eine Verschiebung des Transithandels von den Dienstleistungen zum Güterhandel. Beim Transithandel kauft ein

⁹ Davon ausgenommen sind Instandhaltung und Reparatur an Gebäuden und EDV-Geräten.

gebietsansässiger Händler Waren in Land A und verkauft sie an Land B, ohne sie ins Inland zu verbringen. Es findet damit ein Eigentumsübertritt statt, die Ware wird jedoch nicht in das Sitzland des Händlers verbracht und erfährt keine wesentlichen Änderungen. Der Transithändler stellt eine Dienstleistung bereit, nämlich die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage, ähnlich der Liquiditätsbereitstellung am Kapitalmarkt. Der Erlös des Händlers entspricht der Handelsspanne, also im Wesentlichen der Differenz zwischen dem An- und Verkaufspreis. Der Ankaufspreis beinhaltet einen Abschlag vom durchschnittlichen Marktpreis, der Verkaufspreis einen Aufschlag. Die Ermittlung der Handelsspanne erfolgte in den einzelnen Ländern bislang auf Basis unterschiedlicher statistischer Methoden. In Österreich wurde pro Unternehmen eine durchschnittliche Handelsspanne auf Basis der jährlichen Leistungs- und Strukturhebung ermittelt und auf die gemeldeten Auslandsumsätze angewandt.

Auch im Rahmen der Güterbilanz richtet sich die Bewertung des Transithandels in Zukunft nach dem Konzept der Handelsspanne: Die Warenströme werden nachrichtlich erfasst – der Verkauf der Ware als positiver Export, der Einkauf der Ware als negativer Export – und nur die Differenz bzw. der Saldo geht in die Berechnung der Güterbilanz als Export ein. Es ist zu erwarten, dass diese international abgestimmte Behand-

lung zu einer Verringerung der Asymmetrien in der globalen Zahlungsbilanzstatistik führen wird (Summe des allgemeinen Güterverkehrs und des Transithandels für alle Länder = 0). Gleichzeitig ist jedoch eine Zunahme der Asymmetrien zwischen den Statistiken der einzelnen Länder zu erwarten.¹⁰

2.3 Versicherungen

Bereits im Rahmen des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF wurde die Verbuchung von Versicherungsleistungen an die VGR angepasst. Übernommen wurde insbesondere das Konzept der „service charge“, also im Wesentlichen der Nettoprämie (Prämie minus Leistung) als Indikation für die Wertschöpfung im Versicherungsektor. Aufgrund der vergleichsweise geringen Bedeutung grenzüberschreitender Versicherungsleistungen im Vergleich zum Gesamtaufkommen des Sektors wurden jedoch vereinfachende Ausnahmeregelungen vorgesehen. Aus diesem Grund bestanden Asymmetrien zwischen der Zahlungsbilanz und dem Außenkonto der VGR fort, die mit der Umsetzung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs und einer vollständigen Harmonisierung mit den Methoden der VGR behoben werden sollen. Für die Darstellung der österreichischen Versicherungswirtschaft ergeben sich vor allem zwei inhaltliche Änderungen:

1. Die Darstellung der Rückversicherung wird an die Methoden der VGR angepasst

¹⁰ Anhand eines einfachen Dreiländerbeispiels lassen sich die zu erwartenden Asymmetrie-Effekte verdeutlichen: Ein Transithändler in Land A erwirbt ein Gut in Land B zu 100 Einheiten und verkauft es an Land C zu 120 Einheiten. Es wird die Annahme zugrunde gelegt, dass der allgemeine Güterverkehr laut Zahlungsbilanz auf den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik beruht.

- Land A, Sitz des Transithändlers: In der Außenhandelsstatistik wird keine Transaktion erfasst. Die Güterbilanz weist ein Plus von 20 Einheiten gegenüber Land C aus.
- Land B, Sitz des Verkäufers: Die Außenhandelsstatistik weist ein Plus von 100 Einheiten vis-à-vis Land C aus, die Güterbilanz ebenso.
- Land C, Sitz des Käufers: Die Außenhandelsstatistik weist ein Minus von 120 Einheiten vis-à-vis Land B aus, die Güterbilanz ebenso.

Bislang war es auf Basis des BPM5 zulässig, Rückversicherung in vereinfachter Form zu berechnen. Der Rückversicherungssaldo als Ergebnis aller Zahlungsflüsse zwischen dem Direkt- und dem Rückversicherer in der jeweiligen Periode, also im Wesentlichen der Saldo aus Prämien- und Schadenszahlungen, wurde als Indikation für die Wertschöpfung des Rückversicherungssektors herangezogen. Mit Einführung des BPM6 ist nun eine vollständige Anpassung an die Methoden der VGR und damit an die Berechnung der Dienstleistungskomponente für die sonstige Nicht-Lebensversicherung erforderlich.

Wie in der Direktversicherung sollte die Dienstleistungskomponente bzw. die Wertschöpfung der Rückversicherung über die Zeit relativ stabil sein und keinen erratischen Schwankungen durch den Anfall außerordentlicher Schadensfälle unterliegen. Aus diesem Grund wird die Berechnung der Dienstleistungskomponente geglättet, indem neben den verdienten Prämien¹¹ die langfristig erwarteten Schäden berücksichtigt werden, ähnlich wie in der Prämienbestimmung der Versicherungen selbst. In der Praxis wird ein Anteil am Prämienaufkommen in der jeweiligen Periode ermittelt, der in die Dienstleistungsbilanz einfließt. Nach Abzug des Wertschöpfungsanteils stellt der verbleibende Teil der verdienten Prämien einen Laufenden Transfer an den Rückversicherer zur Rücklage für den Eintritt von Schäden dar. Die Schadens-

anteile, die der Rückversicherer trägt, fallen als Transfer an das Direktversicherungsunternehmen an. Nur in jenen Fällen, in denen es sich um außerordentliche Schadensfälle im Rahmen von Naturkatastrophen handelt, liegt eine Vermögensübertragung vor.

2. Die Berücksichtigung von Einkommen aus versicherungstechnischen Rückstellungen

In der Lebensversicherung wird die Dienstleistungskomponente entlang der selben Prinzipien wie in der übrigen Direktversicherung, nämlich als Nettoprämie berechnet. Im Unterschied zur Nicht-Lebensversicherung beinhaltet sie jedoch eine Kapitalsparkkomponente und hat deshalb nicht nur Bezug zur Leistungsbilanz sondern auch zur Kapitalbilanz. Mit seinen Prämienzahlungen erwirbt der Versicherungsnehmer einen Anspruch unabhängig vom Eintritt eines zu versichernden Ereignisses und damit eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Der Versicherer muss zur Erfüllung seiner Finanzverpflichtungen Rückstellungen bilden, die er zur Sicherstellung der Ansprüche der Versicherungsnehmer in Kapitalanlagen investiert.¹² Die Erträge aus der Veranlagung der versicherungstechnischen Rückstellungen können deshalb nicht dem Versicherer zugerechnet werden, sondern stellen Vermögenseinkommen der Versicherungsnehmer aus deren Forderungen an das Versicherungsunternehmen dar. Im Rahmen

¹¹ Die Prämien sind dem jeweiligen Berichtszeitraum zuzuordnen (Accrual-Prinzip) und unterscheiden sich von den tatsächlichen Zahlungen am Beginn des Versicherungszeitraums.

¹² Die verbleibende Prämie (nach Abzug der Dienstleistungskomponente) stellt eine Erhöhung der Verpflichtungen und damit der versicherungstechnischen Rückstellungen dar, Leistungszahlungen einen Abbau der Verpflichtungen. Der Bestand an versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem Gegenwartswert der erwarteten Leistungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

der Zahlungsbilanz ist deshalb eine Imputation dieser Einkommen notwendig, die dem Prinzip reinvestierter Gewinne folgt. Demnach werden die Gewinne als Vermögenseinkommen an die Versicherungsnehmer fiktiv ausgeschüttet und gleichzeitig als Prämienzuschläge an die Versicherung zurückgezahlt. Zur Kalkulation der Prämienzuschläge wird in Österreich die durchschnittliche Rendite der Finanzaktiva des Versicherungssektors herangezogen und auf den Anteil ausländischer Versicherungsnehmer an den gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen angewendet.

2.4 Finanzdienstleistungen

In Anlehnung an die VGR werden die direkt verrechneten Gebühren für Finanzdienstleistungen um indirekt verrechnete Komponenten erweitert. Der wichtigste Anwendungsfall sind Financial Intermediate Services Indirectly Measured (FISIM): Banken erzielen Einnahmen, indem sie niedrigere Einlagenzinsen im Vergleich zu Kreditzinsen ansetzen. Die daraus resultierende Spanne ist ein Äquivalent für direkt verrechnete Gebühren. Die Kalkulation im Rahmen von VGR bzw. Zahlungsbilanz erfolgt aus den Zinserträgen und dem Ausleihungs- bzw. Forderungsbestand, den Kreditinstitute im Rahmen von Monetär- und Aufsichtsstatistik melden. Das Ergebnis wird als zusätzliche Wertschöpfung der Finanzdienstleister in der Dienstleistungsbilanz verbucht und die Vermögenseinkommen werden im selben Ausmaß reduziert. Damit wird eine wesentliche Ursache der bestehenden Asymmetrie zwischen der Zahlungsbilanz und dem Außenkonto der VGR behoben.

Neben den klassischen Bankleistungen fungieren Banken auch als Händler

und Market-Maker am Kapitalmarkt. In dieser Funktion stellen sie Liquidität an den Märkten bereit, sodass potenzielle Käufer und Verkäufer zu jedem Zeitpunkt ein Rechtsgeschäft abschließen können. Auch dafür stellen die Händler eine Gebühr in Form einer Handelsspanne indirekt in Rechnung: Der Kaufpreis liegt unter dem durchschnittlichen Marktpreis zum Transaktionszeitpunkt, der Verkaufspreis über dem Marktmittel. Diese Gebühren sind ununterscheidbar in den Finanztransaktionen enthalten und müssen deshalb ebenfalls über eine Schätzung angenähert werden. In Österreich werden dazu die Bruttotransaktionen der Banken mit ausländischen Geschäftspartnern (beim Verkauf fungiert die Bank als Händler, beim Ankauf der ausländische Geschäftspartner) herangezogen. Zur Ermittlung der in den Transaktionen enthaltenen Gebühr wird eine durchschnittliche Handelsspanne angewendet, die aus den An- und Verkaufspreisen („bid/ask-spreads“) für jene Finanzinstrumente ermittelt wird, die den höchsten Anteil am grenzüberschreitenden Forderungs- und Verpflichtungsbestand Österreichs haben.

Im Gegensatz zu den indirekt verrechneten Gebühren für die Finanzintermediation werden Gebühren für Wertpapier- und Goldleihe von den allgemeinen Finanzdienstleistungen unterschieden und den Vermögenseinkommen zugerechnet. Wertpapiere und monetäres Gold sind Finanzinstrumente, die gegen eine Gebühr einer anderen institutionellen Einheit zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem Wert des zugrundeliegenden Vermögensgegenstands und der Dauer der Transaktion. Die Gebühren wachsen als Gewinn beim Eigentümer des Vermögenswerts an und sind deshalb als Zinsen zu behandeln.

2.5 Forschung und Entwicklung

Auch in der Darstellung der Leistungen aus Forschung und Entwicklung (Grundlagenforschung, angewandte Forschung, experimentelle Entwicklung von Produkten und Verfahren in den Natur-, Sozial- und Humanwissenschaften) erfolgt mit der Einführung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs eine weitgehende Anpassung an die VGR. Demnach wird Forschung und Entwicklung nicht mehr als Vorleistung klassifiziert, die im Berichtsjahr in die Produktion einfließt, sondern als Investition, die den Wissensstand bzw. den immateriellen Kapitalbestand einer Volkswirtschaft erhöht. „Forschung und Entwicklung (F&E) sind kreative Tätigkeiten, die systematisch durchgeführt werden, um Kenntnisse zu erweitern und diese Kenntnisse für die Entdeckung oder Entwicklung neuer Produkte, einschließlich verbesserter Versionen oder Merkmale vorhandener Produkte, oder für die Entdeckung oder Entwicklung neuer oder effizienterer Produktionsverfahren einzusetzen.“¹³ Diese Darstellungsform trägt realwirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung, indem Länder mit hohen F&E-Ausgaben bessere wirtschaftliche Entwicklungschancen haben als andere Länder. Kritiker des Ansatzes beklagen jedoch, dass grundlegende Prinzipien der Kapitalbildung, wie die mögliche Besicherung von Finanzverpflichtungen nicht erfüllt sind und das vergleichbare Konzept des Humankapitals bislang keine Berücksichtigung findet.

Im Rahmen der Zahlungsbilanz werden zur Umsetzung der Neudefinition der Forschung und Entwicklung neben den Gebühren für Vertragsleis-

tungen auch die Erlöse bzw. Aufwendungen aus dem Kauf bzw. Verkauf von Patenten und Lizenzen als Dienstleistung berücksichtigt, da es sich um die Veräußerung der Ergebnisse des vorausgegangenen Investitionsprozesses handelt. Bislang wurde der An- bzw. Verkauf von Patenten und Lizenzen als Vermögensübertragung klassifiziert.¹⁴ Daneben sind laut Zahlungsbilanz weitere Tätigkeiten der Produkt- und Verfahrensentwicklung zu erfassen, die ebenfalls zur Zulassung von Patenten führen können und keiner anderen Dienstleistungskategorie zurechenbar sind. Die Definition der Zahlungsbilanz geht damit über jene des SNA 2008 bzw. des ESVG 2010 hinaus. Sonstige F&E-Leistungen stehen in engem Zusammenhang mit Dienstleistungen, die im Rahmen des Ingenieurwesens erbracht werden und sind im Vergleich zur Definition der Forschung und Entwicklung laut VGR von untergeordneter Bedeutung.

2.6 Sonstige Änderungen

- Reiseverkehr: Die Reiseverkehrseinnahmen und -ausgaben werden um den Erwerb dauerhafter bzw. wertvoller Konsumgüter (z. B. Fahrzeuge, Elektronik, Schmuck) bereinigt, die als Güterverkehr zu klassifizieren sind.
- Bau: Der Erwerb von Gütern und Dienstleistungen durch das ausführende Bauunternehmen am Ort der Leistungserbringung ist in die Bewertung der Bauleistung einzurechnen (Bruttoprinzip).
- Transport: Dem Transport werden Post- und Kurierdienste zugerechnet, die bisher in den Kommunikationsleistungen enthalten waren.

¹³ ESA 2010.

¹⁴ Lizenzen, die die Nutzung oder die Reproduktion von Ergebnissen der Forschung und Entwicklung einräumen, sind als Gebühren für die Nutzung intellektuellen Eigentums (vormals Gebühren für die Nutzung von Patenten und Lizenzen) darzustellen.

- Gebühren für die Nutzung intellektuellen Eigentums: Die Nutzung von Patenten und Lizenzen wird detailliert, um zwischen Güterhandel, Dienstleistungen (EDV-Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, audiovisuelle Dienstleistungen) und daraus resultierenden Nutzungs- oder Distributionsrechten zu unterscheiden.
- Persönliche Dienstleistungen (Kultur und Freizeit): Es erfolgt eine Schätzung des Glücksspiels (Lotterien, Wettbüros) entsprechend dem Konzept der „service charge“ (siehe Versicherungen).
- Dienstleistungen zwischen verbundenen Unternehmen: Die vormals zulässige Meldung des Austauschs von Dienstleistungen innerhalb des Konzerns als Restposition, die nicht näher zuteilbar ist, wird aufgehoben. Mit Umsetzung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs müssen alle Dienstleistungen unabhängig vom Empfänger oder Erbringer eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden.
- Laufende Transfers: Gemäß ESGV 2010 werden Laufende Transfers in Primäreinkommen (Gütersteuern und Subventionen) und Sekundäreinkommen (Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge, Sozialleistungen, Rücklagen und Leistungen der Nicht-Lebensversicherung, persönliche Übertragungen) unterteilt.

4 Vorläufige Ergebnisse

Die Erhebung der Leistungsbilanz in Österreich wurde bereits für das Berichtsjahr 2013 auf die Methodologie des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs umgestellt. Für diese Periode ist erstmals eine detaillierte Darstellung des Dienstleistungsverkehrs gemäß BPM6 an die Europäische Kommission und die EZB zu übermitteln. Ausgehend von den Befragungsergebnissen der ersten drei Quartale 2013 hat die

OeNB die Berichtsjahre 1995 bis 2012, die auf Basis des fünften Zahlungsbilanzhandbuchs vorliegen, in einer ersten Version zurückgerechnet. Tabelle 1 fasst die vorläufigen Änderungen zusammen.

Zur rückwirkenden Schätzung von Fertigungsleistungen wurden die aus der Außenhandelsstatistik vorliegenden Warenströme herangezogen. Dem wirtschaftlichen Prinzip des Dienstleistungsverkehrs zufolge muss Lohnveredelung im Inland per saldo einen positiven Ertrag ergeben, da eine Dienstleistung an einen ausländischen Geschäftspartner erbracht wird, umgekehrt muss Lohnveredelung im Ausland zu einem Mittelabfluss führen, da eine Dienstleistung von einem ausländischen Geschäftspartner bezogen wird. In den überwiegenden Berichtsjahren entsprachen die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik dieser Annahme; die wenigen Berichtsjahre, in denen die wirtschaftliche Logik durchbrochen wurde, wurden interpoliert. Dem Import von Fertigungsleistungen aus dem Ausland wurde zudem ein Teil der Dienstleistungen zwischen verbundenen Unternehmen zugerechnet. Wie ein Vergleich der Befragungsergebnisse des Berichtsjahres 2013 mit den vorangegangenen Jahren ergab, enthielten die Aufwendungen, die bislang als allgemeine Beiträge zu den Kosten von Zweigniederlassungen oder als Anteil an den direkt von den Mutterunternehmen getragenen Kosten dargestellt wurden, bereits zum Teil Aufwände für Fertigungsleistungen.

Die Rückrechnung der Lohnveredelung als Dienstleistung ist demzufolge für die Leistungsbilanz annähernd saldenneutral. Per saldo lagern österreichische Unternehmen seit dem Jahr 2001 tendenziell Fertigungsleistungen an dritte oder verbundene Unternehmen im Ausland aus. Die Streichung

der Handelsströme aus den Gütern und die Umbuchung des Saldos bzw. der Gebühren zu den Dienstleistungen führen dementsprechend zu einer Verbesserung des Saldos der Güterbilanz und zu einer Verringerung des Überschusses der Dienstleistungsbilanz.

Die Umschichtung des Transithandels von den Dienstleistungen zu den Gütern beinhaltet auch eine Änderung der Berechnungsmethode. Bislang wurde im Rahmen der jährlichen Leistungs- und Strukturhebung pro Unternehmen eine Handelsspanne¹⁵ erhoben und auf die gemeldeten Exporte im Transithandel angewendet. Demgegenüber wird die Handelsspanne mit Einführung des sechsten Zahlungsbilanzhandbuchs direkt aus den Transaktionen, d. h. aus der Differenz zwischen dem positiven Export (Verkauf der Güter an Drittstaaten) und dem negativen Export (Kauf der Güter aus Drittstaaten) berechnet. Der Saldo unterliegt dadurch größeren Schwankungen, die von der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen einzelner Großhändler determiniert werden. Für den Leistungsbilanzsaldo ergibt sich daraus eine tendenzielle Passivierung bzw. eine Verringerung des Einnahmenüberschusses. Der Effekt der Darstellung von Lohnveredelung als Fertigungsleistung auf das Verhältnis von Güter- und Dienstleistungsbilanz wird verstärkt: Der Saldo der Güterbilanz wird durch die Klassifikation des Transithandels als Gütertransaktion verbessert, der Saldo der Dienstleistungsbilanz verschlechtert.

Im Rahmen von finanziellen Transaktionen werden indirekt verrechnete Bankgebühren den offiziellen Finanzdienstleistungen zugerechnet und umgekehrt von den erhaltenen bzw. geleisteten Zinseinkommen abgezogen. Ein-

kommen aus versicherungstechnischen Rückstellungen wird den Besitzern von Polizzen in Form von Vermögenseinkünften fiktiv ausgeschüttet und zugleich als Erhöhung der Wertschöpfung den Versicherungen gutgebucht. Beide methodologischen Anpassungen haben dementsprechend keine Auswirkung auf den Leistungsbilanzsaldo. Da jedoch österreichische Versicherungen vergleichsweise mehr Lebensversicherungen im Ausland anbieten als österreichische Haushalte im Ausland nachfragen, sind die Verpflichtungen Österreichs aus versicherungstechnischen Rückstellungen höher als die Forderungen aus diesem Titel. Dementsprechend führt die Verbuchung der daraus resultierenden Einkünfte zu einer Verbesserung des Saldos der Dienstleistungsbilanz und zu einer Verschlechterung des Saldos der Einkommensbilanz. Ähnliches gilt auch für die indirekt verrechneten Bankgebühren. Diese erhöhen den positiven Saldo der Finanzdienstleistungen und verschlechtern jenen der Vermögenseinkommen.

In Summe schlägt sich die Neukonzeption der Leistungsbilanz laut vorläufiger Berechnung in einer tendenziellen Passivierung der Leistungsbilanz bzw. einer Verringerung des Einnahmenüberschusses Österreichs nieder. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf Basis des ESGV 95 beträgt die Reduktion des Saldos für die Jahre 1995 bis 2012 im Durchschnitt 0,1 und maximal 0,4 Prozentpunkte. Den höchsten Anteil an der Verringerung des Leistungsbilanzsaldos trägt die Neuberechnung des Transithandels. Darüber hinaus hat die Erweiterung von Leistungen der Forschung und Entwicklung um den Kauf bzw. Verkauf von Patenten und Lizenzen einen passivierenden Effekt auf die Leistungs-

¹⁵ *Handelsspanne = Verkaufspreis minus Anschaffungspreis / Verkaufspreis.*

bilanz, da Österreich per saldo Patente und Lizenzen aus dem Ausland erwirbt.

Der Gesamtwert der Exporte von Gütern und Dienstleistungen wird durch die Neukonzeptionierung ebenfalls verringert. Obwohl zusätzliche Transaktionen verbucht werden (indirekt verrechnete Finanzgebühren, Einkommen aus versicherungstechnischen Rückstellungen, Forschung und Entwicklung als Investition, detaillierte Dienstleistungsbefragung), hat die Saldierung der Warenströme zur Lohnveredelung und Reparatur einen reduzierenden Effekt. Durchschnittlich sinkt der Export von Gütern und Dienstleistungen um 3%. Die Exportquote auf Basis des ESVG 95 verringert sich damit im Durchschnitt um 1,5 Prozentpunkte. Da Statistik Austria zufolge eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der Berechnung laut ESA 2010 um rund 3,3% erwartet wird, ist der reduzierende Effekt der Neuberechnung auf die Außenwirtschaftsindikatoren – Leistungsbilanz und Exporte in % des BIP – entsprechend höher anzusetzen.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Die Neuberechnung der Zahlungsbilanz gemäß dem sechsten Zahlungsbilanzhandbuch des IWF sieht im Wesentlichen eine durchgehende Anwendung des Prinzips des Eigentumsübertritts vor. Der Informationsgehalt der Zahlungsbilanz als statistische Grundlage zur Messung internationaler Produktions- und Wertschöpfungsketten wird damit erhöht. Ebenfalls ist zu erwarten, dass

die Neukonzeptionierung zu einem Abbau der Asymmetriender Zahlungsbilanzstatistiken auf der globalen Ebene führt, d. h. zu einem vermehrten Ausgleich der weltweit erfassten Außenwirtschaftstransaktionen. Darüber hinaus wird eine weitgehende Harmonisierung mit dem Außenkonto der VGR hergestellt. Es ist jedoch gleichzeitig zu erwarten, dass sowohl aufgrund neuer Methodologien (z. B. Transithandel, Lohnveredelung) als auch unterschiedlicher Schätzverfahren (z. B. indirekt verrechnete Gebühren, Prämienzuschläge) ein Anstieg der Asymmetrien zwischen den Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder bzw. Wirtschafts- und Währungsräume sowie zwischen Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsstatistik zu beobachten sein wird.

Entsprechend den Vorgaben von EZB und Europäischer Kommission wird die OeNB die Zahlungsbilanz für Österreich zum ersten Mal für das erste Quartal 2014 im Juni 2014 nach den neuen Konzepten erstellen. National wird zu diesem Zeitpunkt noch die Zahlungsbilanz nach altem Konzept veröffentlicht. Im September wird dann eine harmonisierte Zeitreihe laut BPM 6 für die Jahre 2006 bis 2013 publiziert werden. Darüber hinaus sind in Teilschritten eine detaillierte Rückrechnung der Leistungsbilanz bis zum Jahr 1995 und eine Rückrechnung der Hauptkomponenten bis zum Jahre 1954 geplant. Erste Ergebnisse lassen rückwirkend eine moderate Verringerung des Leistungsbilanzsaldos sowie der Exportquote Österreichs erwarten.

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern

Nicolás Albacete,
Martin Schürz¹

In dieser Studie wird das umfangreiche Paradaten-Set des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) Austria 2010 beschrieben und seine Bedeutung für die Evaluierung von Non-Response-Fehlern analysiert. Auswertungen der Kontaktprotokolle der Interviewer zeigen, dass die Kontaktrate an den Wochenenden und außerhalb der Geschäftszeiten höher ist als sonst. Der Non-Response-Bias wird sowohl bei Vermögen und Einkommen als auch bei den Bundesländeranteilen geringer, je mehr Kontaktversuche für die Interviewer möglich waren. Trotz Oversampling in Wien ist der Anteil von befragten Wiener Haushalten nach unten verzerrt. Die Kontaktstrategie der Interviewer wird in der 2. Welle des HFCS verfeinert werden.

Als Paradaten werden jene Hilfsvariablen bezeichnet, die im Prozess einer Haushaltserhebung gleichsam nebenher entstehen und die die originäre Datenerhebung verbessern sollen. Sie unterscheiden sich sowohl von Metadaten, d. h. von Daten über Daten (Informationen über die Stichprobe, die Stichprobenziehung, die Labels von Variablen und Werten, nicht beantwortete Fragen etc.), als auch von Hilfsdaten, die vor der Datenerhebung bereits vorhanden sind oder sich auf Informationen außerhalb der Datenerhebung beziehen (z. B. der Anteil von Haushalten einer ethnischen Minderheit in einer bestimmten Region oder Mikrozensusinformationen). Hilfsdaten können sich im Verlauf der Datenerhebung nicht verändern. Paradaten sind definiert als „additional data that can be captured

during the process of producing a survey statistic [...] at all stages of the survey process and with very different granularities” (Kreuter, 2013).

Zu den Paradaten zählen z. B. die Interviewdauer, die Anzahl und die Zeitpunkte der Kontaktversuche oder auch die Zeitabstände zwischen den einzelnen Mausklicks der Interviewer. Mithilfe von Paradaten können Verzerrungen der Stichprobe ausgeglichen und auch nachfolgende Erhebungen verbessert werden.

Erhebungen zu den Finanzen privater Haushalte sind durchwegs mit weitreichenden Problemen, wie etwa der Teilnahmeverweigerung vermögender Personen, konfrontiert. Beim HFCS Austria 2010 wurde deshalb ein besonderes Augenmerk auf den Erhebungsprozess gelegt. Ein weiterer Grund für

Tabelle 1

Paradaten im Vergleich mit anderen Daten

Metadaten	Fragebogendaten	Paradaten	Hilfsdaten
Aggregierte Daten über Daten (z. B. Informationen über Sampling-Frame, Sampling-Methode, Labels der Variablen und der Werte, Item-Non-Response, Text der Frage)	Daten, die das eigentliche Ziel der Erhebung bilden (z. B. detaillierte Informationen zu Vermögen, Konsum und Ausgaben der Haushalte)	Zusätzliche Daten, die im Prozess der Datenerhebung auf verschiedenen Aggregationsebenen entstehen (z. B. Interviewdauer oder benötigte Zeit für die Beantwortung der Fragen, Kontaktdaten)	Daten, die vor oder außerhalb des Prozesses der Datenerhebung vorhanden sind und sich im Verlauf der Datenerhebung nicht ändern (z. B. Mikrozensus, administrative Daten)

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, nicolas.albacete@oenb.at, martin.schuerz@oenb.at.

diese detaillierte methodische Vorgangsweise lag darin, dass es in Österreich keine andere Datenquelle zu diesem Thema gibt. Im Vergleich mit den HFCS-Erhebungen in anderen Ländern des Euroraums wurde eine herausragende Qualität angestrebt.

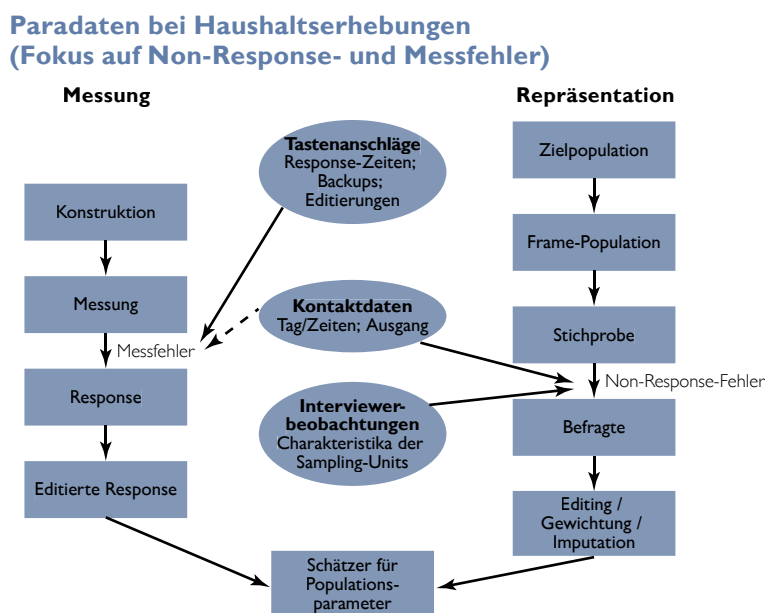
Wofür werden Paradaten verwendet?

Paradaten dienen einerseits dem Monitoring während der Datenerhebung und andererseits der Evaluierung im Anschluss (z. B. für Error-Modeling). Sie tragen dazu bei, Non-Response-Fehler und Messfehler zu evaluieren, aber auch sie zu vermeiden. Messfehler können z. B. anhand der Interviewlänge (Zeitstempel) und/oder anhand der Interviewerevaluierungen zum Verlauf des Interviews geprüft werden. Zweierlei könnte hierbei eine Rolle spielen: zum einen die Komplexität der Fragen (schwierigere Fragen, wie z. B. Betragsfragen in Euro, verlängern die Antwortzeiten) und zum anderen das kognitive Vermögen der Befragten. So

kann sich das Alter oder die Bildung in den Antwortzeiten niederschlagen. Möglicherweise wird zwar schnell (aber unaufmerksam) geantwortet oder nur langsam (weil überfordert). Auch Interviewereffekte können eine Rolle spielen (siehe Albacete und Schürz, 2013). Messfehler werden im 2. Teil der vorliegenden Studie gesondert behandelt und in der OeNB-Publikation STATISTIKEN Q2/14 erscheinen.

Non-Response-Fehler bei Haushaltserhebungen entstehen entweder durch die Nicht-Beantwortung einzelner Fragen (Item-Non-Response) oder durch die Nicht-Teilnahme am Interview (Unit-Non-Response). Erstere behandeln wir unter den oben beschriebenen Messfehlern. Letztere können z. B. anhand des Kontaktprotokolls und/oder anhand der Stichprobendesign-Variablen sowie der Interviewerbeobachtungen zum Gebäude und zur Umgebung geprüft werden. Paradaten erlauben auch eine vage Prognose der Response-Rate, die für die Erstellung der Survey-Gewichte verwendet wird.

Grafik 1



Quelle: Übersetzt und abgeändert aus Kreuter (2013).

Das Paradaten-Set der OeNB dient nur der internen Analyse und ist nicht frei zugänglich. Auch die anderen am HFCS teilnehmenden Zentralbanken veröffentlichen ihre Paradaten – sofern diese überhaupt erhoben wurden – nicht. Die einzigen im HFCS veröffentlichten Paradaten für alle Länder sind das Quartal und Jahr des Interviews (*sb1000*) und die Gebäudeart (*sc0100*).

Diese Vorgehensweise wird aus Vertraulichkeitsgründen gewählt, da Paradaten (insbesondere zum Wohnsitz) Rückschlüsse auf die Identität der Befragten zulassen könnten und dies unbedingt verhindert werden soll. Im Rahmen des European Social Survey (ESS), einer sozialwissenschaftlichen Umfrage, werden aber Informationen zur Kontaktstrategie freigegeben.

Evaluierung von Non-Response-Fehlern

Das Antwortverhalten beim HFCS unterschied sich innerhalb der teilnehmenden Länder beträchtlich. Die Response-Rate liegt zwischen 18,7% in Deutschland und 82,2% in Finnland².

Die *Eligibility-Rate* bezeichnet die Anzahl jener Haushalte, die der HFCS-Haushaltsdefinition entsprechen („eligible“ sind), dividiert durch die Anzahl aller Haushalte in der Stichprobe (siehe Albacete et al., 2012). Unter der *Response-Rate* wird die Anzahl der erfolgreich befragten Haushalte dividiert durch die Anzahl aller zulässigen („eligible“) Haushalte in der Stichprobe verstanden. Der restliche Anteil der aus verschiedenen Gründen nicht teilnehmenden Haushalte entspricht der *Non-Response-*

Rate. Die *Refusal-Rate* ist die Anzahl der Verweigerer dividiert durch die Anzahl aller zulässigen Haushalte in der Stichprobe. Die *Kooperationsrate* wird definiert als die Anzahl der befragten Haushalte dividiert durch die Anzahl der kontaktierten zulässigen Haushalte in der Stichprobe. Sie unterscheidet sich von der *Response-Rate* darin, dass in der *Kooperationsrate* die erfolglos kontaktierten Haushalte ausgeschlossen werden, da angenommen wird, dass die Interviewer in einem solchen Fall keinerlei Effekt auf die Teilnahme eines Haushalts haben. Die *Kontaktrate* ist die Anzahl der kontaktierten Haushalte (unabhängig davon, ob diese teilnehmen oder nicht) dividiert durch die Anzahl aller zulässigen Haushalte in der Stichprobe.

Tabelle 2

Ländervergleich des Antwortverhaltens im HFCS

	Bruttostichprobengröße	Nettostichprobengröße	Response-Rate	Gewichtete Response-Rate	Refusal-Rate	Kooperationsrate	Kontaktrate	Eligibility-Rate
	Anzahl der Haushalte		in %					
Belgien	11.376	2.364	21,8	x	57,6	27,2	80,1	95,4
Deutschland	20.501	3.565	18,7	x	69,7	21,1	94,2	92,9
Griechenland	6.354	2.971	47,2	48,7	46,4	47,8	98,7	99,1
Spanien	11.782	6.197	56,7 ¹	x	34,8	58,4	97,2	92,6
Frankreich	24.289	15.006	69,0	69,6	30,0	69,0	100,0	89,8
Italien	15.592	7.951	52,1 ¹	53,2	37,8	57,8	90,2	97,8
Zypern	3.938	1.237	31,4	32,4	56,6	35,7	88,0	100,0
Luxemburg	5.000	950	20,0	19,3	63,7	21,0	95,5	94,9
Malta	3.000	843	29,9	30,4	34,1	44,3	67,5	94,0
Niederlande	2.263	1.301	57,5 ¹	x	42,5	57,5	100,0	100,0
Österreich	4.436	2.380	55,7	56,4	39,6	56,7	98,1	96,3
Portugal	8.000	4.404	64,1	59,0	10,3	80,2	79,9	85,9
Slowenien	965	343	36,4	35,6	45,9	41,6	87,5	97,8
Slowakei	2.000	2.057	x	x	x	x	x	x
Finnland	13.525	10.989	82,2 ¹	85,0	11,1	86,2	95,4	98,7

Quelle: ECB (2013).

¹ Response-Rates für das ganze Sample: Besser vergleichbar sind die Response-Raten für jene Haushalte, die zum ersten Mal interviewt wurden, also 40,3% in Spanien, 35% in Italien und 70,1% in Finnland. Diese Statistik ist für die Niederlande nicht verfügbar.

Anmerkung: In Frankreich und Portugal ist die Teilnahme an der Erhebung verpflichtend.

² In Finnland ist die Response-Rate besonders hoch, weil die meisten Items für Vermögen, Schulden und Einkommen nicht von Interviewern erhoben wurden, sondern direkt über Registerdaten erfasst oder geschätzt wurden.

Eine hohe Non-Response-Rate bedeutet eine geringere Präzision bei der Schätzung von Standardfehlern und Konfidenzintervallen. Im deutschen Survey des HFCS (Private Haushalte und ihre Finanzen – PHF) betrug die Response-Rate weniger als 20%. Aber eine hohe Non-Response-Rate führt nicht automatisch zu Verzerrungen in der Stichprobe. Diese entstehen erst durch Selektionseffekte. In den USA beim Survey of Consumer Finances (SCF), der eine konzeptuelle Vorlage für den HFCS im Euroraum darstellte, ist die Response-Rate in der allgemeinen Stichprobe fast dreimal so hoch (30%) wie in der Spezialstichprobe für Vermögende (nur etwa 10%). Dies veranschaulicht die typische Problematik bei Vermögenserhebungen: Vermögende Haushalte nehmen seltener teil und daher untererfassen freiwillige Haushaltserhebungen das Vermögen und die Vermögensungleichheit.

Mögliche Unterschiede in den sozio-ökonomischen Charakteristika von Be-

fragten und Nichtteilnehmern geben Anlass zur Sorge hinsichtlich der Qualität einer Erhebung. Nehmen bestimmte Personen nicht an der Erhebung teil, dann liegen über deren Einkommen oder Vermögen auch keine Informationen vor. Daher kommen in Non-Response-Analysen verstärkt Paradaten zum Einsatz, die Annäherungen an die fehlenden Daten erlauben, da viele Paradaten für beide Gruppen vorliegen. Ohne solche Paradaten wäre z. B. eine Korrektur des Non-Response-Bias durch Survey-Gewichtung nicht möglich.

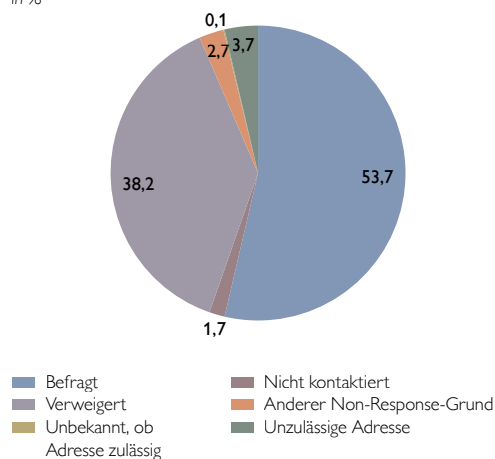
HFCS-Interviews wurden in Österreich fast nie abgebrochen, obwohl es sich beim Inhalt des Fragebogens um eine komplexe Materie handelt. Geling es, eine Beziehung zwischen Interviewern und Befragten aufzubauen, so hielt diese fast immer bis zum Ende des Interviews. Die Hürde für Interviewer besteht demnach darin, den Erstkontakt herzustellen.

Grafik 2

Non-Response im HFCS Austria 2010

Endgültiges Ergebnis der Kontaktversuche

in %



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Gründe für Non-Response

Gründe für Non-Response	Anteil (%)
Wenn kein Kontakt (80 Fälle)	
Kein Kontakt mit niemandem im Haushalt	93,8%
Unzugänglich	6,3%
Wenn Verweigerung (1.693 Fälle)	
Verweigerung vor Interview	99,3%
Verweigerung während des Interviews/ Abbruch	0,5%
Terminabsage, kein erneuter Kontakt	0,2%
Wenn anderer Non-Response-Grund (120 Fälle)	
Abwesend / im Krankenhaus während der Feldphase	0,8%
physisch oder geistig nicht imstande/geschäftsunfähig/krank	3,3%
Sprachbarriere	68,3%
Sonstiges	9,2%
Interview zwar absolviert, aber nach Durchsicht verworfen	18,3%
Wenn unzulässige Adresse (163 Fälle)	
Unzugänglich	0,6%
keine Wohnadresse / Firmenzweck	67,5%
frei / leer	1,8%
Adresse bewohnt, aber Zweitwohnsitz	2,5%
Sonstiger Grund	27,6%

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Adressen mit unbekannter Zulässigkeit wurden zufällig entweder als „unzulässig – unzugänglich“ oder als „kein Kontakt – unzugänglich“ zugeordnet (gemäß der Wahrscheinlichkeitsverteilung aller anderen Fälle).

Übersicht zu den Paradaten im HFCS Austria 2010

Im HFCS Austria 2010 gibt es eine Vielzahl von Paradaten. Für eine Auf-

listung siehe Tabelle 3 und den Anhang. Bei der Kontaktstrategie der Interviewer waren bis zu 5 Kontaktversuche zu verschiedenen Tageszeiten, jedenfalls

Tabelle 3

Paradaten im HFCS Austria 2010

Art der Paradaten	Details	Verfügbarkeit
Kontaktprotokolle	Anzahl der Kontaktversuche Art, Datum, Zeit und Ausgang jedes Kontaktversuchs	alle Haushalte alle Haushalte
Stichprobendesign-Variablen	NUTS-3-Region, Ortsgrößenklasse Zählsprengel	alle Haushalte alle Haushalte
Interviewerbeobachtungen	Zur äußeren Erscheinung des Gebäudes und zur Umgebung (Gebäudeart, Bauweise, Beschreibung der Wohnlage, Zustand des Gebäudes, Zustand im Vergleich zu anderen Gebäuden in der Nachbarschaft, Einschätzung der Wohnlage, Sicherheitsmaßnahmen)	alle Haushalte
	Zum Zustand im Innern der Wohnung	nur Befragte
	Zum Verlauf des Interviews mit dem Kompetenzträger (Misstrauen des Befragten, Verständnis der Fragen, Zuverlässigkeit der Angaben zu Einkommen und Vermögen, Fähigkeit Beträge in Euro anzugeben, Probleme beim Antworten, Ausdrucksfähigkeit, Interesse an der Befragung, andere anwesende Personen während der Befragung, Beitrag der anwesenden Personen, Rückgriff auf Unterlagen)	nur Befragte
	Aus der Vorbefragung (ob mehr als ein Haushalt unter der Adresse wohnt)	nur Befragte
Interviewerbefragung	Fragen zu den soziodemografischen Charakteristika (Geschlecht, Alter, Bundesland, Migrationshintergrund, Familienstand, Bildung, Bildung der Eltern), Fragen zu sozioökonomischen Charakteristika (Immobilienbesitz, Beschäftigungsstatus, Beruf, Erfahrung als Interviewer, Einkommen, Vermögen) und Einschätzungsfragen (Vermögen, Vertrauen, Big-Five-Persönlichkeitsmerkmale, Teilnahmebereitschaft bei der Erhebung)	alle Haushalte
Zeitstempel	Interviewlänge insgesamt	nur Befragte

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB (nicht zugänglicher Datensatz).

Tabelle 4

Strategien für erfolgreiche erste Kontaktversuche

	Kontakttrate in %
Unter der Woche	81,9
Wochenende	82,1
Persönlicher Besuch	79,3
Telefonischer Kontakt	95,1
Außerhalb der Geschäftszeiten	86,4
Innerhalb der Geschäftszeiten	79,8

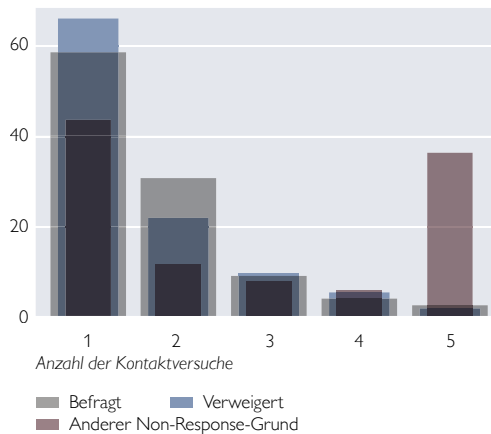
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

auch am Wochenende und außerhalb der üblichen Geschäftszeiten, vorgegeben. Die Stichprobenziehung wurde sehr feinmaschig konzipiert und wird auch in der 2. Welle (mit geringen Adaptionen) zum Einsatz kommen (siehe Albacete et al., 2012). Interviewer-Beobachtungen sind wichtig, da sie eine separate Informationsquelle darstellen. Die Interviewer-Befragung der Interviewer erlaubt zusätzlich eine tiefgehende Analyse möglicher Kommunikationsverzerrungen in der Befragung (siehe Albacete und Schürz, 2013).

Grafik 3

Verteilung der Anzahl der Kontaktversuche nach Ausgangsart

Anteil der Haushalte der jeweiligen Gruppe in %



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Andere Non-Response-Gründe sind: „kein Kontakt“, „abwesend/im Krankenhaus während der Feldphase“, „physisch oder geistig nicht imstande/geschäftsunfähig/krank“, „Sprachbarriere“, „Interview zwar absolviert, aber nach Durchsicht verworfen“, „Sonstiges“.

Es zeigt sich (Tabelle 4), dass es wichtig ist, den Erstkontakt für ein Interview telefonisch herzustellen, da

Erstkontakte mit persönlichem Besuch deutlich niedrigere Kontaktraten aufweisen. Die Zeitintervalle außerhalb der üblichen Geschäftszeiten (9:00 Uhr bis 17:00 Uhr) sind günstig für eine Kontaktabstimmung durch die Interviewer. Für die 2. Welle des HFCS Austria 2010 ist auf Basis dieser Erkenntnisse eine Optimierung des Kontaktzeitenplans beabsichtigt.

Mit einer Non-Response-Bias-Analyse lässt sich klären, ob die Teilnahmeverweigerungen ein spezifisches Muster haben. Die für eine Erreichung eines Interviews nötige Anzahl an Kontaktversuchen könnte auf verschiedene Faktoren bezogen sein.

Grafik 3 zeigt folgendes wichtige Ergebnis: Selbst nach 5 Kontaktversuchen gelingt es immer noch, Menschen zur Teilnahme an der Befragung zu bewegen. Der Großteil der Teilnahmeverweigerungen fällt allerdings mit fast zwei Drittel bereits beim ersten Kontaktversuch an. Dies spricht für noch zu geringe Anstrengungen seitens der Interviewer. Kennickell (1998) dokumentiert eine andere Verteilung: Bei Verweigerern werden mehr Kontaktversuche als bei Befragten gemacht, um sie (vergeblich) für ein Interview zu gewinnen.

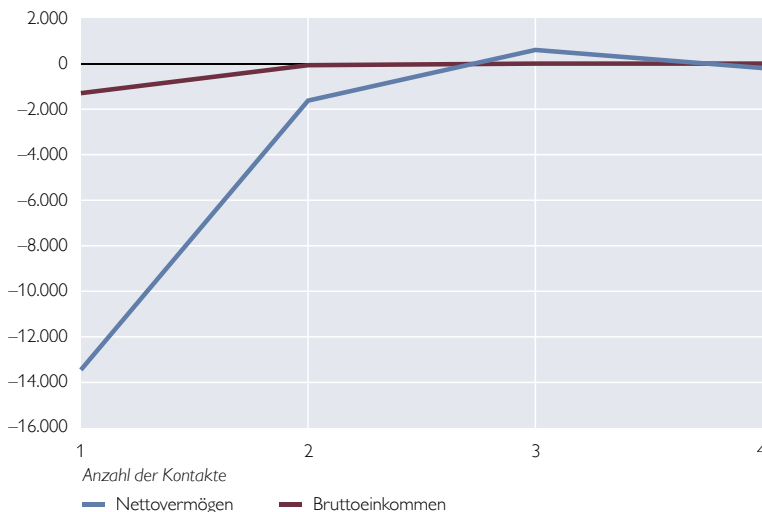
Wie wichtig eine gezielte Kontaktstrategie ist, zeigt Grafik 4. Der Median des Nettovermögens steigt um etwa 11.000 EUR an (dies sind immerhin über 15% des Medians), wenn nicht nach dem ersten Kontaktversuch aufgegeben wird. Der Non-Response-Bias verschiebt sich deutlich zwischen einem und zwei Kontakten. Danach sind nur noch geringe Änderungen zu beobachten.

Neben den Schätzern für Einkommen bzw. Vermögen wird auch der Schätzer für den Anteil der Haushalte in den verschiedenen Bundesländern von der Kontaktstrategie beeinflusst (Grafik 5). Je mehr Kontaktversuche

Grafik 4

Kumulierte Veränderung des Non-Response-Bias für den Median von Vermögen und Einkommen

Befragte minus gesamtes Nettosample (in Euro, non-response-gewichtet)



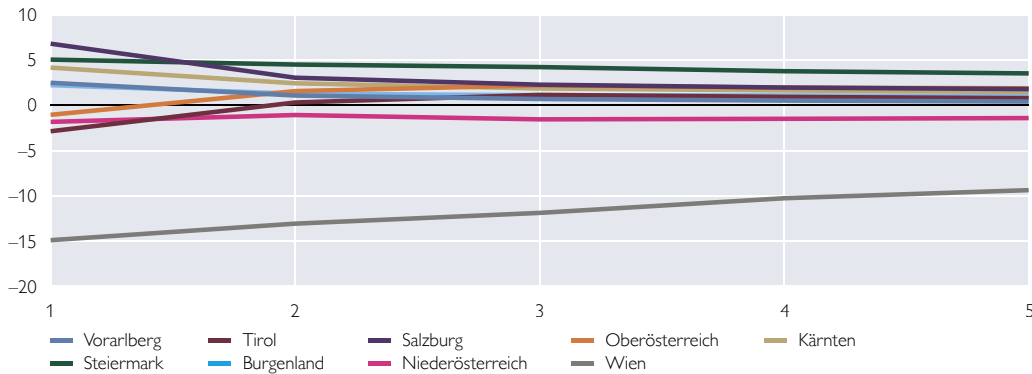
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Da mit Non-Response-Gewichten gewichtet wurde, ist bei Berücksichtigung aller (bis zu 5) Kontaktversuche der Non-Response-Bias gleich null (unter der Annahme, dass die Non-Response-Gewichte den Non-Response-Bias komplett eliminieren).

Grafik 5

Kumulierte Veränderung des Non-Response-Bias für Schätzer der Anteile der Haushalte in den Bundesländern

Befragte minus gesamtes Bruttosample (in Prozentpunkten, ungewichtet)



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

von den Interviewern unternommen werden, desto stärker konvergieren die ungewichteten Schätzer der Anteile der Haushalte in den Bundesländern gegen die Nulllinie (= kein Bias). Dennoch sind Wiener Haushalte im HFCS Austria 2010 wegen einer hohen Non-Response-Rate um 10 Prozentpunkte untererfasst. Dieser Befund gilt trotz

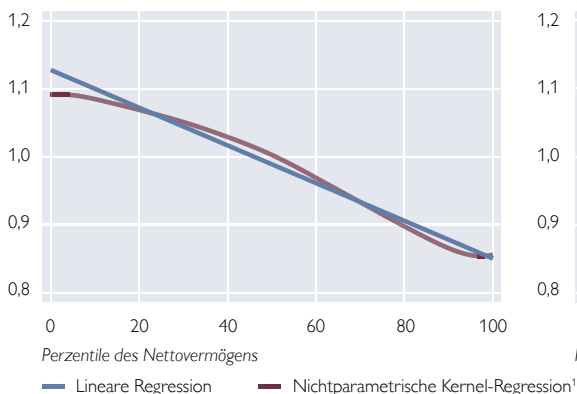
des in der ersten Welle des HFCS durchgeführten Oversampling von Wiener Haushalten (bei dem von einer Response-Rate von 50 % statt 65 % im übrigen Österreich ausgegangen wurde, siehe Albacete et al., 2012). Dieser Bias wurde zwar später durch die Gewichtung korrigiert, aber ein noch stärkeres Oversampling von Wiener Haushalten

Grafik 6

Korrelation zwischen der Einschätzung der Bauweise des Gebäudes und dem Vermögen bzw. Einkommen

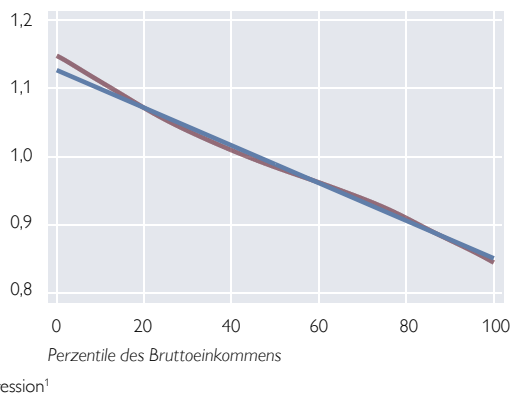
Gebäude-Rating (interviewerbereinigt) und Nettovermögen

Standardisiertes Gebäude-Rating



Gebäude-Rating (interviewerbereinigt) und Bruttoeinkommen

Standardisiertes Gebäude-Rating



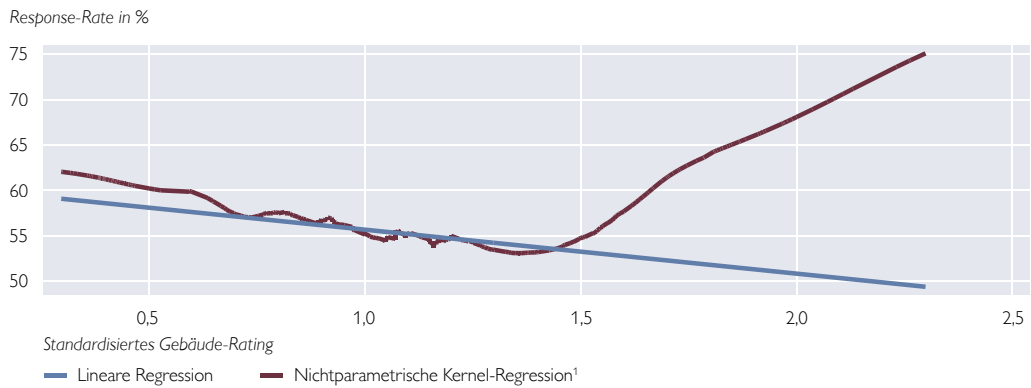
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Rating <1: überdurchschnittlich gut; Rating=1: durchschnittlich gut; Rating>1: unterdurchschnittlich gut.

¹ Es wird für jeden Datenpunkt eine separate gewichtete Regression geschätzt, wo der jeweilige Datenpunkt das höchste Gewicht bekommt und die weiter entfernten Datenpunkte niedrigere Gewichte.

Grafik 7

Korrelation zwischen der Einschätzung der Bauweise des Gebäudes und der Response-Rate



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Anmerkung: Rating <1: überdurchschnittlich gut; Rating=1: durchschnittlich gut; Rating>1: unterdurchschnittlich gut.

¹ Es wird für jeden Datenpunkt eine separate gewichtete Regression geschätzt, wo der jeweilige Datenpunkt das höchste Gewicht bekommt und die weiter entfernten Datenpunkte niedrigere Gewichte.

Tabelle 5

Paradaten zu Wohneinheit und Nachbarschaft

Gebäudeart	in %	
	Kontaktrate	Kooperationsrate
Freistehendes Einfamilienhaus	98,8	58,1
Reihen- oder Doppelhaus	99,1	63,5
Wohnblock/Wohnhochhaus	97,4	55,0
Sonstiger Gebäudetyp	100,0	30,6
Lage		
Stadtzentrum	98,8	41,1
Zwischen Stadtzentrum und Vororten	98,6	66,9
Vororte und Stadtrandlage	96,1	54,7
Ländliche Gegend	98,9	62,7

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

wird in der Stichprobenziehung der 2. Welle des HFCS Austria nötig sein.

Die um Interviewereffekte bereinigte Einschätzung der Bauweise korreliert sowohl mit Vermögen und Einkommen der Befragten (Grafik 6) als auch mit der Response-Rate (Grafik 7): je höher (= schlechter) das Rating der Bauweise, desto niedriger die Response-Rate. Wird die Immobilie als besonders schlecht eingeschätzt, dann steigt die Response-Rate wieder sehr stark an. Vermögensarme sind grundsätzlich eher bereit Auskunft

über ihre Vermögensverhältnisse zu geben. Zu beachten ist aber, dass hinsichtlich des Vermögens Proxies (wie z. B. die Einschätzung der Bauweise) Probleme aufweisen, da es bei Non-Response-Fällen schwer ist, eine Einschätzung der Immobilieneigentumsverhältnisse zu treffen. Während bei den Teilnehmern an der Erhebung aus den Ergebnissen der Befragung bekannt ist, wie vermögend der Haushalt ist, ist dies bei den Non-Response-Fällen anders. Und selbst wenn die Immobilie eines Non-Response-Falls

– ob ihrer Lage oder Bauweise – als exklusiv eingestuft wird, kann es sich um einen einkommensschwachen Mieterhaushalt in einer Erdgeschosswohnung handeln oder etwa um einen Haushalt mit nur einer Teileigentümerschaft. Auch eine möglicherweise nur geringe Wohnfläche ist von Interviewern bei Non-Response-Fällen nicht zu beobachten.

Neben den Ratings liefern auch die Interviewerbeobachtungen zu Wohneinheit und Nachbarschaft ein klares Muster des Response-Verhaltens der Haushalte. In Regionen mit hoher Einwohnerdichte sinkt tendenziell die Kooperationsrate. Zugangsbeschränkungen wie bei Mehrfamilienhäusern üblich, vermindern ebenfalls die Kooperations- und Kontaktrate.

Schlussfolgerungen

Paradaten werden in Zukunft als Informationsquellen an Bedeutung gewinnen, da die Bereitschaft, an freiwilligen Erhebungen teilzunehmen, tendenziell sinkt.

Der HFCS Austria 2010 enthält eine Fülle von Paradaten, die sich als besonders wertvoll für die Vorbereitung der 2. Welle des HFCS 2014/2015 erweisen. In der vorliegenden Studie wurde ihre Bedeutung für die Evaluierung von Non-Response-Fehlern analysiert. Ohne Paradaten, die auch Informationen zu den Verweigerern (und nicht nur zu den Befragten) liefern, ist eine Korrektur des Non-Response-Bias nicht möglich. Drei zentrale Schlussfolgerungen sind für die zukünftige Arbeit am HFCS zu ziehen: Erstens ist ein höheres Oversampling von Wiener Haushalten für die 2. Welle des HFCS Austria vorgesehen, zweitens muss an der Optimierung der Proxies für Vermögen und Einkommen weitergearbeitet werden und drittens muss den Verweigerungen vorab mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Kontaktstrategie wird in der 2. Welle des HFCS verfeinert werden.

Literaturverzeichnis

- Albacete, N., P. Lindner, K. Wagner und S. Zottel. 2012.** Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodische Grundlagen für Österreich. Addendum zu Geldpolitik und Wirtschaft Q3/12.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2013.** Interviewereffekte beim HFCS Austria 2010. Statistiken, Daten & Analysen Q3/13. OeNB. 57–68.
- ECB. 2013.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Methodological Report for the first wave. In: Statistics Paper Series 1 (April).
- Kennickell, A. 1998.** Analysis of nonresponse effects in the 1995 survey of consumer finances. Paper prepared for the 1997 Joint Statistical Meetings. Anaheim CA.
- Kreuter, F. 2013.** Improving Surveys with Paradata: Introduction. In: Kreuter, F. Improving Surveys with Paradata: Analytic Uses of Process Information. Wiley. 1–9.
- Kreuter, F. und C. Casas-Cordero. 2010.** Paradata German Council for Social and Economic Data (RatSWD). Working Paper 136.
- Kreuter, F. und K. Olson. 2013.** Paradata for nonresponse error investigation. In: Kreuter, F. Improving Surveys with Paradata: Analytic Uses of Process Information. Wiley. 3–32.
- Nicolaas, G. 2011.** Survey Paradata: a review. In: ESRC National Centre for Research Methods Review Paper NCMR/017.
- Stoop, I., Matsuo, H., Koch, A. und J. Billiet. 2010.** Paradata in the European Social Survey: studying nonresponse and adjusting for the bias In: Section on Survey Research Methods JSM 2010.
- Yan, T. und K. Olson. 2013.** Analyzing Paradata to investigate measurement error. In: Kreuter, F. Improving Surveys with Paradata: Analytic Uses of Process Information. Wiley. 63–88.

Anhang

Kontaktversuche der Interviewer

PI SB0900 ANZAHL DER KONTAKTVERSUCHE

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 2-stellig		
------------------------------	--	--

PF SB060\$*x* ART DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

1 – Persönlicher Besuch 2 – Telefonischer Kontakt 3 – Persönlicher Besuch aber Kontakt nur über Gegensprechanlage 4 – Sonstiger (bitte angeben)		
---	--	--

PA SB010\$*x* JAHR DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 4-stellig		
------------------------------	--	--

PB SB020\$*x* TAG DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 2-stellig (zwischen 1 und 31)		
---	--	--

PC SB030\$*x* MONAT DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 2-stellig (zwischen 1 und 12)		
---	--	--

PD SB040\$*x* STUNDE DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 2-stellig (zwischen 1 und 24)		
---	--	--

PE SB050\$x MINUTE DES KONTAKTVERSUCHS

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

Numerische Angabe, 2-stellig (zwischen 1 und 60)		
---	--	--

PG SB070\$x AUSGANG DES KONTAKTVERSUCHS I

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

1 – Vollständiges Interview 2 – Fragebogen teilweise bearbeitet 3 – Kontakt mit Haushaltsmitglied 4 – Kontakt mit Person im Gebäude, aber unklar ob Haushaltsmitglied 5 – Kontakt mit Person im Gebäude, aber nicht Haushaltsmitglied 6 – Kein Kontakt mit Person im Gebäude (aber Interviewer persönlich vor Ort) 7 – Wohnung konnte nicht erreicht werden, weil Gebäude nicht betreten werden konnte 8 – Adresse ungültig 9 – Sonstiger (bitte angeben)		
---	--	--

PH SB080\$x AUSGANG DES KONTAKTVERSUCHS II

Alle Haushalte der Bruttostichprobe

1 – Haushalt über die Erhebung informiert 2 – Teilnahme verweigert 3 – Teilnahme durch den Kompetenzträger verweigert (aber die Auswahl des Kompetenzträgers getroffen) 4 – Kompetenzträger nicht verfügbar bis ... (bitte Datum angeben) (Auswahl des Kompetenzträgers getroffen) 5 – Termin vereinbart 6 – Verständigung aufgrund der Sprache unmöglich 7 – Sonstiger (bitte angeben)		Nur stellen wenn (PG=3) oder (PG=4) oder (PG=5)
---	--	--

Beobachtungen der Interviewer zur äußeren Erscheinung des Gebäudes und zur Umgebung**P1 ASC0100** GEBÄUDECHARAKTERISTIK DES ZIEL-HH

Gebäudeart des Ziel-HH

1 – Freistehendes Einfamilienhaus 2 – Reihen- oder Doppelhaus 3 – Wohnblock / Wohnhochhaus 4 – Sonstiger Gebäudetyp (bitte angeben)		
--	--	--

P2 SC0200 BAUWEISE

Beschreiben Sie die Bauweise des Gebäudes.

1 – <i>Exklusiv</i> 2 – <i>Sehr gut</i> 3 – <i>Mittelmäßig</i> 4 – <i>Einfach</i> 5 – <i>Sehr einfach</i>		
---	--	--

P3 SC0300 LAGE

Beschreiben Sie die Lage des Gebäudes.

1 – <i>Stadtzentrum</i> 2 – <i>Lage zwischen Stadtzentrum und Vororten</i> 3 – <i>Vororte und Stadtrandlage</i> 4 – <i>Ländliche Gegend</i>		
--	--	--

P4 SC0400 ZUSTAND (AUSSEN)

Beschreiben Sie den Zustand des Gebäudes.

1 – <i>Sauber und gepflegt</i> 2 – <i>Einige kleinere Risse in der Fassade und vereinzelt abbröckelnde Farbe</i> 3 – <i>Stark renovierungsbedürftig</i> 4 – <i>Baufällig</i>		
---	--	--

P5 SC0500 ZUSTAND IM VERGLEICH ZU ANDEREN GEBÄUDEN IN DER NACHBARSCHAFT (AUSSEN)

Beschreiben Sie den Zustand des Gebäudes im Vergleich zur Nachbarschaft.

1 – <i>Das Gebäude ist in einem schlechteren Zustand als die umliegenden Gebäude</i> 2 – <i>Die umliegenden Gebäude und das Gebäude hier sind in gleich gutem Zustand</i> 3 – <i>Das Gebäude ist in einem besseren Zustand als die umliegenden Gebäude</i> 4 – <i>Keine anderen Gebäude in der Nähe</i>		
--	--	--

P7 SC0600 WOHNLAG

Einschätzung der Wohnlage

1 – <i>Sehr gut</i> 2 – <i>Gut</i> 3 – <i>Mittelmäßig</i> 4 – <i>Eher nicht so Gut</i> 5 – <i>Eher Schlecht</i> 6 – <i>Sehr Schlecht</i>		
---	--	--

P7A ASC0700a–h ALARMANLAGE UND ANDERE SICHERHEITSMASSNAHMEN

Durch welche Maßnahmen wird das Gebäude gesichert?

Interviewer: Mehrfachantwort zulässig.

<p>1 – genannt 2 – nicht genannt</p> <p>Satz von 8 Variablen a – Portier b – Wachpersonal c – Zugangskontrolle zur Lobby d – Gegensprechanlage e – Alarmanlage f – Sonstiges (bitte angeben)</p> <p>g – Gar Nicht h – Weiß nicht</p>		
--	--	--

Beobachtungen der Interviewer zum Zustand im Innern der Wohnung

P8 HR0200 WOHNUNG – ZUSTAND INNEN

Beschreiben Sie den Zustand im Innern der Wohnung

<p>1 – Ausgezeichnet bis sehr gut. In den Decken befinden sich keine Risse, Anstrich der Wände in sehr gutem bzw. verhältnismäßig gutem Zustand.</p> <p>2 – Gut. Ein neuer Anstrich und kleinere Renovierungsarbeiten wären angebracht.</p> <p>3 – Mittelmäßig. Es sind umfangreichere Arbeiten im Inneren der Wohnung notwendig. (Löcher oder Risse müssen ausgebessert werden, zerbrochene Fensterscheiben usw.)</p> <p>4 – Schlecht. Einige Wände und Decken müssten ausgetauscht werden</p> <p>–3 Interviewer hat die Wohnung nicht von innen gesehen</p>		<p>Bei erfolgreichem Interview</p>
---	--	------------------------------------

Beobachtungen der Interviewer zum Verlauf des Interviews mit dem Kompetenzträger

P9 HR0100 SPRACHE DER BEFRAGUNG

In welcher Sprache wurde das Interview geführt?

<p>1 – Deutsch 2 – Andere (bitte angeben)</p>		<p>Bei erfolgreichem Interview</p>
---	--	------------------------------------

**P10 HR0300 BEFRAGTE PERSON – VOR DER BEFRAGUNG
MISSTRAUISCH**

War die befragte Person vor Beginn der Befragung misstrauisch gegenüber der Umfrage?

1 – Nein, überhaupt nicht 2 – Ja, zumindest teilweise 3 – Ja, sehr stark		Bei erfolgreichem Interview
--	--	-----------------------------

**P11 HR0400 BEFRAGTE PERSON – NACH DER BEFRAGUNG
MISSTRAUISCH**

War die befragte Person nach Abschluss der Befragung misstrauisch gegenüber der Umfrage?

1 – Überhaupt nicht 2 – Ja, zumindest teilweise 3 – Ja, sehr stark		Bei erfolgreichem Interview
--	--	-----------------------------

P12 HR0500 BEFRAGTE PERSON – VERSTÄNDNIS DER FRAGEN

Wie würden Sie das Verständnis der Fragen durch die befragte Person einschätzen?

1 – Ausgezeichnet 2 – Gut 3 – Mittelmäßig 4 – Schlecht		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

**P13 HR0600 BEFRAGTE PERSON – ZUVERLÄSSIGKEIT DER
ANGABEN ZU EINKOMMEN UND VERMÖGEN**

Als wie zuverlässig würden Sie die Angaben der befragten Person zu Einkommen und Vermögen einschätzen?

1 – Sehr zuverlässig 2 – Einigermaßen zuverlässig 3 – Unzuverlässig / fehlerhaft		Bei erfolgreichem Interview
--	--	-----------------------------

**P14 HR0700 BEFRAGTE PERSON – FÄHIGKEIT, BETRÄGE IN €
ANZUGEBEN**

Wie gut war der Befragte Ihrer Einschätzung nach in der Lage, Beträge in Euro anzugeben? Gemeint ist ob der Befragte direkt Euro-Beträge angegeben hat oder viele Angaben in Schilling oder anderen Währungen machte.

1 – Sehr gut 2 – Gut 3 – Einigermaßen 4 – Nur sehr schlecht		Bei erfolgreichem Interview
--	--	-----------------------------

P15 HR0800 BEFRAGTE PERSON – PROBLEME BEIM ANTWORTEN

Wie leicht fiel es der befragten Person Ihrer Einschätzung nach insgesamt, auf die Fragen zu antworten?

1 – Sehr leicht 2 – Relativ leicht 3 – Teils, teils 4 – Nicht so leicht 5 – Überhaupt nicht leicht		Bei erfolgreichem Interview
--	--	-----------------------------

P16 HR0900 BEFRAGTE PERSON – AUSDRUCKSFÄHIGKEIT

Wie würden Sie die Ausdrucksfähigkeit der befragten Person einschätzen?

1 – Ausgezeichnet 2 – Gut 3 – Mittelmäßig 4 – Schlecht		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

P17 HR1000 BEFRAGTE PERSON – INTERESSE AN DER BEFRAGUNG

Wie groß war das Interesse der befragten Person an der Befragung insgesamt?

1 – Sehr groß 2 – Überdurchschnittlich 3 – Durchschnittlich 4 – Unterdurchschnittlich 5 – Sehr gering		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

P18 HR1100a–f WEITERE BEI DER BEFRAGUNG ANWESENDE PERSONEN

Waren während der Befragung weitere Personen anwesend?

Interviewer: Mehrfachantwort zulässig.

1 – Ja, diese Personen waren während des Interviews anwesend 2 – Nein, diese Personen waren während des Interviews nicht anwesend Satz von 6 Variablen a – Kinder unter sechs Jahre b – Kinder im Alter von sechs Jahren und älter c – Ehepartner/Lebensgefährte d – Sonstige Verwandte oder Freunde e – Erwachsene, die im Haushalt arbeiten f – Keine		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

P19 HR1200 FOLGENDE PERSONEN TRUGEN INFORMATIONEN ZUR BEFRAGUNG BEI

Wie viele Personen haben aktiv an der Befragung teilgenommen?

1 – Nur der RP 2 – RP und Ehepartner / Lebensgefährte der RP 3 – RP und sonstiges Haushaltsmitglied/sonstige Haushaltsmitglieder (außer der RP / Lebensgefährte der RP) 4 – RP und erwachsene Person, die über die Finanzen des Haushalts informiert ist, aber nicht zum Haushalt gehört		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

P20 HR1300 BEFRAGTE PERSON – RÜCKGRIFF AUF UNTERLAGEN

Verwendete(n) die befragte(n) Person(en) zur Beantwortung der Fragen Unterlagen?

1 – Ja, häufig 2 – Ja, manchmal 3 – Ja, selten 4 – Nein, nie		Bei erfolgreichem Interview
---	--	-----------------------------

P21 HR1400a–v VON DER BEFRAGTEN PERSON VERWENDETE UNTERLAGEN

Welche Unterlagen wurden von der befragten Person / den befragten Personen herangezogen?

Interviewer: Mehrfachantwort zulässig. Bitte alle zutreffenden Antworten ankreuzen.

1 – Ja, diese Unterlagen wurden während der Befragung verwendet 2 – Nein, die befragte Person / die befragten Personen verwendete keine solchen Unterlagen Satz von 23 Variablen a – Unterlagen zur Altersvorsorge b – Kontoauszüge c – Unterlagen zu Investitionen und Geschäftsunterlagen / Maklererklärungen d – Unterlagen zu Krediten e – Kreditkarten / Kreditkartenabrechnungen f – Scheckhefte g – Unterlagen zum Einkommen, zur Beschäftigung, Gehaltsabrechnungen h – Computer / PC / Laptop i – Handschriftliche Notizen j – Unterlagen von Krankenversicherungen oder Lebensversicherungen		Bei erfolgreichem Interview; PROGR: nur wenn P20<4
--	--	---

<p><i>k – Steuerformulare / Steuerbescheide</i></p> <p><i>l – Assistent / Buchhalter / Finanzberater zu Rate gezogen</i></p> <p><i>m – Beleg über Mietzahlungen / Mietvertrag</i></p> <p><i>n – Unterlagen zu Immobilien</i></p> <p><i>o – Zahlungsbelege und Abrechnungen über die Sozialversicherung</i></p> <p><i>p – Personalakten, Arbeitszeugnisse, Schreiben von Gewerkschaften</i></p> <p><i>q – Unterlagen zu Erbschaften</i></p> <p><i>r – Rechnungen</i></p> <p><i>s – Schreiben von öffentlichen Einrichtungen</i></p> <p><i>t – Sonstige persönliche Unterlagen</i></p> <p><i>u – Sonstige Unterlagen (bitte als Textantwort näher erläutern)</i></p> <p><i>v – Unterlagen unbekannter Art</i></p>		<p><i>Bei erfolgreichem Interview;</i></p> <p><i>PROGR: nur wenn P20<4</i></p>
---	--	---

DATEN

Redaktionsschluss: 22. Jänner 2014

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website (www.oenb.at) unter „Statistik und Meldeservice/Statistische Daten“ abgerufen werden:

Statistische Daten: www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/datenangebot.jsp

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	101
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	102
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	103
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	104
5 Konsolidierte Eigenmittel gemäß § 22 und § 23 BWG des gesamten österreichischen Bankensektors	105
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	106
7 Großkredite – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	107
8 Großkredite – Kreditinstitute insgesamt	108
9 Sonstige Finanzintermediäre	109
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	110
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	111
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	112
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	113
14 Direktinvestitionen	114

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2010	2011	2012	Juli 13	Aug. 13	Sep. 13	Okt. 13	Nov. 13
	<i>in Mio EUR</i>							
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	250.956	259.991	267.546	271.351	274.302	268.594	273.014	273.397
1. Einlagen aus Repo Geschäften ¹	90	312	74	481	451	408	603	209
2. Begebene Geldmarktfondsanteile	2.231	1.190	399	306	315	259	262	197
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren	6.726	4.967	5.145	4.715	4.779	4.576	4.688	4.971
M2 (M1 + 4. + 5.)	241.909	253.522	261.928	265.849	268.757	263.351	267.461	268.020
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	126.567	134.448	125.144	122.155	121.744	119.962	118.999	118.184
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	33	29	34	610	640	614	415	438
M1 (6.)	115.309	119.045	136.750	143.084	146.373	142.775	148.047	149.398
6. Täglich fällige Einlagen	115.309	119.045	136.750	143.084	146.373	142.775	148.047	149.398
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	59.500	58.618	58.459	58.512	58.611	58.451	58.395	57.794
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	0	0	0	0	0	0
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren Kapital und Rücklagen	157.868	155.828	146.602	141.725	141.506	139.070	140.403	142.506
	90.236	91.712	105.704	103.207	99.646	101.014	100.804	100.442
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum								
Öffentliche Haushalte	71.232	72.935	75.991	78.750	78.663	79.255	80.339	79.782
Sonstige Nicht-MFIs	404.534	416.207	420.063	417.648	416.426	418.157	416.861	417.068
Buchkredite	335.728	343.603	345.189	342.170	341.438	342.678	341.339	341.496
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	78.616	67.969	90.152	88.220	88.845	85.602	84.506	87.861

Quelle: OeNB.

¹ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums

Periodenendstand	2010	2011	2012	Mai 13	Juni 13	Juli 13	Aug. 13	Sep. 13	Okt. 13	Nov. 13
	<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum										
Nichtbanken Finanzintermediäre	35.414	34.077	34.845	34.821	34.107	34.177	33.496	32.721	32.882	32.741
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	208	192	186	185	254	174	180	187	152	192
Nichtfinanzielle Unternehmen	159.164	165.309	165.646	165.479	164.894	164.648	164.629	165.351	164.611	164.917
Private Haushalte	140.942	144.025	144.511	142.325	143.020	143.170	143.133	144.418	143.695	143.647
Ausleihungen für Konsumzwecke	24.533	23.575	22.739	22.478	22.672	22.635	22.343	22.835	22.080	21.785
Ausleihungen für Wohnbau	80.008	83.960	86.180	85.045	85.450	85.781	85.951	86.580	87.007	87.248
Sonstige Ausleihungen	36.400	36.491	35.594	34.800	34.898	34.755	34.840	35.002	34.609	34.613
Öffentliche Haushalte	28.242	30.865	29.676	29.209	28.687	28.125	28.057	27.589	29.352	28.981
Ausleihungen außerhalb des Euroraums										
Banken	60.919	62.388	56.875	58.863	53.881	55.685	57.600	52.705	53.298	56.149
Nichtbanken	60.100	63.204	61.226	64.695	63.644	63.579	63.241	63.138	62.718	62.986
Öffentliche Haushalte	5.459	5.092	4.536	4.263	4.173	3.662	3.680	3.669	3.596	3.650

Quelle: OeNB.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2011	2012	Mai 13	Juni 13	Juli 13	Aug. 13	Sep. 13	Okt. 13	Nov. 13
Einlagenzinssätze									
von privaten Haushalten²									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	1,65	1,25	0,72	0,68	0,66	0,62	0,67	0,73	0,68
1 bis 2 Jahre	2,15	1,69	0,89	0,84	0,90	0,90	0,95	0,99	0,98
über 2 Jahre	2,49	2,16	1,48	1,51	1,54	1,46	1,45	1,47	1,49
von nichtfinanziellen Unternehmen									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	1,43	0,81	0,39	0,41	0,40	0,36	0,41	0,39	0,40
Kreditzinssätze¹									
an private Haushalte²									
für Konsum									
Effektivzinssatz ³	5,00	4,77	4,70	4,72	4,85	4,90	4,88	4,87	4,85
Wohnbau	2,86	2,71	2,39	2,43	2,32	2,41	2,49	2,33	2,35
Effektivzinssatz ³	3,40	3,21	2,82	2,84	2,80	2,87	2,89	2,79	2,82
für sonstige Zwecke									
freie Berufe	3,12	2,64	2,42	2,48	2,55	2,46	2,51	2,49	2,54
freie Berufe	3,30	2,91	2,70	2,74	2,75	2,67	2,75	2,69	2,82
an nichtfinanzielle Unternehmen									
Kredite bis 1 Mio EUR									
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,92	2,46	2,30	2,34	2,34	2,26	2,27	2,27	2,18
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,61	1,99	1,94	2,03	2,00	1,95	2,00	2,00	1,96
Kredite über 1 Mio EUR									
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	3,23	2,86	2,67	2,58	2,60	2,63	2,57	2,48	2,38
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,55	1,98	1,71	1,76	1,81	1,77	1,71	1,74	1,73
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,29	1,65	1,48	1,45	1,53	1,47	1,43	1,41	1,41
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	3,11	2,76	2,42	2,40	2,25	2,57	2,45	2,34	2,49

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

³ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	2010	2011	2012	Q3 10	Q3 11	Q3 12	Q3 13
<i>in Mio EUR</i>							
Barreserve	23.443	33.254	38.789	19.604	24.086	37.508	29.828
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	797.040	814.638	813.023	811.298	813.840	825.992	792.499
Schuldverschreibungen, Aktien, Schuldtitel (Handelsergebnis)	179.500	197.657	193.404	211.013	204.889	196.948	184.417
Finanzderivate inklusive solche für Sicherungsmaßnahmen mit positiven Marktwert	24.330	39.317	42.090	32.792	40.343	42.614	28.238
Anteil an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen (Finanzergebnis)	17.953	19.790	20.831	19.149	19.784	21.092	20.554
Sachanlagen und langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen nach IFRS 5	16.554	23.539	19.229	16.037	23.726	14.532	17.895
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.575	8.308	7.399	10.795	8.301	8.162	6.983
Sonstige Aktivposten	28.566	29.810	28.829	29.275	29.414	30.074	28.622
Aktiva insgesamt	1.130.854	1.166.313	1.163.595	1.149.962	1.164.384	1.176.922	1.109.036
Einlagen von Zentralbanken	9.531	10.692	15.367	8.784	5.229	16.056	10.065
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	206.610	207.511	199.901	225.055	208.509	208.463	179.451
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	498.051	518.779	537.859	490.432	515.256	540.532	535.779
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	234.842	230.724	212.975	238.643	235.320	217.629	196.345
Finanzderivate inklusive solche für Sicherungsmaßnahmen mit negativen Marktwert	28.384	36.721	37.159	29.371	36.831	37.651	27.088
Shortpositionen des Handelsbestands	605	1.249	1.093	667	1.132	988	1.120
Finanzielle Verbindlichkeiten aus Vermögensübertragungen	5.395	9.509	5.446	5.721	10.812	6.354	7.608
Nachrangige Verbindlichkeiten	25.901	25.542	24.190	27.591	25.165	21.276	22.210
Jederzeit rückzahlbares Grundkapital (z. B. Genossenschaftsanteile)	103	103	0	103	101	97	0
Verbindlichkeiten in Veräußerungsgruppen, die zur Veräußerung gehalten werden (IFRS 5)	1.313	8.796	3.845	1.241	8.819	20	3.190
Sonstige Passiva	26.593	25.667	26.464	29.206	25.698	28.667	27.612
Fonds für allgemeine Bankrisiken	451	396	376	447	410	376	379
Rückstellungen	11.382	11.330	12.859	11.198	11.314	11.598	13.261
Eigenkapital und Fremdanteile	81.693	79.294	86.060	81.503	79.788	87.215	84.928
Passiva insgesamt	1.130.854	1.166.313	1.163.595	1.149.962	1.164.384	1.176.922	1.109.036

Quelle: OeNB.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel gemäß § 22 und § 23 BWG des gesamten österreichischen Bankensektors

	2010	2011	2012	Q3 12	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13
	<i>in Mio EUR</i>							
Eigenmittel insgesamt	86.206	88.071	88.204	85.471	88.204	91.435	89.351	88.758
Kernkapital (Tier 1)	67.212	68.822	69.828	68.661	69.828	72.476	71.332	70.486
Eingezahltes Kapital / Kapitalrücklage	31.146	30.759	33.018	30.608	33.018	33.054	33.766	33.718
Anrechenbare Rücklagen	36.335	38.359	37.169	38.396	37.169	42.129	40.171	39.343
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.106	1.054	1.214	1.218	1.214	1.211	1.221	1.209
Sonstige Kernkapitalbestandteile	499	576	541	542	541	548	548	545
<i>abzüglich: Abzugsposten (Kernkapital)</i>	1.874	1.926	2.114	2.103	2.114	4.465	4.374	4.329
Ergänzende Eigenmittel (Tier 2)	22.816	22.163	21.483	19.986	21.483	21.982	20.959	21.028
Anrechenbare Eigenmittel insgesamt (nach Abzugsposten)	86.179	87.778	88.312	85.526	88.312	90.413	88.388	87.826
Tier 3	889	1.143	997	981	997	1.025	966	936
Gesamte Abzugsposten¹	4.711	4.057	4.104	4.157	4.104	4.048	3.907	3.691
Eigenmittelerfordernis insgesamt	52.265	51.969	49.754	50.750	49.754	49.657	48.145	47.314
Eigenmittelerfordernis für Kreditrisiko	46.222	45.560	44.060	44.757	44.060	43.938	42.485	41.772
Abwicklungsrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigenmittelerfordernis für Marktrisiko	1.650	1.802	1.111	1.353	1.111	1.157	1.159	1.094
Eigenmittelerfordernis für operationelles Risiko	4.262	4.402	4.522	4.575	4.522	4.511	4.416	4.341
Eigenmittelerfordernis Diverse und Floor ¹	104	183	36	38	36	25	59	81
	<i>in %</i>							
Tier-1-Ratio	10,0	10,3	11,0	10,6	11,0	11,4	11,5	11,6
Solvency Ratio	13,2	13,6	14,2	13,5	14,2	14,7	14,9	15,0
	<i>Anzahl</i>							
Anzahl der Banken	710	698	626	630	626	626	622	618

Quelle: OeNB.

¹ Mindesteigenmitteluntergrenze aus dem Umstieg auf Basel III (Floor) gemäß § 103e Z 6 BWG (Eigenmittelerfordernis Diverse und Umstieg auf Basel III).

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	2010	2011	2012	Q3 10	Q3 11	Q3 12	Q3 13
<i>in Mio EUR</i>							
Nettozinsergebnis	20.390	20.426	19.259	15.250	15.241	14.633	14.126
Zinsen und ähnliche Erträge	43.275	44.127	42.160	32.348	32.642	32.388	27.728
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.885	23.701	22.901	17.098	17.401	17.755	13.602
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	926	824	748	691	611	563	507
Provisionsergebnis	7.678	7.592	7.260	5.668	5.546	5.377	5.695
Provisionserträge	10.409	10.250	9.903	7.642	7.573	7.304	7.628
Provisionsaufwendungen	2.731	2.658	2.642	1.974	2.027	1.927	1.933
Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften	655	569	1.434	601	219	1.141	484
Handelsergebnis ¹	997	845	1.137	1.027	299	822	354
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS ¹	638	507	658	174	364	593	753
Bewertungsergebnisse aus Veräußerung, Neubewertung von Sachanlagen (IAS 16) und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40)	14	38	18	9	15	-44	-7
Sonstige betriebliche Erträge	6.209	6.406	7.158	4.566	5.035	5.408	4.710
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	37.508	37.207	37.673	27.987	27.331	28.492	26.622
Verwaltungsaufwendungen	-16.204	-16.594	-16.801	-11.932	-12.181	-12.407	-12.587
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40) und immaterielle Vermögensgegenstände ¹	-2.347	-3.925	-2.690	-1.568	-3.140	-1.520	-1.532
Aufwendungen für jederzeit rückzahlbares Grundkapital	-6	-6	0	-5	-5	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.473	-6.313	-6.091	-3.824	-4.914	-4.373	-4.500
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	13.478	10.369	12.090	10.659	7.091	10.193	8.003
a) Rückstellungen	-234	-327	-354	-179	-263	-15	-112
b) Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-7.756	-6.028	-6.390	-5.793	-4.684	-4.309	-4.692
c) Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen ¹	-313	-1.840	-509	-117	-989	-237	-29
d) unmittelbar erfolgswirksamer negativer Geschäfts- oder Firmenwert ¹	2	3	1	-9	3	1	0
e) Anteil des Ergebnisses von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach Equity-Methode ¹	1.336	724	410	1.115	650	757	606
f) Ergebnis aus Gegenständen des Anlagevermögens und Veräußerungsgruppen (IFRS 5), ohne Veräußerung/Aufgabe von Geschäftsbereichen ¹	5	-103	-23	-5	-64	-33	-40
g) außerordentliches Ergebnis	-71	-33	-53	-59	8	-4	61
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	6.447	2.763	5.173	5.613	1.753	6.353	3.796
h) Ertragsteuern	-1.210	-1.474	-1.356	-978	-949	-1.078	-739
i) Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-1	-126	-254	10	-71	47	-180
j) Minderheitenanteile	-658	-452	-597	-454	-463	-633	-515
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	4.577	711	2.966	4.192	270	4.688	2.362

Quelle: OeNB.

¹ Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

Tabelle 7

Großkredite – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2010		2011		2012		Q2 13		Q3 13	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	465	0,3	550	0,3	512	0,3	491	0,3	491	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	405	0,3	400	0,2	440	0,3	461	0,3	446	0,3
Herstellung von Waren	21.851	14,0	22.443	13,9	23.225	14,2	23.420	14,3	23.182	14,1
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	7.077	4,5	6.443	4,0	6.304	3,9	6.268	3,8	6.304	3,8
Bau	10.042	6,4	10.463	6,5	10.551	6,5	10.586	6,5	10.892	6,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	18.128	11,6	18.915	11,7	18.183	11,1	17.999	11,0	17.613	10,7
Beherbergung und Gastronomie	6.774	4,3	7.093	4,4	7.308	4,5	7.256	4,4	7.317	4,4
Verkehr und Lagerei	8.768	5,6	9.014	5,6	9.188	5,6	9.191	5,6	9.625	5,8
Information und Kommunikation	1.241	0,8	1.364	0,8	1.446	0,9	1.589	1,0	1.820	1,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	47.561	30,5	49.436	30,7	50.982	31,2	51.556	31,4	52.285	31,7
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.764	8,2	12.754	7,9	12.800	7,8	13.086	8,0	13.080	7,9
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	6.255	4,0	6.378	4,0	5.982	3,7	6.112	3,7	6.119	3,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3.044	2,0	3.265	2,0	3.170	1,9	3.164	1,9	3.065	1,9
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.622	1,0	1.788	1,1	1.782	1,1	1.772	1,1	1.682	1,0
Solidarkreditnehmergruppen	9.952	6,4	10.963	6,8	11.335	6,9	10.992	6,7	11.038	6,7
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	155.948	100	161.269	100	163.209	100	163.944	100	164.961	100
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	155.948	19,2	161.269	18,7	163.209	20,0	163.944	20,4	164.961	20,7
Sonstige inländische Kreditnehmer	26.326	3,2	27.061	3,1	26.541	3,3	25.661	3,2	25.940	3,3
Öffentlicher Sektor	51.702	6,4	55.529	6,4	58.787	7,2	59.776	7,4	58.569	7,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	244.258	30,1	283.769	32,8	270.938	33,2	253.570	31,5	246.162	30,9
Ausland¹	185.141	22,8	185.212	21,4	167.700	20,6	169.179	21,0	168.658	21,2
Euroraum ohne Österreich	147.477	18,2	151.753	17,6	128.173	15,7	132.888	16,5	131.074	16,5
Summe Großkredite – alle Sektoren	810.852	100	864.593	100	815.348	100	805.018	100	795.365	100

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Großkredite – Kreditinstitute insgesamt

	2010		2011		2012		Q2 13		Q3 13	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in %	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in %	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in %	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in %	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	455	97,8	545	99,1	505	98,6	485	98,8	485	98,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	380	93,8	379	94,8	423	96,1	444	96,3	426	95,5
Herstellung von Waren	20.429	93,5	21.079	93,9	21.838	94,0	22.107	94,4	21.855	94,3
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	6.716	94,9	6.089	94,5	5.842	92,7	5.817	92,8	5.840	92,6
Bau	9.405	93,7	10.058	96,1	10.167	96,4	10.228	96,6	10.483	96,2
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16.584	91,5	17.520	92,6	16.644	91,5	16.501	91,7	16.114	91,5
Beherbergung und Gastronomie	6.527	96,4	6.871	96,9	7.110	97,3	7.064	97,4	7.104	97,1
Verkehr und Lagerei	6.983	79,6	7.316	81,2	7.449	81,1	7.347	79,9	7.673	79,7
Information und Kommunikation	1.032	83,2	1.127	82,6	1.138	78,7	1.286	80,9	1.517	83,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	44.628	93,8	46.551	94,2	48.351	94,8	49.022	95,1	49.654	95,0
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.996	94,0	12.024	94,3	11.931	93,2	12.155	92,9	12.171	93,1
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.587	89,3	5.765	90,4	5.446	91,0	5.578	91,3	5.545	90,6
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2.770	91,0	2.906	89,0	2.808	88,6	2.798	88,4	2.711	88,5
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.421	87,6	1.624	90,8	1.599	89,7	1.597	90,1	1.499	89,1
Solidarkreditnehmergruppen	9.867	99,1	10.909	99,5	11.269	99,4	10.912	99,3	10.929	99,0
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	144.778	92,8	150.765	93,5	152.520	93,5	153.339	93,5	154.006	93,4
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	144.778	92,8	150.765	93,5	152.520	93,5	153.339	93,5	154.006	93,4
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.825	98,1	26.691	98,6	26.180	98,6	25.302	98,6	25.417	98,0
Öffentlicher Sektor	46.436	89,8	50.168	90,3	52.621	89,5	53.446	89,4	52.157	89,1
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	229.263	93,9	267.727	94,3	254.347	93,9	235.602	92,9	227.748	92,5
Ausland ¹	176.363	95,3	176.444	95,3	159.272	95,0	160.958	95,1	160.283	95,0
Euroraum ohne Österreich	127.872	86,7	132.615	87,4	110.124	85,9	114.097	85,9	110.882	84,6
Summe Großkredite – Kreditinstitute insgesamt	750.538	92,6	804.410	93,0	755.063	92,6	742.745	92,3	730.493	91,8

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

Periodenstand	2010	2011	2012	Q1 12	Q2 12	Q3 12	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13
<i>in Mio EUR</i>										
Investmentfonds										
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	123.794	116.747	126.831	120.725	120.169	125.114	126.831	129.943	127.491	129.452
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	13.257	-2.607	14.374	4.726	123	5.506	4.019	3.934	-1.806	2.590
Bereinigte Nettomittelveränderung	3.144	-1.767	1.443	-341	177	977	630	1.308	108	199
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.400	2.220	2.145	374	339	281	1.151	411	323	296
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	7.713	-3.060	10.786	4.693	-393	4.248	2.238	2.215	-2.237	2.095
Pensionskassen										
Vermögensbestand	14.975	14.798	16.335	15.726	15.541	16.174	16.335	16.806	16.564	17.028
in Euro	14.508	14.381	15.931	15.216	15.091	15.772	15.931	16.361	16.146	16.596
in Fremdwährung	466	416	404	510	449	402	404	445	418	433
Inländische Investmentzertifikate	12.818	12.420	13.143	13.308	13.087	13.646	13.143	13.715	13.184	13.643
Ausländische Investmentzertifikate	1.037	1.096	2.013	1.178	1.145	1.437	2.013	2.002	2.186	2.129
Versicherungen										
Inländische Rentenwertpapiere	14.812	15.453	17.330	15.821	16.695	16.864	17.333	16.816	16.954	16.880
Ausländische Rentenwertpapiere	26.574	26.125	25.195	25.864	25.339	25.443	25.186	25.427	25.600	26.281
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	25.600	25.583	28.119	26.241	26.323	27.273	28.115	28.471	28.146	28.257
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	5.263	5.206	5.435	5.374	5.330	5.472	5.435	5.565	5.647	5.754
Summe der Aktiva	103.798	104.815	108.504	106.076	107.712	108.259	108.378	108.881	109.032	109.617

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im dritten Quartal 2013

	Inland	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzsektor	davon Monetäre Finanzinstitute	Staat	Haushaltssektor	davon private Haushalte	Ausland
Bestände in Mio EUR								
Geldvermögen								
Gold und SZR	10.731	x	10.731	x	x	x	x	x
Bargeld und Einlagen	647.060	60.755	321.327	302.056	25.542	239.437	232.552	157.264
Bargeld	27.012	1.680	2.284	2.282	8	23.040	23.040	0
Einlagen	620.048	59.075	319.043	299.774	25.533	216.397	209.512	157.264
Verzinsliche Wertpapiere	371.919	8.944	289.970	158.976	25.012	47.993	44.083	346.911
Geldmarktpapiere	6.061	105	4.841	4.198	0	1.116	1.098	14.013
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	365.858	8.839	285.130	154.777	25.012	46.877	42.984	332.897
Kredite	611.066	113.791	456.280	438.120	40.917	78	0	76.469
Kurzfristige Kredite	111.266	28.974	79.879	77.712	2.413	0	0	15.225
Langfristige Kredite	499.800	84.817	376.400	360.408	38.504	78	0	61.244
Anteilsbriefe	732.703	272.405	276.829	82.834	47.935	135.534	104.580	244.143
Börsennotierte Aktien	94.096	31.285	37.242	3.239	2.993	22.576	17.684	33.070
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilsbriefe	463.906	230.933	128.188	65.927	40.435	64.351	45.149	192.767
Investmentzertifikate	174.700	10.187	111.398	13.668	4.507	48.608	41.747	18.306
Versicherungstechnische Rückstellungen	109.560	6.200	2.931	0	x	100.429	100.429	2.485
Lebensversicherungsansprüche	70.464	0	0	0	x	70.464	70.464	2.485
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	18.451	0	0	0	x	18.451	18.451	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	20.645	6.200	2.931	0	x	11.514	11.514	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	73.896	41.373	10.434	8.873	10.910	11.178	11.129	25.572
davon Handelskredite	37.682	37.682	0	0	0	0	0	16.478
Geldvermögen insgesamt	2.556.935	503.468	1.368.501	1.001.590	150.316	534.649	492.773	852.843
Geldvermögen ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs) ¹	2.475.872	422.405	1.368.501	1.001.590	150.316	534.649	492.773	779.501

über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Geldvermögensbildung								
Gold und SZR	-64	x	-64	x	x	x	x	x
Bargeld und Einlagen	-43.794	1.139	-55.185	-55.001	8.833	1.419	1.361	-18.004
Bargeld	121	-63	-279	-281	0	463	463	43
Einlagen	-43.915	1.203	-54.906	-54.720	8.833	956	898	-18.047
Verzinsliche Wertpapiere	-15.822	-1.755	-15.008	-18.411	2.641	-1.699	-1.447	8.874
Geldmarktpapiere	-2.547	-277	-2.338	-2.175	-171	242	261	1.869
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-13.275	-1.478	-12.669	-16.236	2.812	-1.940	-1.708	7.005
Kredite	2.488	4.761	-4.781	-2.956	2.501	7	0	-1.999
Kurzfristige Kredite	-8.565	-1.681	-6.569	-4.324	-315	0	0	-2.554
Langfristige Kredite	11.053	6.442	1.788	1.368	2.816	7	0	556
Anteilsbriefe	13.413	6.861	2.985	-434	428	3.139	2.561	10.798
Börsennotierte Aktien	1.465	1.193	551	175	-207	-72	-99	1.840
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilsbriefe	6.537	5.276	424	-565	758	79	80	9.228
Investmentzertifikate	5.412	392	2.010	-44	-123	3.133	2.580	-270
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.272	266	-464	0	x	2.470	2.470	256
Lebensversicherungsansprüche	1.102	0	0	0	x	1.102	1.102	256
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	874	0	0	0	x	874	874	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	295	266	-464	0	x	494	494	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	-2.076	1.564	-5.087	-4.593	-123	1.570	1.550	-236
davon Handelskredite	300	300	0	0	0	0	0	462
Geldvermögensbildung insgesamt	-43.584	12.837	-77.603	-81.458	14.279	6.906	6.495	-310
Geldvermögensbildung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs) ¹	-42.022	14.398	-77.603	-81.458	14.279	6.906	6.495	-2.543
Sonstige Veränderungen des Geldvermögens	766	-767	3.334	-9.600	-3.857	2.053	1.394	-6.655
davon Marktpreisveränderungen ²	7.223	1.802	2.887	-1.794	-172	2.706	2.130	-5.272
Nettogeldvermögen	10.430	-246.982	40.938	30.327	-149.792	366.267	327.341	-10.430
Finanzierungssaldo	6.632	749	3.315	1.270	-3.164	5.733	5.336	-6.632

Quelle: OeNB.

¹ Direktinvestitionen im weiteren Sinn durch inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen im Ausland.² Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im dritten Quartal 2013

	Inland	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzsektor	davon Mone-täre Finanz-institute	Staat	Haus-halts-sektor	davon private Haus-halte	Ausland
Bestände in Mio EUR								
Verbindlichkeiten								
Gold und SZR¹	x	x	x	x	x	x	x	10.731
Bargeld und Einlagen	651.087	x	651.087	650.670	x	x	x	153.237
Bargeld	25.071	x	25.071	25.071	x	x	x	1.941
Einlagen	626.016	x	626.016	625.598	x	x	x	151.296
Verzinsliche Wertpapiere	529.128	64.290	224.100	214.819	240.737	x	x	189.702
Geldmarktpapiere	16.170	746	10.813	10.806	4.612	x	x	3.905
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	512.958	63.545	213.288	204.013	236.126	x	x	185.797
Kredite	519.092	273.523	26.172	0	51.954	167.444	164.505	168.443
Kurzfristige Kredite	76.747	47.668	11.717	0	3.215	14.147	13.534	49.744
Langfristige Kredite	442.345	225.855	14.455	0	48.738	153.297	150.971	118.699
Anteils-papiere	670.256	367.656	302.600	93.635	x	x	x	306.590
Börsennotierte Aktien	86.210	61.994	24.217	17.281	x	x	x	40.956
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteils-papiere	433.704	305.662	128.043	76.057	x	x	x	222.969
Investmentzertifikate	150.341	0	150.341	297	x	x	x	42.665
Versicherungstechnische Rückstellungen	106.252	x	106.252	1.870	x	x	x	5.793
Lebensversicherungsansprüche	70.087	x	70.087	0	x	x	x	2.861
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	18.451	x	18.451	1.870	x	x	x	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	17.713	x	17.713	0	x	x	x	2.931
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	70.690	44.981	17.352	10.269	7.418	939	926	28.778
davon Handelskredite	36.066	36.066	0	0	0	0	0	18.093
Verbindlichkeiten insgesamt	2.546.505	750.450	1.327.564	971.262	300.109	168.383	165.432	863.273
Verbindlichkeiten ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs) ²	2.473.163	677.108	1.327.564	971.262	300.109	168.383	165.432	782.210

über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Finanzierung								
Gold und SZR¹	x	x	x	x	x	x	x	-64
Bargeld und Einlagen	-55.532	x	-55.532	-55.508	x	x	x	-6.266
Bargeld	839	x	839	839	x	x	x	-676
Einlagen	-56.372	x	-56.372	-56.347	x	x	x	-5.590
Verzinsliche Wertpapiere	-4.436	1.733	-25.653	-25.615	19.484	x	x	-2.512
Geldmarktpapiere	-266	434	-614	-614	-86	x	x	-412
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-4.170	1.299	-25.039	-25.002	19.570	x	x	-2.100
Kredite	-3.376	725	-3.714	0	-1.680	1.292	1.276	3.865
Kurzfristige Kredite	-9.064	-2.725	-3.068	0	-2.690	-581	-543	-2.056
Langfristige Kredite	5.688	3.450	-645	0	1.010	1.872	1.819	5.921
Anteils-papiere	9.386	8.590	796	-1.184	x	x	x	14.826
Börsennotierte Aktien	776	8	767	766	x	x	x	2.529
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteils-papiere	6.089	8.581	-2.492	-1.771	x	x	x	9.675
Investmentzertifikate	2.521	0	2.521	-178	x	x	x	2.621
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.795	x	2.795	24	x	x	x	-268
Lebensversicherungsansprüche	1.162	x	1.162	0	x	x	x	197
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	874	x	874	24	x	x	x	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	759	x	759	0	x	x	x	-464
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	948	1.040	387	-447	-361	-119	-117	-3.260
davon Handelskredite	715	715	0	0	0	0	0	47
Finanzierung insgesamt	-50.216	12.088	-80.921	-82.731	17.443	1.173	1.159	6.323
Finanzierung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs) ²	-52.449	9.855	-80.921	-82.731	17.443	1.173	1.159	7.884
Sonstige Veränderungen der Verpflichtungen	4.277	4.102	7.054	226	-5.630	-1.249	-1.239	-10.166
davon Marktpreisveränderungen ³	100	4.914	942	-1.618	-5.756	0	0	1.853
Nettogeldvermögen	10.430	-246.982	40.938	30.327	-149.792	366.267	327.341	-10.430
Finanzierungssaldo	6.632	749	3.315	1.270	-3.164	5.733	5.336	-6.632

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.² Direktinvestitionen im weiteren Sinn an inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen aus dem Ausland.³ Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2010	2011	2012	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	9.740	4.900	4.930	1.892	4.291	1.186	-45
	Credit	185.754	207.505	206.849	52.529	52.560	50.550	51.324
	Debet	176.014	202.605	201.919	50.637	48.269	49.364	51.369
Güter	Netto	-3.181	-7.502	-7.162	-1.939	-998	-47	-1.767
	Credit	111.505	124.411	125.744	31.453	31.182	32.103	31.372
	Debet	114.686	131.913	132.906	33.392	32.180	32.151	33.139
Dienstleistungen	Netto	13.176	13.634	14.095	3.659	6.653	2.319	2.876
	Credit	41.138	43.984	47.075	11.927	13.802	10.648	12.583
	Debet	27.962	30.350	32.980	8.268	7.150	8.329	9.707
Einkommen	Netto	1.574	739	102	99	-263	-263	-430
	Credit	29.625	35.401	30.149	7.492	6.695	7.023	6.602
	Debet	28.051	34.662	30.046	7.394	6.958	7.286	7.032
Laufende Transfers	Netto	-1.829	-1.972	-2.105	74	-1.101	-822	-723
	Credit	3.487	3.709	3.881	1.657	881	775	768
	Debet	5.316	5.681	5.986	1.583	1.982	1.597	1.491
Vermögensübertragungen	Netto	183	-387	-426	-100	-100	-79	-48
	Credit	1.016	496	448	119	90	106	112
	Debet	833	883	875	218	190	185	159
Kapitalbilanz	Netto	-3.382	-3.627	-4.874	-1.671	-2.974	-2.264	-220
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	-7.406	-10.438	-10.369	-2.811	-1.939	2.284	-216
im Ausland	Netto	12.563	-23.363	-14.866	-5.096	-4.468	1.133	-5.032
davon Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	-7.546	-15.738	-11.912	-4.484	-3.945	1.619	-5.080
in Österreich	Netto	-19.969	12.925	4.496	2.285	2.529	1.151	4.817
davon Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	634	7.638	4.483	2.173	2.136	277	3.887
Portfolioinvestitionen	Netto	-6.943	16.005	5.884	4.779	668	157	4.157
Forderungen	Netto	-6.458	8.103	11.182	2.850	-1.621	-2.338	687
Anteilspapiere	Netto	-7.365	1.084	-3.566	-713	-2.115	163	-953
Verzinsliche Wertpapiere	Netto	908	7.019	14.748	3.564	494	-2.501	1.640
Verpflichtungen	Netto	-486	7.903	-5.298	1.929	2.289	2.495	3.470
Anteilspapiere	Netto	-262	-78	742	361	697	-378	619
Verzinsliche Wertpapiere	Netto	-224	7.981	-6.040	1.568	1.593	2.873	2.851
Sonstige Investitionen	Netto	12.252	-9.230	-2.056	-4.776	-3.524	-4.980	-4.615
Forderungen	Netto	17.443	-24.077	1.535	7.142	-2.986	-6.134	3.404
Handelskredite	Netto	-621	-1.275	191	1.048	-523	119	28
Kredite	Netto	3.724	-6.669	-1.094	1.702	-490	-3.953	895
Bargeld und Einlagen	Netto	15.129	-15.629	3.729	6.071	-1.877	-1.663	2.538
Sonstige Forderungen	Netto	-788	-505	-1.290	-1.680	-97	-638	-58
Verpflichtungen	Netto	-5.192	14.847	-3.592	-11.918	-538	1.154	-8.019
Handelskredite	Netto	735	-380	16	-668	77	-187	383
Kredite	Netto	392	1.540	5.701	554	-538	125	-1.198
Bargeld und Einlagen	Netto	-5.381	13.533	-9.273	-11.830	-149	1.279	-7.323
Sonstige Verpflichtungen	Netto	-938	154	-37	26	72	-62	119
Finanzderivate	Netto	-189	763	2.603	1.178	1.641	534	633
Offizielle Währungsreserven	Netto	-1.095	-727	-935	-41	180	-259	-180
Statistische Differenz	Netto	-6.541	-886	371	-121	-1.217	1.157	313

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

Im Jahr 2011 kam es zu einem Bruch zwischen Direktinvestitionen und Sonstige Investitionen, da Kredite von Schwesterunternehmen von Sonstige Investitionen auf Direktinvestitionen umgeschichtet wurden.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q4 11–Q3 12			Q4 12–Q3 13		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	46.382	32.348	14.034	48.960	33.454	15.507
Transport	10.737	10.795	–59	11.143	11.017	126
Internationaler Personentransport	1.984	1.785	198	1.917	1.868	47
Frachten	7.575	8.100	–524	7.941	8.260	–319
Transporthilfsleistungen	1.176	909	266	1.286	888	397
Reiseverkehr	14.606	7.914	6.692	15.061	7.602	7.460
Geschäftsreisen	2.198	1.437	760	2.257	1.372	885
Urlaubsreisen	12.408	6.477	5.931	12.805	6.228	6.576
Kommunikationsdienstleistungen	1.038	866	172	1.150	831	320
Bauleistungen	596	670	–74	604	570	33
Versicherungsdienstleistungen	812	773	38	994	909	85
Finanzdienstleistungen	870	275	596	833	354	478
EDV- und Informationsdienstleistungen	2.246	1.356	889	3.308	2.052	1.257
Patente und Lizenzen	570	1.191	–622	738	1.345	–607
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	14.152	7.637	6.515	14.386	7.892	6.496
davon Transithandelserträge	3.540	0	3.540	3.699	0	3.699
davon Sonstige Handelsleistungen	612	569	43	837	790	46
davon Operational Leasing	362	153	208	446	170	278
davon Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, kaufmännische Beratung und PR	859	759	99	1.179	924	255
davon Werbung, Marktforschung und Meinungsumfragen	860	1.019	–158	1.146	1.339	–192
davon Dienstleistungen der Forschung und Entwicklung	1.707	436	1.272	1.601	543	1.057
davon Architektur-, Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen	2.815	1.434	1.382	3.335	1.751	1.583
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	300	778	–480	318	794	–476
Regierungsleistungen, a.n.g.	458	91	368	424	89	336
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	35.026	24.657	10.370	37.020	25.786	11.234
davon Euroraum-17	27.749	17.722	10.025	29.436	18.443	10.993
davon Deutschland	18.405	10.030	8.374	19.519	10.339	9.179
davon Italien	2.404	2.044	359	2.537	2.106	431
davon Vereinigtes Königreich	1.663	1.291	373	1.786	1.533	253
davon Ungarn	1.241	1.296	–55	1.235	1.202	33
Extra-EU-28	11.355	7.691	3.664	11.940	7.668	4.272
davon Schweiz	3.251	1.504	1.747	3.369	1.521	1.851
davon USA	1.221	1.137	84	1.335	1.187	147
davon Russische Föderation	1.051	925	126	1.113	787	324
davon China	513	270	244	432	325	109

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

Direktinvestitionen Österreichs im Ausland (aktiv)

		2008	2009	2010	2011	2012	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13
		<i>in Mio EUR</i>								
Direktinvestitionen i.w.S.¹	Netto	-20.008	-8.180	12.563	-23.363	-14.866	-5.096	-4.468	1.133	-5.032
abzüglich SPEs ³	Netto	229	-949	20082	-7.574	-2.996	-620	-533	-487	79
abzüglich Grundstücke	Netto	-132	-28	27	-51	42	8	11	1	-32
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	-20.106	-7.203	-7.546	-15.738	-11.912	-4.484	-3.945	1.619	-5.080
Eigenkapital ¹	Netto	-14.484	-7.846	-3.239	-12.321	-5.438	-1.476	-1.341	352	-3.884
Reinvestierte Gewinne	Netto	-1.937	-544	-2.240	-2.114	-3.573	-1.977	-1.709	1.880	-1.035
Sonstiges DI-Kapital	Netto	-3.685	1.187	-2.067	-1.303	-2.901	-1.032	-895	-613	-160
Forderungen	Netto	-3148	-616	-2143	1.276	-874	98	-1596	-468	-183
Verbindlichkeiten	Netto	-538	1803	76	-2579	-2.027	-1130	701	-145	22
Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Zielregion										
EU-28		-11.950	-3.123	-1.341	-7.303	-5.791	-2.450	-2.821	-907	-3.994
Deutschland		-2.588	-1.566	-683	-3.482	-475	-580	-1.039	-1.259	-3
Italien		-527	-921	-149	140	-881	-529	-271	-74	-498
Vereinigtes Königreich		29	-73	-36	-1083	4	236	-1	-209	-50
Niederlande		-1149	2.181	-850	46	4588	77	-268	-132	-3325
Ungarn		-950	742	-263	-376	-259	-571	149	402	-3
Tschechische Republik		-1.376	-379	-828	-363	-1357	-268	-214	113	196
Rumänien		-980	-607	-511	-786	-1.143	-441	-236	126	-124
Extra-EU-28		-8156	-4080	-6205	-8435	-6121	-2035	-1125	2526	-1085
Schweiz		-203	556	-663	-583	-1275	-448	304	-47	92
Türkei		-196	-661	-1249	-1.675	-1.623	-102	-173	2.094	-82
USA		-235	-275	-174	-795	-205	18	-159	126	48
Russland		-1.601	-409	-1234	-1384	-266	-200	-17	191	-142
China ⁵		-163	-437	-684	-621	487	-230	-256	826	-396
Europa		-17.625	-4.912	-5.226	-12.086	-10.274	-3.688	-2.956	595	-4.378
Euroraum-17		-6.516	-2.254	-1.064	-3.616	-1.903	-1.112	-1.704	-1.459	-3.774
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		-10.654	-2.060	-3.748	-6.158	-4.917	-2.359	-1.437	1.039	-432

Direktinvestitionen des Auslands in Österreich (passiv)

		2008	2009	2010	2011	2012	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13
		<i>in Mio EUR</i>								
Direktinvestitionen i.w.S.²	Netto	4.623	8.043	-19.969	12.925	4.496	2.285	2.529	1.151	4.817
abzüglich SPEs ³	Netto	-88	1254	-20.719	5.146	0	105	388	866	874
abzüglich Grundstücke	Netto	30	92	116	141	13	6	4	8	55
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	4.682	6.697	634	7638	4.483	2.173	2.136	277	3.887
Eigenkapital ²	Netto	7.138	3.135	1.185	7.419	1.675	2.022	327	502	3.251
Reinvestierte Gewinne	Netto	-2.512	-1.206	963	1840	2.078	1.086	1.558	52	-383
Sonstiges DI-Kapital	Netto	56	4768	-1.514	-1.620	730	-935	251	-277	1.019
Forderungen	Netto	392	-415	-1.502	-3.936	158	-935	349	131	106
Verbindlichkeiten	Netto	-336	5183	-12	2315	572	0	-98	-407	913
Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Herkunftsregionen										
EU-28		6.133	3.139	621	3310	3.267	2.172	1.770	248	945
Deutschland		3.803	-377	-293	5234	2.246	1.437	1060	11	631
Italien		2.448	879	-390	9598	358	177	146	40	58
Vereinigtes Königreich		2.971	-1.828	4.724	-7.431	58	-79	-291	78	61
Niederlande		-756	1464	-1.109	-3.630	787	84	-471	222	-947
Luxemburg		-1.822	312	131	581	-1134	8	1202	-111	91
Belgien		128	130	113	-345	-32	33	-199	-90	-80
Spanien		762	653	242	-267	205	15	38	16	12
Frankreich		-105	1271	-1.029	45	16	-57	97	11	12
Extra-EU-28		-1.451	3.558	13	4.328	1.216	1	367	29	2.942
Schweiz		-887	366	543	1140	519	39	-109	-38	73
USA		-1435	643	-668	-1046	27	48	71	-121	-39
Russland		-171	286	271	443	941	-59	-4	25	3456
Japan		95	-31	15	59	79	-26	10	13	4
Europa		5.179	4.433	1.115	5.325	4.831	2.243	1.798	353	4.515
Euroraum-17		2.925	4.530	-2.831	11.569	2.827	1.913	2.059	223	-191
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		-50	284	193	-671	1.510	56	112	-99	4.505

Quelle: OeNB.

¹ Aktivseite: (-) Zunahme / (+) Abnahme österreichischer Direktinvestitionen im Ausland.² Passivseite: (+) Zunahme / (-) Abnahme ausländischer Direktinvestitionen in Österreich.³ „Special Purpose Entities“ ohne Aktivität in Österreich.⁴ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁵ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

Hinweise

Übersicht zu Statistiken – Daten & Analysen

Nähere Informationen zu den folgenden Publikationen finden Sie unter www.oenb.at.

Heft Q2/13

Executive Summaries/Übersicht

Rückläufige Bilanzsumme bei zurückgehendem Interbankengeschäft
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2012

Norbert Schuh

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors im Jahr 2012

Michael Andreasch

Österreichs Dienstleister bestehen in einem trüben Wirtschaftsumfeld

Réne Dell'mour, Matthias Fuchs, Patricia Walter

Entwicklung der inländischen Investmentfonds im Gesamtjahr 2012

Christian Probst, Bianca Ullly

2012 erstmals rückläufige Anleiheschuld österreichischer Emittenten

Andrea Haas

Strukturentwicklungen im österreichischen Bankwesen

Barbara Krysztofiak, Lukas Simhandl

Der Einfluss des Kapitalverkehrs auf die Geldmenge im Euroraum

Entwicklungen im Jahr 2012

Patricia Walter

Vergleich der Einkommensmessung für Haushalte in Österreich:

HFCS versus EU-SILC

Nicolás Albacete, Martin Schürz

Vorsichtige Kreditpolitik der Banken bei verhaltener Kreditnachfrage
der Unternehmen

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
im April 2013

Walter Waschiczek

Heft Q3/13

Executive Summaries/Übersicht

Hohe Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im ersten Quartal 2013

Christian Probst, Norbert Schuh

Österreichische Kreditkunden profitieren von attraktiven Zinskonditionen

Entwicklung der Kundenzinssätze in Österreich und im Euroraum bis März 2013

Martin Bartmann

Vermögensbestand der Pensionskassen stieg im ersten Quartal 2013 um rund 7%
Entwicklung der Pensionskassenstatistik in Österreich und im Euroraum bis
März 2013

Andrea Haas

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen bleiben
verhalten

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im
Juli 2013

Walter Waschiczek

Wiener Börse zeigt 2012 leichten Aufwärtstrend
Entwicklung und Gläubigerstruktur österreichischer börsennotierter Unternehmen

Bianca Ullly

Interviewereffekte beim HFCS Austria 2010

Nicolás Albacete, Martin Schürz

Heft Q4/13

Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im ersten Halbjahr 2013

Christian Probst, Norbert Schuh

Positive Entwicklung der Nettoemissionen in Österreich
Entwicklungen der Emissionsstatistik im ersten Halbjahr 2013

Andrea Haas

Stabilisierung der Kreditstandards der Banken und der Kreditnachfrage der
Unternehmen
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im
Oktober 2013

Walter Waschiczek

Entwicklung der inländischen Investmentfonds im ersten Halbjahr 2013
Geringe Volumenssteigerung aufgrund sehr vorsichtigen Anlageverhaltens

Christian Probst, Bianca Ullly

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 2013 im Sinkflug

Michael Andreasch

Wendepunkt in der Außenwirtschaft?
Österreichs Leistungsbilanz im ersten Halbjahr 2013

Patricia Walter

Inflation und Preiswahrnehmung: eine Bestandsaufnahme für Österreich

Manfred Fluch, Friedrich Fritzer, Fabio Rumler

Gibt es Anzeichen für eine Bilanzrezession in Österreich?

Reinhard Konczer, Stefan Löschenbrand

Entwicklung des Kreditobligos und -portfolios im Branchenvergleich
Elizabeth Bachmann, Markus Hameter

Wodurch wird Österreichs Dienstleistungsverkehr bestimmt?
Ergebnisse einer Unternehmensanalyse
Patricia Walter

Heft Q1/14

Executive Summaries/Übersicht

Mäßiges Einlagenwachstum
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im dritten Quartal 2013
Christian Probst, Norbert Schuh

Rückläufige Entwicklung der Bauspardarlehen im dritten Quartal 2013
Entwicklungen der Bausparkassen in den ersten drei Quartalen 2013
Martin Bartmann, Mirna Miscevic

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen
unverändert
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
im Jänner 2014
Walter Waschiczek

Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost-
und südosteuropäische Tochterinstitute
Elizabeth Bachmann, Markus Hameter, Mathias Lahnsteiner

Rückläufige Tendenz bei Anleiheemissionen der Wohnbaubanken
Andrea Haas

Versicherungen schichten Portefeuille ihrer Veranlagungen
in Staatsschuldverschreibungen um
Entwicklung der Versicherungsstatistik im Jahresabstand zum dritten Quartal 2013
Nina Eder

Triennial Central Bank Survey 2013 über die Entwicklung
auf den internationalen Devisen- und Derivatmärkten
Ergebnisse der BIZ-Studie für Österreich
Thomas Kemetmüller, Thomas Schin

Revision der Leistungsbilanz
Die Änderungen im Detail und erste Ergebnisse
Patricia Walter

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern
Nikolás Albacete, Martin Schürz

Sonderhefte

Mai 12

Bankenstatistisches Jahrbuch 2011

Juni 12

Sektorale VGR in Österreich 2011

November 12

Direktinvestitionen 2010

Juni 13

Sektorale VGR in Österreich 2012

September 13

Direktinvestitionen 2011

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at.

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

http://oenb.at/de/presse_pub/period_pub/unternehmen/geschaeftsbericht/geschaeftsberichte.jsp

www.oenb.at/en/presse_pub/period_pub/unternehmen/geschaeftsbericht/geschaeftsbericht.jsp

Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Online-Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

www.oenb.at/de/geldp_volksw/konjunktur/konjunktur_aktuell.jsp

Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunktorentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/geldpolitik/geldpolitik_und_wirtschaft.jsp

Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich
englisch | halbjährlich

Die Online-Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/statistik/fakten/fakten_zu_oesterreich_und_seinen_banken.jsp

Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/finanzmarktstabilitaetsbericht.jsp

Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/integration/focus_on_european_economic_integration.jsp

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/statistik/statistiken/statistiken_-_daten_und_analysen.jsp

Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues

deutsch | unregelmäßig
englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/statistik/sonderhefte/sonderhefte_statistiken.jsp

Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Online-Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/newsletter/einleitung.jsp

CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Online-Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

www.oenb.at/de/geldp_volksw/zentral_osteuropa_neu/News/newsletter/cesee_newsletter.jsp#tcm:14-231867

Workshops – Proceedings of OeNB Workshops

deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/workshops/workshops.jsp

Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe (nur online verfügbar) dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

www.oenb.at/de/presse_pub/research/020_workingpapers/_2013/working_papers_2013.jsp

Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/vowitagung/volkswirtschaftliche_tagung_2012.jsp#tcm:14-181686

Konferenzband zur

Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/ceei/conference_on_european_economic_integration_ceei.jsp

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com>

Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/finanzmarkt/barev/barev.jsp

Sie können aktuelle Veröffentlichungen direkt herunterladen oder kostenfrei bestellen.

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/ Fax/ E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-042399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-046399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-046799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-046599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48